Nr. 174 Juli 1991



DM 6,00 M 3477 F



informationszentrum dritte welt

Äthiopien – wohin?

Türkei ★ Iran ★ Chile ★ PLO

Impressum

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus). D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/7 40 03, Bürozeiten: Mo.-Do. 10-13 u. 15-18 Uhr, Fr. 11-13 u. 16-17 Uhr

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Frank Ballot, Iris Bauer, Andrea Borchers, Horst Breit, Konrad Fisch, Uwe Göde, Uwe Hartwig, Daniela Heuberger, Uwe Jungfer, Christa Kernbichl, Tilman Lamparter, Georg Lutz, Christel Opeker, Gunhild Rauch, Gerhard Rieger, Bernd Riegraf, Nivien Saleh, Klaus Schreiner, Jörg Später, Ulrike Steckkönig, Sigi Weber, Regine Wlassitschau, Udo Wolter

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine oder auf Diskette (word, wordperfect, asci) geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten. (ca. 18 000 Zeichen)
Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 32 61 87

Vertrieb für Buchhandel:
prolit verlagsauslieferung gmbh, Siemensstraße 16, Postfach 9, 6301 Fernwald (Annerod)
Telefon: (0641) 4 30 71

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 48,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 38,- DM).
Kündigung zum Jahresende (schriftlich)
ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich

Schweiz: SFR 50,- (bzw. 40,-)
Österreich: ÖS 385,- (bzw. 315,-)
übriges europäisches Ausland:
DM 55,- (bzw. 45,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 71,90 (bzw. 61,90)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 78,50 (bzw. 68,50)
Australien, Südpazifik: 85,10 (bzw. 75,10)

Einzelpreis: DM 6,-/SFR 6,-/ÖS 42,- (zuzügl. Porto)

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.
Hypo-Bank Bregenz Nr. 10 157 108 110

Redaktionsschluß für Nr. 175:
01.07.1991

Anzeigenschluß für Nr. 175:
(Druckfertige Vorlagen) 24.07.1991

Titelbild:
Äthiopische Jugendliche mit sowjetischen T-Shirts aus: Ending Hunger, New York 1985

Inhaltsverzeichnis

Schwerpunktheft: Peripherisierung Osteuropas?

Einige LeserInnen werden schon verwundert festgestellt haben, daß der im letzten Heft angekündigte Themenschwerpunkt zu Osteuropa in diesem Heft nicht erscheint, (er wurde um eine Ausgabe verschoben). Das hat Gründe: Die Dynamik der gesellschaftlichen Veränderungen in Osteuropa und das Fehlen von alternativen Strategien gegenüber den Vertretern der reinen Marktwirtschaft hat bei uns zu langen Diskussionen geführt. Das Thema 'Peripherisierung Osteuropas?' ist Neuland für eine entwicklungspolitische Zeitschrift, die zwanzig Jahre Verhältnisse in der 'Dritten Welt' analysiert hat, jetzt aber nach dem Ende der 'Zweiten Welt' einige Koordinaten neu definieren muß.
Wir bitten um Verständnis.

Triumph der Befreiungsbewegungen

Jubel in Eritrea

Erst die nächsten Wochen werden Klarheit über die konkreten Schritte der Übergangsregierungen und über die Lage in Eritrea und Äthiopien bringen. Ungeachtet dessen lassen sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt (Anfang Juni 1991) schon einige Konsequenzen aus den langen Jahren des Kampfes für die Unabhängigkeit Eritreas (30 Jahre) und für den Sturz des äthiopischen Regimes (17 Jahre) ableiten. Günther Schröders Kenntnisse über die Ausrichtung der politischen Akteure und die bisherigen Verhältnisse in Äthiopien und Eritrea erlauben es ihm auch, Überlegungen zu Chancen und Risiken kommender Entwicklungen anzustellen.

Nach den undifferenzierten Meldungen der meisten internationalen Medien ging in Äthiopien ein 30-jähriger Bürgerkrieg zu Ende. Die Spezifika wurden zumeist durch Überbetonung der Rolle der USA und der UdSSR verwischt, die besondere Bedeutung Eritreas beim Sturz des äthiopischen Regimes wurde ausgeklammert. Ohne den hartnäckigen Kampf der Eritreer gegen die schrittweise Einverleibung ihres Territoriums in den äthiopischen Staat und für ihr Selbstbestimmungsrecht hätte es aber weder 1974 die äthiopische Revolution noch 1991 den Sturz Mengistus und seines Regimes gegeben. Beide Male haben die Eritreer durch ihren langen Kampf auch Äthiopien und seinen Völkern die Chancen für einen besseren Staat und ein besseres Leben verschafft. Die 1974 gegebene Chance wurde vertan, es bleibt zu hoffen, daß von der zweiten 1991 besser Gebrauch gemacht wird.

Daß die zweijährige Belagerung der eritreischen Hauptstadt Asmara und das damit verbundene Leiden international, wie auch bei Äthiopiern, weniger Aufmerksamkeit bewirkte als die drohende Einschließung Addis Abebas, zeigt die doppelmoralische Bewertung und Geringschätzung des Leidens in Eritrea. In diesem Hinblick war es richtig, daß die Eritrean Peoples Liberation Front (EPLF) gemeinsam mit Verbänden der Ethiopian Peoples Revolutionary Democratic Front (EPRDF) den Krieg nach Addis Abeba trug, um einen blutigen Endkampf um Keren, Asmara und Assab zu vermeiden. Gerade die gut ausgerüsteten EPLF-Verbände trugen wesentlich zum raschen Gelingen der Schlußoffensive gegen Addis Abeba bei.

Es muß aber auch festgehalten werden, daß sich nach der Machtergreifung der Militärs in Addis Abeba 1974, die eritreischen Unabhängkeitsbestrebungen ohne die gleichzeitig stattfindenden Kämpfe äthiopischer Bewegungen, vor allem der Tigray Peoples Liberation Front (TPLF), kaum siegreich hätten entfalten können. Seit 1978/79 war der Erfolg beider, wenn schon nicht auf Zusammenarbeit, so doch auf die Parallelität ihrer Aktionen angewiesen. Dies auf eritreischer Seite zu vergessen oder herunterzuspielen, wäre ebenso falsch, wie ungerecht gegenüber den Opfern, die diese Kämpfe auf äthiopischer Seite forderten.

Über- und Unterschätzungen

Der Sieg der EPLF in Eritrea und der EPRDF in Äthiopien belegt nachdrücklich, daß die westlichen Länder wie auch die UdSSR und Israel, die internationalen Medien, aber auch kleinere eritreische Organisationen und vom politischen Amharentum geprägte äthiopische Bewegungen die Stärke des äthiopischen Regimes seit Jahren überschätzt haben.

Ihnen ist nie klar geworden, daß das Regime schon 1979 im Eritrea-Krieg und damit auch in der inneräthiopischen Auseinandersetzung eine Strategie anwandte, die zur Niederlage führen mußte. Damals waren die Truppen Somalias und der West Somalia Liberation Front (WSLF) aus dem äthiopischen Ogaden vertrieben worden, in Eritrea waren ELF (Eritrean Liberation Front) und EPLF aus den Städten vertrieben und nach Norden abgedrängt, EDU (Ethiopian Democratic



Union),TPLF und OLF (Oromo Liberation Front) in Randzonen gedrängt und EPRP (Ethiopian Peoples Revolutionary Party) und MEISON (All Ethiopian Socialist Movement) in den Städten weitgehend vernichtet worden. Die Fortsetzung des Krieges wäre vermeidbar gewesen, hätte das äthiopische Regime zu diesem Zeitpunkt ein umfassendes Konzept für eine Autonomie Eritreas und der äthiopischen Nationalitäten und ein ehrliches Integrationsangebot an die geschlagenen Gegner in ein pluralistisches System unterbreitet. Sowohl die Bevölkerung Eritreas als auch die Äthiopiens war kriegsmüde. Doch die Maßlosigkeit des Regimes, das sich kurz vor dem endgültigen Sieg wähnte und unfähig war, aus den eigenen chauvinistisch-zentralistischen Blockierungen herauszutreten, verbaute diesen Weg zum Frieden. Dies zeigte den Eritreern, Tigrays und Oromos, daß sie von der Regierung in Addis Abeba nichts außer Unterwerfung zu erwarten hatten und führte zur Mobilisierung weiterer Kräfte und fortdauernder Unterstützung der betreffenden Bevölkerungen für diese Bewegungen.

Vielleicht hätte die Dürrezeit 1984/85 noch einmal die Gelegenheit geboten, mit einem großzügigen politischen Entwurf, Frieden herbeizuführen. Stattdessen setzte das Regime auf Hunger und Massenumsiedlungen als ultimative Waffen, um den illusionären Sieg herbeizuführen. Als es sich schließlich im März 1990, nach schweren militärischen Niederlagen, zu Reformen aufraffte, wurde über Nacht und mit einem Federstrich die bisherige Staatsideologie abgeschafft. Nicht wenige der letzten Getreuen an der Basis, die vielleicht noch an den Sozialismus geglaubt hatten, wandten sich enttäuscht ab. Die wenigen zu diesem Zeitpunkt versprochenen politischen und wirtschaftlichen Veränderungen kamen zu spät, um das drohende Ende des Regimes noch abzuwenden.

Die Regierungen der USA, Europas und der UdSSR haben die Bewegungen am Horn von Afrika erheblich unterschätzt. An Informationen über die Verhältnisse am Horn hat es ihnen nie gefehlt, wohl aber an der Fähigkeit, diese richtig einzuschätzen. Der Grund dafür lag in der - etablierten Staatsregierungen eigentümlichen - Blindheit gegenüber der Dynamik sozialrevolutionärer Bewegungen, zumal wenn diese ethnisch-national begründet sind und eine stark bäuerliche Komponente beinhalten. Diese Regierungen verkannten das starke Unabhängigkeitsstreben der Eritreer und die tiefe Verankerung der EPLF in der eritreischen Bevölkerung, ebenso das Ausmaß der Entfremdung der tigrayischen Bauern vom äthiopischen Staat und die Verwurzelung der TPLF in dieser bäuerlichen Schicht. Sie erkannten ebensowenig, daß der Aufbau der EPRDF durch die TPLF und das Bündnis von TPLF und EPLF seit 1988 mit dem Ziel eines Machtwechsels in Addis Abeba verfolgt wurde, um die Absicherung der militärisch bereits realisierbaren Befreiung Tigrays und Eritreas zu garantieren. Und zu guter Letzt haben diese Regierungen es nicht realisiert, daß die Lebenskraft des äthiopischen Regimes sowohl durch den anhaltenden Druck von EPLF und EPRDF/TPLF als auch durch die Passivität der Bevölkerung nach so vielen Jahren des Terrors, der Unterdrückung, der politischen Bevormundung, der Umsiedlungen und der Wirtschaftskrise tiefgreifend zersetzt wurde. Zu dieser Zersetzung haben aber auch jene Bewegungen wie ELF und EPRP beigetragen, ohne deren Kampfbeitrag die Erfolge der heutigen Sieger in dieser Form wohl nicht möglich gewesen wären.

Verlierer

Es wäre fatal, sollten die USA und Europa der Idee verfallen, die ungeliebten Bewegungen, da gegen ihren Wunsch an die Macht gekommen, zu radikalen Abweichungen von deren Zielen zu bewegen. Zwar sind siegreiche Bewegungen ganz anders in die Verantwortung genommen als rebellierende, aber der Spielraum für Pressionen ist selbst in der jetzigen monopolaren Machtkonstellation auf der Welt weniger groß als die eurozentrische Sichtweise annimmt. Gerade EPLF und TPLF/EPRDF haben in dieser Hinsicht eine bemerkenswerte Widerstandsfähigkeit bewiesen. Voraussetzung für ihre auch zukünftige Beibehaltung wäre allerdings eine interne Politik, die in Eritrea und Äthiopien auf Konsens und Konfliktminimierung ausgerichtet ist und dadurch externen Interventionen Ansatzpunkte nimmt. Die USA und Europa dürften einem Trugschluß unterliegen, sollten sie glauben, die Schmach ihrer bisherigen Politik könnte durch Wirtschaftshilfe rasch zugedeckt werden. Es wird lange dauern, bis in Eritrea, in Tigray und bei den Oromo vergessen ist, daß die USA und Europa die Bewegungen und die sie tragenden Bevölkerungen jahrelang faktisch mitbekämpft, sie zumindest aber im Kampf gegen das äthiopische Regime im Stich gelassen haben.

Zu den Verlieren zählen auch jene kleineren eritreischen Organisationen, die ELF in ihrem Namenskürzel tragen. Diese wurden schon vor Jahren aus dem realen Kampfgeschehen in Eritrea verdrängt und lebten zumeist im Exil. Ihre Führer, Mitglieder und Sympathisanten hatten sich Nostalgien über ihre eigene Vergangenheit und Wunschträumen hingegeben und die reale Stärke der EPLF nicht wahrhaben wollen, sofern sie nicht in öffentlichen Äußerungen aus politischen Gründen schlicht gelogen haben. Ihre in den letzten Jahren immer wieder vorgetragene Behauptung, Eritrea könne nur mit ihrer Beteiligung befreit werden, ist nachhaltig widerlegt. Mit dieser Behauptung wollten sie von der EPLF das Zugeständnis erlangen, wieder mit eigenen Kampfverbänden nach Eritrea zurückkehren zu dürfen. Dies ist ihnen zu Recht verweigert worden, da es die Gefahr erneuter eritreischer Bürgerkriege heraufbeschworen hätte.

Die Zukunft wird zeigen, ob diese Bewegungen aus ihren Fehleinschätzungen gelernt haben und sich auf einer vernünftigen Basis mit der EPLF arrangieren, sich also wieder in das politisch-soziale Leben Eritreas integrieren werden. Vielleicht planen sie auch den Aufbau einer eritreischen Contra-Variante; die Destabilisierung eines EPLF-geführten Eritrea läge bestimmt im Interesse so mancher westlicher oder arabischer Staaten. Dies hätte jedoch nur Aussicht auf Erfolg, wenn die



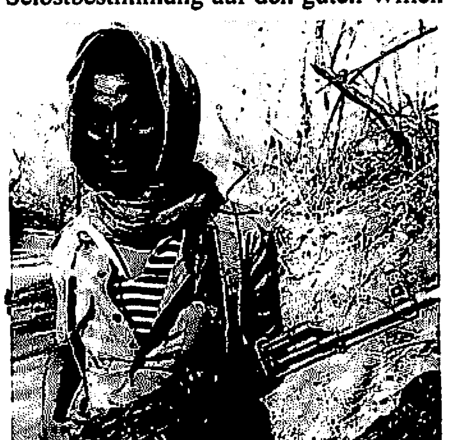
EPLF in den kommenden Monaten gravierende Fehler beim Wiederaufbau Eritreas und der Einrichtung eines demokratisch-pluralistischen Systems begeht.

Ebenso zählen die vom politischen Amharentum getragenen Organisationen zu den Verlierern, ob sie nun im Exil oder als bewaffnete Gruppen innerhalb Äthiopiens tätig waren. Ihr Unterschätzen des Freiheitswillens Eritreas und der Bestrebungen der Oromo und Tigray reflektierten die Arroganz und Unfähigkeit, diesen Bewegungen anders als paternalistisch oder sogar chauvinistisch gegenüberzutreten. In dieser Grundhaltung waren diese Organisationen heimliche Verbündete des Regimes, da sie die Entstehung einer breitestmöglichen gemeinsamen Front aller Regimegegner verhinderten und so zu dessen Lebensverlängerung beitrugen. Auch sollte nicht vergessen werden, daß diese Haltung dazu führte, daß nach der Niederlage dieser Organisationen viele ihrer Mitglieder und Anhänger sich mit dem Regime arrangierten, statt ins Exil zu gehen.

Am klarsten zeigt sich der Chauvinismus jedoch in der Weigerung, den Oromo und anderen nicht-abessinischen Gruppen sowie den Eritreern Referenden zuzugestehen, in denen sie über ihre Zukunft entscheiden können. Die Vertreter des politischen Amharentums betonen immer wieder, daß diese Gruppen Äthiopier seien, wissen aber selbst, daß das nur hohle Worte sind. Weder Kaisertum noch Militär noch politisches Amharentum haben etwas dazu beigetragen, daß diese Menschen sich mehrheitlich mit Äthiopien identifizieren. Die innere Übereinstimmung des politischen Amharentums mit dem Regime in dieser Frage bedingte die Ambivalenz ihrer Opposition und hinderte sie daran, den Kampf gegen das äthiopische Regime entschlossen und gemeinsam mit anderen Gruppen zu führen. Ihrer Einschätzung nach hatten sie ja bei einem Sieg über das Regime mit dem drohenden



Verlust Eritreas und ihrer eigenen dominanten Rolle mehr zu verlieren als zu gewinnen. Zu den zumindest zeitweiligen Verlierern zählen auch die Bewegungen der Oromo, Afar und Somal, die es nicht geschafft hatten, nationale Bewegungen aufzubauen und ihren Kampf so weit zu tragen, daß er sich frei von externen Einmischungen positiv hätte entfalten können. Damit spielen sie bei der Gestaltung des zukünftigen politischen Lebens in Äthiopien eine geringe Rolle und sind bei der Verwirklichung ihres Rechts auf Selbstbestimmung auf den guten Willen



der EPRDF angewiesen. Zu hoffen ist, daß die TPLF als tragende Kraft der EPRDF die notwendige Fairneß und Einsicht bei der Lösung dieser nationalen Fragen aufbringt. Am fatalsten wäre es, wenn sie anstelle des bisherigen amharischen einen Tigray-Chauvinismus setzen würde und sich eventuell mit den Amharen auf Kosten der nicht-abessinischen Völker arrangieren würde. Dies könnte den Afar-, Oromo-, und Somal-Bewegungen neuen Auftrieb geben.

Unmittelbare Aufgaben

Sowohl in Eritrea wie in Äthiopien stehen eine Reihe unmittelbarer Aufgaben an, deren Bewältigung nicht nur technische Kompetenz, sondern auch politisches Fingerspitzengefühl erfordert. Notwenig ist vor allem die vollständige Freilassung der politischen Gefangenen , die vermutlich bereits im Gange ist, ihre Versorgung und die Benachrichtigung ihrer Familien. Falls die Sieger politische Gefangene aus den eigenen Reihen haben, wäre jetzt der Zeitpunkt, sie freizulassen und damit die innere Aussöhnung zu fördern.
Der Wiederaufnahme der öffentlichen Dienstleistungen, der Instandsetzung der Versorgungseinrichtungen und der Wiederbelebung des Warenverkehrs und der internationalen Nothilfe kommt ebenso große Bedeutung zu. Zugleich müssen gerade im Falle Eritreas Maßnahmen zur Wiedereingliederung rückkehrender Flüchtlinge in Angriff genommen oder zumindest vorbereitet werden. Dies wird nur möglich sein, wenn ein Mindestmaß an öffentlicher Ordnung hergestellt wird, damit sowohl Plünderungen und Allgemeinkriminalität als auch das erneute Austragen politischer Rivalitäten in Schach gehalten werden können.

Das Dilemma der EPRDF/TPLF

Die EPRDF/TPLF hat eine ungleich schwierigere Aufgabe zu bewältigen als die EPLF. Ihr Gebiet ist wesentlich größer, sie relativ dazu schwächer, und ihre Akzeptanz bei der Gesamtbevölkerung und vor allem bei den geschlagenen Amharen ist weitaus geringer als die der EPLF in Eritrea. Ihre Lage ist nicht unähnlich der der FRELIMO in Mosambik, die nach Abzug der Portugiesen im Süden des Landes, wo sie nie besonders stark verankert war, plötzlich als Besatzungsmacht angesehen wurde, als sie versuchte, ihre Politik dort durchzusetzen.

In Tigray hat sich die TPLF ihre Anerkennung in langen Kampfjahren verdient, im übrigen Äthiopien muß sie erst noch die dafür erforderlichen Leistungen erbringen. Es wird sich zeigen, ob sie dazu in der Lage ist. Ein großes Problem wird sein, daß ihr die zur Bewältigung der anstehenden Aufgaben notwendigen technisch-administrativen Kader fehlen. Sie wird daher gezwungen sein, Personal des gestürzten Regimes einzusetzen. Und das wiederum wird Auswirkungen auf den internen politischen Charakter der TPLF/EPDM (Ethiopian Peoples Democratic Movement) und auf den Zusammenhalt der EPRDF haben. Nach Meinung ihrer Kritiker werden TPLF/EPDM langfristig jedoch weniger durch diese Möglichkeit als durch eigene Fehler und Schwächen bedroht. Zumindest die Führer seien heimliche Stalinisten, so die Kritiker. Sie hätten zudem Tendenzen zu einem starken Sendungsbewußtsein und hingen einem abessinischen Chauvinismus an.

Es gibt noch mehr, was viele Äthiopier und Eritreer insbesondere in den vergangenen Monaten mit Besorgnis erfüllte und die Frage aufkommen ließ, wie sich TPLF/EPRDF nach einem Sieg verhalten würden. Dazu gehören die abrupten politischen Kurswechsel in der Geschichte der TPLF, die ungeklärte Rolle der MLLT (Marxistisch Leninistische Liga Tigrays), wiederholte Säuberungen in der Organisation, Hinweise auf politische Gefangene und vieles mehr.

Als Gegengewicht zu den genannten Bedenken ist zu betonen, daß die praktische Aufgabenbewältigung seitens der TPLF/EPRDF immer besser war als ihre theoretischen Ausführungen. Auch sind ihre Möglichkeiten einer hegemonialen Beherrschung Äthiopiens ungleich geringer als die des politischen Amharentums. Ihre demographische Basis Tigray ist schwächer als die des politischen Amharentums. Und ihre Akzeptanz im übrigen Lande ist ebenfalls geringer als die des Amharentums. Diese Tatsache enthält einen eingebauten Zwang zum Konsens.

Kollektive Trauer der Amhara und Revanchegefahr

Eines der schwersten Probleme für die EPRDF dürfte in dieser Hinsicht, den guten Willen oder die widerwillige Einsicht in die Notwendigkeit vorausgesetzt, die Aussöhnung mit dem politischen Amharentum und seine Reintegration in das neue Äthiopien auf gleichberechtigter Grundlage sein. Die kollektive Trauer einer bislang dominanten ethno-politischen Gruppe über ihren Abstieg kann selbst unter günstigeren politischen Bedingungen als denen, die TPLF/EPRDF dem politischen Amharentum gegenwärtig wohl nur anbieten können, in tiefsitzende, Identität und Selbstwertgefühl zerfressende Bitterkeit umschlagen, die

bösartigen Revisionismus und noch virulenteren amharischen Chauvinismus als bislang ausbrüten kann.

Wenn die EPRDF auch nur eine einzige der panäthiopisch orientierten Exilgruppen zuläßt, steht zu vermuten, daß diese, ziemlich unabhängig von ihrer politischen Ideologie, zum Auffangbecken für die Geschlagenen werden wird. Sollte die EPRDF mit diesen Gruppen nicht zu einer Einigung kommen, bliebe ihnen nur der verbitterte Rückzug ins innere Exil und langfristig die Herausbildung eigener Träger des Widerstands gegen die ungeliebte Wirklichkeit oder der Eintritt in die EPDM, die nicht-tigraische Komponente der EPRDF. Dies könnte langfristig deren Zusammensetzung und politische Orientierung bis zum Bruchpunkt des Bündnisses verändern. Beides sind Möglichkeiten, die wenig Gutes für die Zukunft verheißen. Hier könnte in der Tat die freie Zulassung verschiedener panäthiopischer Bewegungen, die in der Vergangenheit miteinander konkurriert haben und es auch zukünftig tun werden, Entlastung bringen und langfristig die gleichberechtigte Reintegration der Träger des politischen Amharentums ins neue Äthiopien erleichtern.

Referendum

Eine der schwierigsten Aufgaben wird die Organisierung des Referendums in Eritrea und der Abstimmungen hinsichtlich der inneräthiopischen Nationalitäten sein. Im Fall Eritrea ist der Spielraum für Manipulationen seitens der äthiopischen Übergangsregierung relativ gering: Das Territorium ist klar abgegrenzt, die Fragestellung ist einfach, selbst unter ungünstigsten Umständen ist kaum vorstellbar, wie ein Referendum etwas anderes als ein klares Votum für Unabhängigkeit bringen kann.

Dennoch gibt es Fragen, die Irritationen und Spannungen herbeiführen können und die ausgenutzt werden können, um den gesamten Prozeß zu torpedieren:

- Welche Gruppen dürfen für ihre Auffassungen werben? Nur eritresche Gruppen, alle oder nur einige der an der äthiopischen Übergangsregierung beteiligten Organisationen;
- Welche Rolle spielt die Übergangsregierung Äthiopiens bei der Durchführung des Referendums?
- Wer bestimmt Auswahl, Rolle und Rechte internationaler Beobachter?
- Wird es vorab national und völkerrechtlich verbindliche Erklärungen der äthiopischen und der eritreischen Übergangsregierung und möglichst auch der UNO geben, daß sie das Ergebnis des Referendums respektieren werden?
- Wer bestimmt den Modus der Beteiligung für nicht im Land lebende Eritreer, die noch nicht zurückkehren konnten oder wollten?

Beinahe unlösbar wird die Frage sein, sollte sich in einem Gebiet Eritreas eine klare Mehrheit für Äthiopien ergeben, im gesamten übrigen Land aber für die Unabhängigkeit.

Analoge Probleme treten beim inneräthiopischen Referendum auf, wobei hier die Frage der Abgrenzung der Abstimmungsgebiete erschwerend hinzukommt. Auch hier wird es im wesentlichen darauf ankommen, daß sich die neue Staatsmacht fair und großzügig verhält, sollen langfristig tödliche Spannungen vermieden werden.



Die Versuchung, nicht so großzügig zu sein, ist angesichts des Preises hoch. Ein Ausgang des Oromo-Referendums im Sinn der OLF würde das äthiopische Territorium fast auf die Hälfte reduzieren. Zusätzliche Erfolge der Afar und Somal-Nationalisten würden die Abessinier auf ihre verarmten Stammlande zurückwerfen - ein Absturz in die Hölle der Kleinstaatlichkeit. Vielleicht böte aber diese extreme Möglichkeit auch einmal die Chance für die Abessinier, ihre Gebiete zu entwickeln und sich nicht durch den Reichtum des Südens permanent dazu verführen zu lassen, sie zu vernachlässigen. Das böte auch die Chance, sich endlich selbst vom ethno-psychologischen Krebs der religiös-kulturellen Überheblichkeit gegenüber den nicht-abessinischen Völkern zu befreien. Dieser ist bei dem politischen Amharentum stark ausgeprägt, aber auch bei den Tigray häufig genug anzutreffen, um Anlaß zur Beunruhigung zu sein.

Die Schwierige Umsetzung des Pluralismus

Sowohl TPLF/EPRDF wie EPLF haben in ihren programmatischen Papieren ihren Willen zu einem pluralistischen politischen System bekundet. Daß dies nicht die Zulassung einer jeden bereits bestehenden oder jetzt neu aufkommenden Gruppierung als politische Partei beinhaltet, verdeutlicht ein Interview mit Isayas Afewerqui vom Herbst 1990. Darin stellt er klar, daß regionalistische, tribalistische und religiöse Parteien nicht

Bewölkte Aussichten für die Oromo

Das größte Volk Äthiopiens, die über zwanzig Millionen Oromo, könnten die Verlierer des Machtwechsels in Addis Abeba werden. Ihre politische Organisation, die Oromo Liberation Front (OLF), ist die kleinste der Guerillaorganisationen, und ihre Ziele vertragen sich am wenigsten mit den Vorstellungen der amerikanischen und sowjetischen Äthiopienpolitik.

Die vielgestaltige Opposition Äthiopiens ist über die Grundfragen dieses Staates heillos zerstritten. Weder wollen alle die Einheit Äthiopiens aufrechterhalten, noch sind sie gewillt, ihre jeweiligen Konkurrenten an der Macht zu beteiligen. Dies, obwohl alle, der internationalen Mode gemäß, Demokratie predigen. Wer sich wofür einsetzt, ergibt sich aus Spannungslinien, die keineswegs erst in der Zeit des "sozialistischen" Äthiopiens entstanden sind, sondern auf die Anfänge des modernen Äthiopiens im vergangenen Jahrhundert zurückgehen.

Damals standen sich, vereinfacht gesagt, zwei Machtgruppen im äthiopischen Raum gegenüber: Im nordwestlichen Hochland die alte, christliche Kultur Abessiniens mit den zwei Schwestervölkern der Amharen und der Tigray. Im Zentrum und im Süden die zahlenmäßig stärkeren Stämme der Oromo und vieler kleinerer Völker. Sie sind alle in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch die abessinischen Kaiser mit Hilfe europäischer Feuerwaffen erobert worden. Die Macht im modernen äthiopischen Staat lag und liegt bis heute ganz in den Händen der Abessinier, insbesondere der Amharen. Die Oromo und die anderen unterworfenen Völker machen aber die Mehrheit der Bevölkerung aus. In ihren Gebieten ist auch die wichtigste Ressource des äthiopischen Staates, der Kaffee, konzentriert. Die meisten Oromo wurden zudem, um dem abessinischen Assimilierungsdruck zu widerstehen, Anhänger des Islam oder westlicher Reformkirchen. Die ethnischen Trennungslinien Äthiopiens werden deshalb durch die religiösen verstärkt.

Auf der Einheit Äthiopiens beharren alle abessinischen Oppositionsgruppen, auch die Ethiopian Peoples Democratic Revolutionary Front (EPDRF). Für eine Loslösung von Äthiopien optieren die OLF und die Eritrean Peoples Liberation Front (EPLF). Weitere Gruppen, zum Beispiel von Afar oder Somali, werden sich bei

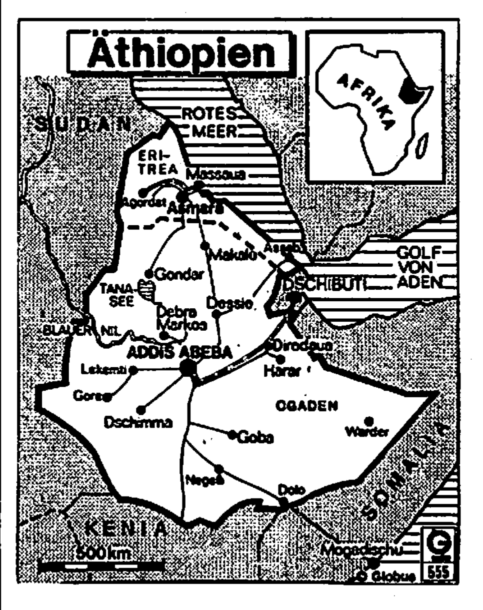
einer schwachen Regierung in Addis in der gleichen Absicht zu Wort melden.

Während die Tigre Peoples Liberation Front (TPLF) den Unabhängigkeitsanspruch Eritreas anerkennt, sind die Sezessionsansprüche der Oromo immer verspottet worden. Es gibt keine abessinische Oppositionsgruppe, deren Repräsentanten nicht die Fassung verlieren, wenn sie auf die Absichten der OLF angesprochen werden. Daß die OLF nach Mengistus Sturz auch mit militärischen Mitteln zur Räson gebracht werden soll, wird einem unverblümt mitgeteilt. Umgekehrt herrscht unwillige Betretenheit, wenn man die Frage aufwirft, ob denn die Abessinier eine demokratisch gewählte Oromo-Regierung Äthiopiens, sozusagen die Regierung der Mehrheit, akzeptieren würden. Daß Oromo und Moslems das christliche Abessinien regieren, ist denn doch höchst unerwünscht. Viele Oromo erachten den jüngsten Vormarsch der EPDRF durch Wollega nach Addis als Anfang der offenen Konfrontation. Tatsächlich wurde durch diesen militärischen Vorstoß die OLF in Wollega praktisch in den Grenzraum zum Sudan abgedrängt. Lediglich das zweite Operationsgebiet der OLF in der östlichen Provinz Hararghe ist noch nicht durch die Vorstöße der EPDRF in die Enge getrieben worden.

Einzelne Schießereien zwischen der OLF und der EPDRF zeigen die Spannungen an. Große Kämpfe wurden bisher aber von beiden Seiten vermieden. Und zu den Verhandlungen in London Ende Mai wurde auch die OLF eingeladen. Verhandlungsziel der EPDRF, der Rumpfregierung und der amerikanischen und sowjetischen "Freunde" dürfte es sein, die OLF zur Aufgabe ihres Ziels eines unabhängigen Oromostaates zu zwingen. Es fragt sich deshalb sehr, ob die Verhandlungen oder Übergangsregierungen, die daraus resultieren könnten, wirklich die vielfältigen Konflikte Äthiopiens einer Lösung näher bringen werden. Es würde den europäischen Unterstützern der diversen Befreiungsbewegungen gut anstehen, ihre Freunde darauf hinzuweisen, daß neue Ungerechtigkeiten wohl kaum einen dauerhaften Frieden und damit endlich die dringend notwendige Rehabilitierung der Lebensbasis von Millionen vom Hunger bedrohter Bauern herbeiführen werden.

Peter Niggli

zugelassen werden sollen, und daß Gruppen, die sich nicht am Kampf gegen Äthiopien beteiligt haben, in Eritrea kaum mit ihrer Anerkennung als politische Partei rechnen können. Dies ließ zu Recht die Frage aufkommen, wer sich denn nun eigentlich als Partei konstituieren kann. Es bleibt zu hoffen, daß hier bald weitergedacht wird, denn es erscheint langfristig politisch sinnvoller, diese Gruppen innerhalb Eritreas als Parteien zuzulassen, statt sie aus dem Land zu drängen und zu potentiellen Contras werden zu lassen. Auch dürfte die Erfahrung anderer Länder gezeigt haben, daß Parteien auf partikularistischer Grundlage (Ethnie, Religion) durchaus einen Platz in einem pluralistischen politischen System haben können, ohne es zu sprengen. Ihr Gedankengut läßt sich nur in der



politischen Auseinandersetzung überwinden, nicht aber mit Ausgrenzung und Verbot. Im Hinblick auf das Referendum und eine später wohl zu wählende verfassungsgebende Versammlung sollte die EPLF die Möglichkeit der Parteiengründung in Eritrea möglichst rasch und wenig restriktiv definieren. Alles andere erscheint für die Herausbildung eines demokratischen Eritrea kontraproduktiv. Ein Weg in diese Richtung könnte bereits sein, die zu bildende Übergangsregierung zumindest durch die Aufnahme von Fachleuten auch von außerhalb der EPLF auf eine breitere Grundlage zu stellen.

Analoge, noch größere Probleme kommen auf die TPLF/EPRDF zu. Hier steht unmittelbar die Verständigung mit anderen äthiopischen Gruppen, die Herausarbeitung klarer Zulassungsregeln und Partizipationsschlüssel und flexibler Kriterien zur Berücksichtigung neu sich gründender Organisationen an. Neugründungen sind jetzt, wo der Druck des Regimes beseitigt ist und Entscheidungen von großer Tragweite zu treffen sind, in größerer Zahl zu erwarten. Möglicherweise werden gerade auch ältere, bis auf wenige Reste oder die Idee ausgelöschte Organisationen unter den geänderten Umständen eine beachtliche politische Renaissance erleben. Es wird sich zeigen, ob die TPLF der Versuchung widerstehen kann, Gründungen, die sich außerhalb ihres Einflusses vollziehen, durch die Anregung zur Gründung ihr nahestehender Parteien zu doppeln und damit in ihrer politischen Reichweite zu reduzieren. Die Vervielfältigung von Parteien und Organisationen im Umfeld der TPLF in den letzten Jahren, je näher sie Addis Abeba rückte, gibt hier zum Nachdenken Anlaß.

Gewisse Zweifel - begründete Hoffnungen

Die jetzige Situation und zurückliegende Erfahrungen mit den Hauptakteuren geben zu gewissen Zweifeln an der Ernsthaftigkeit des Willens mancher Gruppe Anlaß, mit Selbstbestimmungsrecht, Pluralismus und Demokratie wirklich Ernst zu machen. Andererseits sind diese Gruppen, nicht zuletzt aufgrund ihres langen Kampfes, keine Politkamikaze wie Mengistu und seine Militärs, die zum Zeitpunkt ihrer Machtübernahme wenig mehr als kommandieren und töten gelernt hatten, die Gesellschaft bis zuletzt mit einem Exerzierplatz verwechselten und politische Konflikte nur in Begriffen von Angriff, Gegenschlag, Schlacht und Massaker wahrnehmen und gestalten konnten. Es besteht daher guter Grund zu der Annahme, daß diese Bewegungen sich reflektierter mit den jetzt anstehenden Problemen auseinandersetzen werden. Schließlich ist festzuhalten, daß sie, was immer man an ihnen kritisieren mag, in ihren langen Kampfjahren wesentlich mehr zu positiven gesellschaftlichen Veränderungen beigetragen haben als viele andere Befreiungsbewegungen, der zutiefst autoritär-brutalen politischen Kultur zum Trotz, die die Gesellschaften innerhalb derer sie entstanden sind, prägt und die in einer Generation nicht vollständig abgeschüttelt werden kann.

Günter Schröder

Die ausführliche Fassung des Textes enthält sieben weitere Seiten Hintergrundinformation über einige relevante politische Organisationen Eritreas und Äthiopiens und einiger Führungspersönlichkeiten. Der vollständige Beitrag kann beim iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg gegen 5.-DM (in Briefmarken, bar oder Scheck) bestellt werden.

Demokratisierung à la Weltbank

Ein Jahr Mehrparteiensystem in der Elfenbeinküste

"Ivorerinnen, meine Schwestern, Ivorer, meine Brüder, vor allem, laßt uns einig bleiben - Félix Houphouet-Boigny". Immer noch leitet diese Aussage mit dem Zitat des Präsidenten die abendlichen Nachrichten des Staatsfernsehens ein. Während die Nachbarstaaten noch von Bürgerkrieg (Liberia), Präsidentensturz (Mali) und gewalttätigen Massendemonstrationen (Togo und Kamerun) erschüttert werden, herrscht in der Elfenbeinküste Ruhe. Allerdings eine nervöse Ruhe. Was die anderen Staaten als Geburtswehen für die Einführung eines Mehrparteiensystems, des "multipartisme" - allgegenwärtige Zauberformel im frankophonen Afrika - erst noch vor sich haben, haben die Ivorer und Ivorerinnen bereits hinter sich: Nach schwersten Unruhen von Februar bis April 1990 wurde am 30. April 1990 offiziell das Mehrparteiensystem eingeführt. Anlaß für die Opposition, ein Jahr später die Massen für eine "Woche der Freiheit" zu mobilisieren. Denn im Gegensatz zu Benin und den Kapverdischen Inseln ist die Opposition in der Elfenbeinküste nach verlorenen Präsidentschaftswahlen vom Oktober 1990, mit nur zehn Sitzen nach den Wahlen zur Volksversammlung vom November 1990 und mit sechs Bürgermeistern nach den Kommunalwahlen weit abgeschlagen, immer noch in der Opposition. Äußerlich betrachtet kein Sieg...

Wenn ein Hund bellt, weißt du, daß er in Schwierigkeiten steckt, wenn ein Fisch aus dem Wasser springt, weißt du, unten ist's ihm heiß. Ohh, dein Arsch ist draußen, heute wird abgerechnet". In der Elfenbeinküste ist dieses Lied des jungen Reggaesängers Serges Kassy zu einer Ungeheuerlichkeit geworden. Zwei Jahre allenfalls im Brodeltopf Treichville, einem populären Viertel der Hauptstadt Abidjan, gespielt, wurde dieser Song 1990 zum Volkshit und der bis dahin kaum bekannte Serges Kassy zum Star. Ob der nun tatsächlich den "Arsch" des Präsidenten draußen sah, ober ob er ganz allgemein gesungen hat, wie er anläßlich einer Hausdurchsuchung betonte, spielt keine Rolle mehr. Das Volk interpretiert jede Zeile. Über vierzig Jahre habe die Ivorerinnen und Ivorer es ihrem Präsidenten, dem Vater der Nation, dem antikolonialen Freiheitskämpfer und Gewerkschaftsführer, ihrem Befreier von der Zwangsarbeit, abgenommen, daß er sich ohne sie, sein Volk, wie ein Fisch (auf dem Trockenen) fühle, daß er sie durch Kaffee- und Kakaoanbau zu Reichtum bringe, daß sie alles, was sie haben, einzig ihrem Vater Felix Houphouet-Boigny verdanken, dem Alten-Mythos Houphouet.

Tatsächlich ringt das komplexe Gespinst des 84-jährigen Präsidenten auch KritikerInnen Bewunderung ab: Die komplizierte Verwobenheit von Korruption mit einem der besten Straßennetze Afrikas, von der allmächtigen Führungsclique der "Barone" mit einem Erziehungssystem, das bis 1980 französische Standards erreichte, von Houphouets schier unglaublichen Summen auf Schweizer Bankkonten mit der Fähigkeit, jahrzehntelang Oppositionelle immer wieder in das Beziehungsgeflecht integrieren zu können. Houphouet hat sich nicht an die Regierung geputscht, er wurde bereits zu Kolonialzeiten gewählt und seitdem ehrfurchtsvoll respektiert. Er hat wirtschaftlich und politisch voll auf die Abhängigkeit von Frankreich gesetzt, aber von den enormen Geldsummen, die aus dem Land geschafft wurden, immer noch soviel ab-

C`est pas dâ ni, blô

Cèst pas dâ ni, blô Tu n` as pas dit, tu peux?	*Das ist nicht weiter schwierig, hast'e nicht gesagt, du kannst?*
C`est pas dâ ni, blô Tu n` as pas dit, tu flings?	*Das ist nicht weiter schwierig, hast'e nicht gesagt, du bringst es?*
Oh, ton cul est dehors, aujourd'hui il y a drap.	*Oh, dein Arsch ist draußen, heute gibt's Schwierigkeiten*
Oh, ton cul est dehors, aujourd'hui il y a drap.	*Oh, dein Arsch ist draußen, heute wird abgerechnet.*
Si tu vois poulet courir, c'est il a sueur.	*Wenn ein Huhn rennt, weißt du, dem gehts mies.*
Si tu vois chien aboit, c'est il a vu drap.	*Wenn ein Hund bellt, weissßdu, der hat Schwierigkeiten.*
Si tu vois posson sortir de l'eau, c'est en bas c'est chaud.	*Wenn ein Fisch aus dem Wasser springt, weisß du, unten ist's ihm heiß.*
Oh, ton cul est dehors, aujourd'hui il a drap.	*Oh, dein Arsch ist draussen, heute geht der Ärger los.*

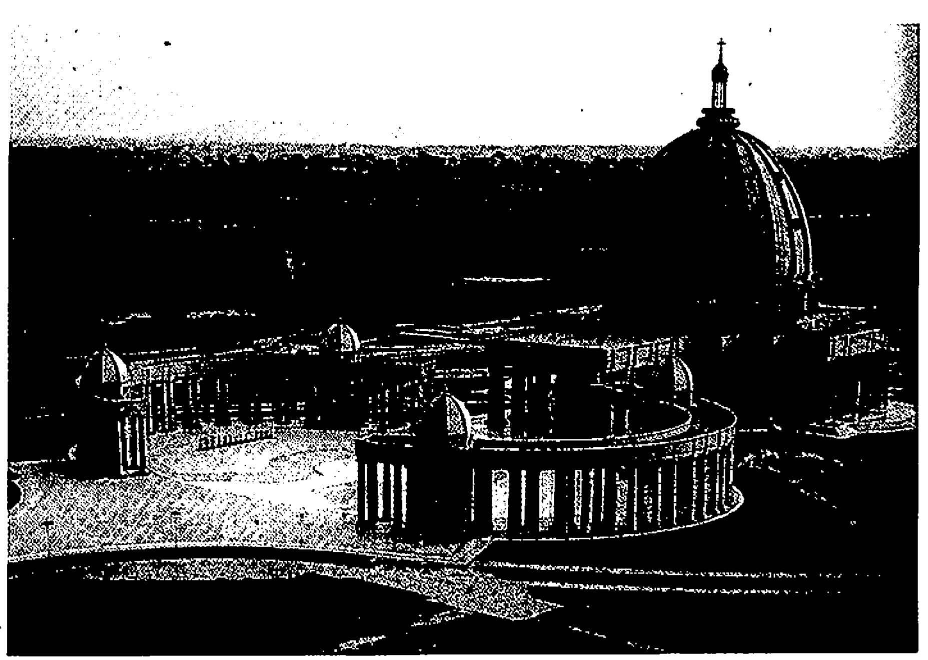
Serges Kassty

1. "Il y a drap" wörlich: es gibt Laken". Ursprung: Wenn der Mann nach Hause kommt und seine Frau in den Laken mit einem anderen findet, ist die Sache aufgeflogen, die Schwierigkeiten gehen los und die Sache muß ausgetragen werden.
2. "Il a sueur" wörlich: er hat Schweiß".
3. "voir drap": selber ziemlichen Ärger haben.

gezweigt und kunstvoll verteilt, daß sein Mythos keine Kratzer erhielt und ihm die Dankbarkeit seiner Untertanen gewiß war.
Seit 1980 geht es mit dem "Wunder Elfenbeinküste" bergab. Bei steigender Inflation sind die Ankaufpreise für Kaffee und Kakao gesunken, die Löhne wurden eingefroren. Die in den 80er Jahren aufgenommenen Kredite entsprechen in etwa dem Auslandsvermögen von Houphouet und seinen Baronen. Anfang 1990 spitzte sich die Krise zu: Der Internationale Währungsfonds (IWF) knüpfte die angesichts der gähnend leeren Staatskassen dringend notwendige Frischgeldzufuhr an die vorherige Rückzahlung von 750 Millionen DM (130 Mrd. FCFA) Schulden. Seit Wochen konnten die BeamtInnengehälter ohnehin nur noch mittels gymnastischer Verrenkungen der Regierung gezahlt werden. Doch die Regierung fand die Lösung: Das Volk, das gerade den päpstlichen Segen für den 500 Millionen DM (80 Mrd. FCFA) schweren Nachbau des Petersdoms im Landesinneren erhalten hatte, sollte zum Wohle der Nation Opfer bringen. Eine landesweite 40%ige Lohnkürzung wurde ausgerufen. Zum ersten Mal hatte sich der greise Patriarch verrechnet. Die Berufung auf Einigkeit, Liebe und Frieden verlor ihre Zauberkraft. Die Kathedrale, vor Jahren beim erstmaligen Papstbesuch zur Grundsteinlegung noch mit Stolz erwartet, gilt seit ihrer Fertigstellung als verflucht. Fotoapparate sollen die Funktion versagen, der Besuch der inneren Kuppel birgt Gefahr anschließender Autounfälle und es kreisen Gerüchte von unterirdischen Stockwerken voller beiseite geschafften Goldes. Das Volk verstand nicht, warum die Barone, denen die Bezahlung der 750 Millionen ein leichtes gewesen wäre, unbehelligt bleiben sollten. Der Stolz der IvorerInnen, die glänzenden Hochhäuser des Geschäftsviertels Plateau - des Manhattan Abidjans - wurden matt. Die Drohung von Schulden und Lohnkürzung schien sich in den Scheiben zu spiegeln.

"Nieder mit Houphouet!"

Als Vorreiter der schwarzafrikanischen Perestroikawelle gehen die Ivorerinnen und Ivorer, die eigentlich "allergisch gegen Gewalt" sind - so das Zitat eines ivorischen Arbeiters - auf die Straße; erst die SchülerInnen und StudentInnen mit noch recht ständischen Forderungen nach besserem Mensa-Essen und Stipendien. Sofort setzt die HochschullehrerInnen-Gewerkschaft nach. Deren charismatischer Führer Marcel Etté, emeritiert, grauhaarig, respektiert, der es als einziger, diversen Gefängnisaufenthalten zum Trotz, alle zwei Jahre bei den Tagen des Dialogs immer wieder gewagt hat, dem Präsidenten zu widersprechen, wird politisch: "Demokratisierung", "multipartisme" und - natürlich - "keine Lohnkürzung" steht auf den Banderolen. Jetzt überschlägt sich alles. Bank- und Versicherungsangestellte, ÄrztInnen, Taxichauffeure, Busfahrer und ZollbeamtInnen demonstrieren. Der seit 1988 in aller Stille arbeitende autonome Gewerkschaftsbund "Würde" mobilisiert Arbeiterinnen und Arbeiter, sogar die PolizistInnen formieren sich. Die "meistgelesene Zeitung der Welt, der Schmetterling" flattert aus dem Untergrund - freie Zeitungen werden erst sechs Monate später gestattet werden. Der Führer der altgedienten Untergrundspartei "Ivorische Volksfront", Laurent Gbagbo, tritt öffentlich auf. Auch die "Ivorische Arbeiterpartei", die "Ivorische Sozialistische Partei" und die "Union der Sozialdemokraten" verkünden ihre Manifeste, Flugblätter mit den Kontoauszügen des jetzt als "Dieb" beschimpften Houphouet und eine Liste mit 437 Milliardären (FCFA) zirkulieren. "Nieder mit Houphouet" tönt es und immer wieder: "Multipartisme", das Wort, das inzwischen zum Synonym für Antikorruption, Transparenz und Gerechtigkeit geworden ist, ein Wort voller Hoffnungen. Die HochschullehrerInnen-Gewerkschaft verteilt eine detaillierte Aufstellung über verschwundene Milliarden, Houphouet verteilt derweil Geld an falsche StudentInnen für Jubeldemonstrationen. Im Staatsfernsehen schlägt der Präsident mit der Faust auf den Tisch: "Die Lohnkürzung bleibt". Am 6. April gibt es den ersten Toten. Der 17-jährige Schüler Edouard Kpéa Domin stirbt an einer Polizeikugel.
Als auch das Militär von der Protestwelle erfaßt wird, spitzt sich die Lage erneut zu: In Abidjan umzingeln Soldaten die Residenz des Präsidenten, besetzen das Gelände des Staatsfernsehens und den internationalen Flughafen - klassisches Szenario für einen Staatsstreich. Die Elitetruppen der Gendarme und der Minister Konan Banny, auch "der Faschist" genannt, werden unruhig. Banny hat genug von Gbagbo und dessen Volksfront, die auch über einen bewaffneten Arm verfügt; den will er vernichten und Gbagbo gleich mit. Nicht nur den AusländerInnen wird es mulmig, Bürgerkrieg liegt in der Luft.
Der Vater der Nation empfängt die überwiegend jungen rebellischen Soldaten - ein Ehrenbeweis - in seiner Residenz. Sie wollten nur mehr Geld und gehen brav in die Kasernen zurück. Aber nicht nur die jungen Männer, auch Houphouet ist gegen Gewalt allergisch. Er pfeift den "Faschisten" zurück, der widerwillig gehorcht. Zwar gibt es auch " Erneuerer" in der Staatspartei, die ja auch dem Zeitgeist ausgesetzt ist, aber die Position des Präsidenten selbst ist noch unangefochten, wenigstens in der Partei tanzt alles noch nach seiner Pfeife. Die Lohnkürzung wird zurückgenommen und die Regierung



Unterirdische Stockwerke voller beiseite geschafften Goldes

wird wieder Verrenkungen machen müssen, um die Löhne ausbezahlen zu können. Und ein zweites Mal gibt der Präsident nach, der mit Bedauern verstanden hat, daß sein Volk einen anderen Entwicklungsweg will, daß die IvorerInnen von nun an auf freie Meinungsäußerung und Pluralismus nicht mehr verzichten wollen. Mit Wirkung vom 30. April 1990 wird das Mehrparteiensystem eingeführt. Die Wogen sind geglättet. Houphuet - der Schöpfer des multipartisme.

Die Opposition - neuer politischer Faktor in der Elfenbeinküste

Schon im August 1990 fanden die Oppositionellen mit ihren Forderungen nach Einberufung einer Nationalkonferenz und einer neutralen Übergangsregierung kein Gehör mehr. Ein Chef tritt eben nicht ab und ein Chef diskutiert am runden Tisch - womöglich noch mit Direktübertragung im Staatsfernsehen und Staatsradio - weder seine Kontenlage noch etwaige Verfehlungen. Ein Chef meidet lieber die Gefahr, daß bei diesem nationalen psychologischen Reinigungsprozeß auch das letzte bißchen Mythos weggewaschen wird. Schon gar nicht wollten das die Barone, denen von vornherein jedes schützende Charisma fehlte. Und doch auch ohne Nationalkonferenz ist der Mythos Houphouet nachhaltig beschädigt. Die Opposition liegt richtig, wenn sie auf ihren Veranstaltungen die Kassette von Serges Kassy einlegt: "Das ist nicht weiter schwierig - dein Arsch ist draußen". Die Abrechnung jedoch steht immer noch aus. Zwar veröffentlichen die wöchentlich neu entstehenden Zeitungen die ihnen zugespielten Konten mit den nicht bezahlten Elektrizitätsrechungen der Barone und Minister, doch noch führt dies zu keinen Konsequenzen. Das Bewußtsein der Bäuerinnen und Bauern, von ihrer Regierung jahrelang über die Erträge aus dem Kaffee- und Kakaoanbau belogen worden zu sein, dringt jedoch weiter vor. Täglich speist die Opposition diesen Abnabelungsprozeß mit neuen Analysen und Informationen, Arbeiterinnen und Arbeiter verlassen die Einheitsgewerkschaft oder Verweigern die Zwangsbeiträge, nehmen von den "Würde"-MitarbeiterInnen erst erstaunt, dann immer ärgerlicher werdend, zur Kenntnis, daß sie Rechte haben, daß es internationale Konventionen gibt, daß nicht alles nur Geschenke ihres Präsidenten sind. Die vielbeschworene Einigkeit wird brüchig. Bei den 26 Oppositionsparteien trennt sich die Spreu vom Weizen und nur drei haben eine gute Chance, zu überleben. Die größte, die "Ivorische Volksfront", die ihren Namen inzwischen als etwas altmodisch entschuldigt, bildet Sektionen bis weit in die Dörfer hinein und redet dort mit den Dorfchefs. Zu Wahlkampfzeiten war versucht worden, die Opposition als ethnisch begründet hinzustellen. Der "Meister des ivorischen Reggae", Alt-Star Alpha Blondy sang damals zum Erstaunen vieler auf der Seite des Präsidenten vom: "S.O.S. Stammeskampf". Inzwischen bekennt Alpha mit einer für uns schwer nachvollziehbaren Logik: "Ich habe nichts gegen Gbagbo. Ich bin Houphouetist und ich bin für die Opposition." Die Opposition versucht vor allem, einen Fuß in das Staatsfernsehen und Staatsradio zu setzen - mächtige Institutionen in einem Land, in dem der Analphabetismus dank der Sparauflagen des IWF wieder zunimmt. Für Gbagbo gilt es, sich bekanntzumachen, Vertrauen zu gewinnen, Integrationsfähigkeit zu vermitteln. Denn Wahlfälschung hin, Wahlfälschung her, bei der Präsidentschaftswahl bekamen die Ivorerinnen und Ivorer im letzten Moment kalte Füße: "Hat denn schon jemand Gbagbo ein Land leiten gesehen oder auch nur ein Unternehmen?" Seine erste längere Fernsehdiskussion hat geschockt: "Er hat ja Recht, aber so darf er nicht reden. Wird er uns später nicht genauso respektlos behandeln?". Viele waren für die Opposition, aber die Vorstellung einer Elfenbeinküste ganz ohne Houphouet, im Tausch gegen ein unbekanntes Gesicht, war den meisten im letzten Moment doch zu unheimlich.



Heute, sieben Monate später, hat das Erscheinen von immer neu entstehenden Oppositioszeitungen, die von dreißig Jahre angestautem Mitteilungsdruck nur so bersten, erstens die Oppositionsgesichter vertrauter gemacht und zweitens, dem respektlosen Umgang mit eben noch unantastbaren Autoritäten seine "schockierende" Wirkung genommen. Die Opposition setzt auf die nächsten Wahlen und auf Zeit, denn die arbeitet für sie. Weit über die Hälfte der Bevölkerung ist unter dreißig. Bei den Jungen zieht die Berufung auf die Befreiung von der Zwangsarbeit nicht mehr. In den Abidjaner Kleinfamilien fehlen auch die Großmütter und Großväter, die den Nachwuchs mit Respekt vor dem Alter und entsprechenden Hierarchien imprägnieren. Hier entsteht ein neues Werte- und Bezugssystem, das auch auf die Alten zurückwirkt. Angesichts des lächerlichen Ankaufspreises von 9 bis 35 Pfennigen für ein Kilogramm (!) Kaffee hören die Mütter und Väter jetzt ihren Söhnen und Töchtern aus der Stadt zu, wenn diese davon erzählen, daß die maßlose Bereicherung der Barone und des Präsidenten einfach nicht mehr hinzunehmen sei. Solange die wirtschaftliche Situation sich nicht verbessert, scheinen die gewonnenen Freiheitspositionen sicher zu sein. Denn dann ist die Wut im Bauch der IvorerInnen stärker als der Wille der Regierung, bereits erkämpfte Rechte wieder zu beschneiden, Außerdem ist der mindestens 84-jährige Präsident Felix Houphouet-Boigny vielleicht doch nicht unsterblich...

Demokratisierung à la Weltbank

Der Beitrag Frankreichs und der Weltbank zum Demokratisierungsprozeß ist nicht unbeachtlich. Denn ohne deren jahrelange Unterstützung hätten Afrikas Despoten gar keine Chance gehabt, sich so lange an der Macht zu halten. Jetzt sind in Afrika die Böden ausgelaugt, die Rohstoffe bringen nicht mehr viel ein; afrikanische Staaten als politisches Faustpfand im Ost-West-Konflikt sind historisch obsolet. Warum da nicht pötzlich das demokratische Gewissen entdecken und unter Berufung auf Menschenrechte Gelder einsparen? In vier frankophonen Ländern sitzen dank nördlicher Intervention ehemalige Weltbankmitarbeiter oder andere Bankiers in Schlüsselpositionen. Die Elfenbeinküste ist eines davon. Noch während der Unruhen wurde der Gouverneur der Westafrikanischen Zentralbank und vormalige Weltbank-Mitarbeiter



Ausschreitungen zwischen der Polizei und Mitgliedern der Ivorischen Volksfront am 14. Juli 1990 in Bonona

Alassane Quattara zum Vorsitzenden eines frisch eingesetzten "Interministeriellen Komitees zur Ausarbeitung und Durchführung eines Strukturanpassungsprogramms" berufen. Denn bevor man Afrika ganz sich selbst überläßt, ist es doch besser, für eine effiziente Schuldenrückzahlung zu sorgen. In den westlichen Botschaften ist man voll des Lobes für Alassane, der in seinem "Plan Quattara" so erfindungsreich Gebühren einzuführen und so durchschlagend Stellen zu kürzen wußte. Die Rückzahlungen fließen schon. Da ist es gar nicht mehr notwendig, auf Transparenz, Effizienz und Antikorruption auch im Umgang mit den Baronen zu bestehen. Ein Gesichteraustausch an der Spitze von Zollverwaltung und einigen (halb)staatlichen Unternehmen reicht voll aus, den Schein zu wahren. Wenn die Côte d'Ivoire doch nur mehr Männer vom Schlage Quattaras hätte..

Weniger betroffen sind die Mercedes-fahrenden Weißen davon, daß das staatliche Transportunternehmen kaum noch die Benzinrechungen für den Einsatz der städtischen Busse bezahlen, geschweige denn neue Busse dazukaufen kann. Die AbidjanerInnen dagegen müssen riesige Umwege in vollgequetschten Bussen in Kauf nehmen, weil weder das Streckennetz ausgedehnt wird, noch genügend Busse eingesetzt werden können. An Ersatzteilen wird gespart; Busunfälle mit tödlichem Ausgang nehmen zu. Auch die Frau, die gestern noch im Büro gearbeitet hat und heute am Straßenrand gegrillte Bananen verkauft, während sie aufpaßt, daß ihre beiden Kinder nicht vor ein Auto rennen, hat gar nichts von der vielgelobten Effizienz Quattaras.

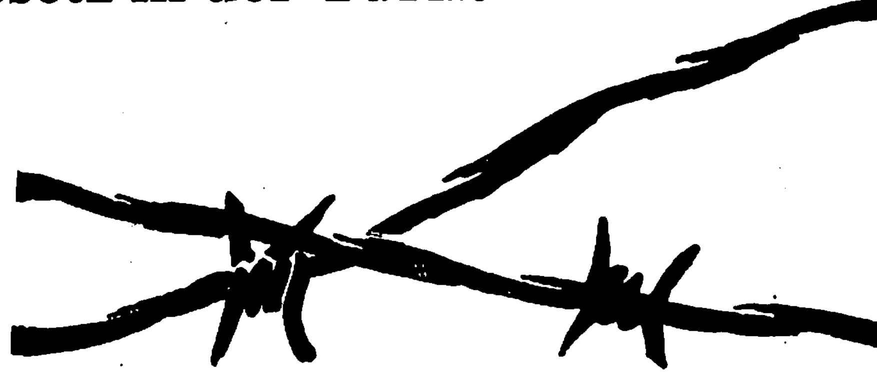
Alassane Quattara ist Bankier. Er hat eine präzise Aufgabe zu erfüllen, nämlich die, den Staatshaushalt zu sanieren und die Wirtschaft anzukurbeln. Danach will er wieder gehen, politische Ambitionen sind bei ihm noch nicht erkennbar. Er ist ein fähiger Manager und daraus ist ihm schwerlich ein Vorwurf zu machen. Entlarvend ist es allerdings, daß der Norden auf Bankiers in Schlüsselpositionen besteht. Daß das Wort "Bauer" im Plan Quattara nicht einmal vorkommt, wie eine Oppositionszeitung bemerkte, ist dann auch nicht mehr verwunderlich. Denn es geht dem Norden ja gar nicht um einen Wirtschaftsaufbau, der den IvorerInnen Wege aus Ihrer ungesunden Exportabhängigkeit weist, es geht ja ausschließlich darum, Devisen zur Schuldenbedienung zu beschaffen. Da ist es dann auch kein Wunder, daß Herrn Quattara, der inzwischen unter der Fuchtel des Präsidenten als Premierminister agiert, außer der "totalen Qualität" - einen Begriff, den die Franzosen als anzustrebende Eigenschaft für ihre Produkte zur Abwehr japanischer Konkurrenz erfunden haben - zur Wirtschaftsankurbelung wenig einzufallen scheint. Soviel Export wird aus der Elfenbeinküste noch herauszupressen sein, daß die Zinsen bedient werden können. Soll der Rest der ivorischen Wirtschaft doch sehen, wo er bleibt. Der IWF-Chef Camdessus, Franzose und Bankier, hat die Richtung schon vorgegeben: es wäre jetzt endlich an der Zeit, daß Afrika sich auf seine eigenen Kräfte besänne...

In den staatlichen Medien werden immer wieder die ungerechten Weltmarktpreise für Kaffee und Kakao als Grund für die Krise angeführt. Die freien Medien betonen dagegen, indem sie sich auf die Korruptheit Houphouets und seiner Barone einschießen, lieber die internen Ursachen. Noch profitiert die Opposition davon, daß die Vergabe von Krediten und Entwicklungshilfegeldern an Demokratisierungs-Auflagen geknüpft wird. Für eine Aufklärung der Bevölkerung, daß die Weltbank, ganz entgegen dem allgemeinen Verständnis der IvorerInnen, keinesfalls dazu da ist, Geschenke zu machen, hat die Opposition in diesen Zeiten keine Kapazitäten frei. Die "Ivorische Volksfront" muß sich im Land als Massenpartei verankern und hat noch viel Arbeit vor sich, bis sie über einen ähnlich weitverzweigten Apparat verfügen können wird, wie er Houphouet mit seiner "Demokratischen Partei der Elfenbeinküste" schon heute zur Verfügung steht. So ist es dank der langjährigen Staatspropaganda vielen IvorerInnen nicht bekannt, daß die Weltbank nichts mehr als eine Bank ist, die ihr Geld zurückhaben will, koste es, was es wolle. Eine Bank, die sich zum Schaden der IvorerInnen auch immer weiter in innere Wirtschaftsangelegenheiten einmischen wird. Ein Rezept, das die Elfenbeinküste von ihrer Abhängigkeit von Weltmarkt und Auslandskrediten befreit, ist allerdings noch von niemanden gefunden worden, auch von der Opposition nicht.

Friederike Pentzlin

Einladung zum Staatsterror

Neues Anti-Terrorgesetz in der Türkei



Mit dem neuen "Antiterrorgesetz" eröffnet sich der türkische Staat nahezu unbegrenzte Repressionsmöglichkeiten und gibt den "Sicherheitskräften" gesetzliche Rückendeckung für Folter, Mord und Verschwindenlassen von Personen.

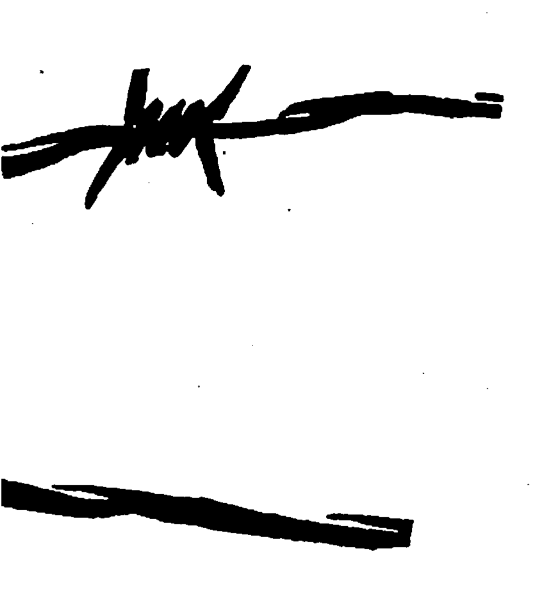
Als am 12. April unter großem Getöse in der Türkei die Liberalisierung der Strafgesetzgebung verkündet wurde, stellte sich auch unter türkischen FreundInnen und GenossInnen hierzulande zunächst eine gewisse Freude und Erleichterung ein. Die berüchtigten, aus dem Strafgesetzbuch des Mussolini-Italien abgeschriebenen Gesinnungsparagraphen 140, 141, 142 (mit diesen wurden bisher kommunistische/linke Organisationen u. "Propaganda" verfolgt) und 163 (Vergehen gegen die laizistische Staatsgrundlage) sollten abgeschafft werden. Außerdem wurde die seit langem ausstehende Amnestie für politische Gefangene verkündet. Die Freude wich allerdings schnell der Ernüchterung, als bekannt wurde, daß v.a. von der sogenannten Amnestie mal wieder die linken politischen Gefangenen großteils ausgeschlossen bleiben sollten. Auch wurden schnell Informationen bekannt, daß ein neues "Anti-Terror-Gesetz" (ATG) einen Teil der abgeschafften Straftatbestände und damit verbundenen Repressionsmöglichkeiten wieder einholen würde (vgl. iz3w 173,S.7) - Skepsis war also angebracht. Dennoch wurde diese "Initiative" der türkischen Regierung in der hiesigen bürgerlichen Presse voller Anerkennung und Wohlwollen kommentiert.

Bereits die Art und Weise, wie dieses Gesetz vorbereitet und verabschiedet wurde, zeugt von seinem antidemokratischen Charakter. Am 5.4. traf sich der Nationale Sicherheitsrat, dem die Befehlshaber der Armee, Staatspräsident Özal sowie der Regierungschef und einige Minister angehören. Ergebnis dieser Sitzung war eine Empfehlung an die Regierung, ein Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus vorzubereiten. Dieses Gesetz wurde also nicht aus dem in jeder bürgerlichen Demokratie für die Legislative zuständigen Parlament und seinen Gremien auf den Weg gebracht, sondern von einem eindeutig in der Tradition des Putsches vom 12.9.1980 stehenden Gremium zur militärischen Oberaufsicht über die parlamentarische Herrschaft in der Türkei. Entsprechend sieht auch das am 12.4. ohne vorherige Diskussion in der Öffentlichkeit und innerhalb von 24 Stunden nach Vorlage durch das Justizministerium im Parlament durchgepeitschte Gesetz aus.

Jede Opposition ist Terror, alle sind Terroristen

Bereits die diesem Gesetz zugrundegelegte Definition dessen, was von nun an als Terror zu ahnden sei, setzt sich in ihrer Uferlosigkeit in Gegensatz zu jeder auch nur bürgerlichen Vorstellung von Rechtsstaatlichkeit:
Art.1: Terror umfaßt demnach alles, was "unter Anwendung von Mitteln des Drucks, der Gewalt, der Verbreitung von Angst und Schrecken, der Einschüchterung oder der Drohung" darauf abzielt, die verfassungsmäßige Ordnung sowie "die unteilbare Einheit von Staatsgebiet und Staatsvolk zu zerstören, die Existenz des türkischen Staates und der türkischen Republik zu gefährden, die staatliche Autorität zu schwächen oder zu vernichten oder an sich zu reißen, die Grundrechte und -freiheiten zu beseitigen, die innere und äußere Sicherheit des Staates, die öffentliche Ordnung oder die öffentliche Gesundheit zu stören."
Eine Organisation in diesem Sinn gilt bereits durch den Zusammenschluß von zwei oder mehr Personen verwirklicht.
Im zweiten Artikel des Gesetzes wird als "terroristischer Straftäter" definiert, "wer als Mitglied einer zur Verfolgung der in Art.1 bezeichneten Ziele entstandenen Organisation zusammen mit anderen oder allein Straftaten mit den genannten Zielen begeht oder die beabsichtigte Straftat zwar nicht begeht, aber Mitglied einer solchen Organisation ist."
In den Artikeln 3-4 werden eine ganze Reihe von Straftatbeständen aufgeführt, die nun unter das Anti-Terror-Gesetz fallen.

Nach Ansicht von Rechtsanwalt Ercan Kanar, Vorsitzender des Menschenrechtsvereins Istanbul, verstößt diese Definition durch ihre völlig allgemeinen Formulierungen gegen den grundlegenden Rechtsgrundsatz, daß die Straftat im Gesetz genau bestimmt sein muß. "Es ist die Rede von Begriffen wie Einschüchtern, Angst verbreiten und die öffentliche Ordnung gefährden etc. Begriffe, mit denen man im Grund alles bestrafen kann und die eine Bedrohung für die ganze Gesellschaft sind, weil niemand weiß, was damit gemeint ist, was darunter fallen kann und jede Regierung darunter sämtliche Aktivitäten bestrafen kann, die ihr nicht gefallen."
In Art.7 des Anti-Terror-Gesetzes, wird die Strafe für Gründung, Organisation und Leitung "terroristischer Vereinigungen" auf fünf bis zehn Jahre Zuchthaus plus 80.000-200.000 DM Geldstrafe, für bloße Mitgliedschaft in einer solchen Organisation sowie für Unterstützung von Mitgliedern und "Propaganda im Zusammenhang mit solchen Organisationen" drei bis fünf Jahre Zuchthaus plus Geldstrafen zwischen 40.000 und 120.000 DM festgelegt.
Erfolgt eine Unterstützung terroristischer Aktivitäten in den Gebäuden von Vereinen, Stiftungen, Parteien, Gewerkschaften oder von Lehranstalten o.ä., so erhöhen sich die Strafen automatisch auf das Doppelte. Die Organisationen können dann per Gerichtsbeschluß geschlossen und ihr Vermögen eingezogen werden. Laut E.Kanar kann nach dem Antiterrorgesetz jede Gewerkschaft, jeder Verein, jede Organisation als terroristische Organisation definiert werden, da sich die Definition der "terroristischen Vereinigung" aus dem völlig allgemeinen Terrorbegriff ableitet.



Dies kommt faktisch der Wiedereinführung großer Teile der abgeschafften Paragraphen 141, 142 gleich. Indem z.B. das Ziel, die "politische, rechtliche, soziale, laizistische und wirtschaftliche Ordnung zu verändern" in Art. 1 unabhängig von der Wahl der Mittel als terroristisch eingestuft wird, kann jede Gründung einer marxistisch orientierten oder selbst religiösen Partei als terroristisch verfolgt werden. Schließlich kann der Staat mit diesem Gesetz auch Streiks unter dem Vorwand verbieten, sie seien gegen das System gerichtet.

Ungleichheiten auf allen Ebenen

Ein weiteres wesentliches Merkmal dieses Gesetzes ist, daß damit bereits bestehende Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten bei der Behandlung linker politischer "Straftäter" weiter ausgebaut und gesetzlich festgeschrieben werden. Das Gesetz verstößt gleich in mehrfacher Hinsicht gegen den auch in der türkischen Verfassung festgelegten Gleichheitsgrundsatz.
Da ist einmal das, was in der Öffentlichkeit als "Amnestie" verkauft wurde. Es handelt sich hierbei in Wirklichkeit um einen eigenen Teil des Anti-Terror-Gesetzes mit dem Titel "Übergangsbestimmungen". Es regelt die auf Bewährung ausgesprochene Entlassung von Gefangenen, die wegen bis zum 8.4.91 begangener allgemeiner Delikte einsaßen. Dabei wird zwischen politischen und sozialen Gefangenen unterschieden. Nach "gewöhnlichen" Paragraphen zum Tode Verurteilte, bei denen die Vollstreckung ausgesetzt wurde, werden nach Verbüßung von 10 Jahren Haft auf Bewährung freigelassen, lebenslänglich Verurteilte nach 8 Jahren und zu sonstigen Zeitstrafen Verurteilte nach Verbüßung von 1/5 der Strafe. Eine gesonderte Entlassungsregelung erfahren jedoch alle diejenigen, welche bei Terrordelikten im Sinne des neuen ATG Staatsbeamte oder -bedienstete getötet, zu töten versucht oder sich an solchen Versuchen beteiligt haben sollen. Auch für jene, die nach den vor allem gegen Linke angewendeten Politparagraphen 125 (Separatismus) und 146 (gegen den Staat gerichtete Straftaten, Umsturzversuch) verurteilt wurden, gelten erschwerte Entlassungsbedingungen. Zum Tode verurteilte müssen mindestens 20 Jahre Haft verbüßen, lebenslänglich Verurteilte 15 Jahre, und die übrigen Zeitstrafen müssen zu 1/3 abgesessen werden. In der Praxis profitieren von dieser Gesetzesregelung neben den fast 40.000 sozialen Gefangenen vor allem faschistische Täter, die an den vor dem Putsch von 1980 begangenen Massakern gegen Linke und DemokratInnen, wie z.B. dem in Kahramanmaras (über 100 Todesopfer), beteiligt waren. Sie haben damals zusammen mit der Konterguerilla des Geheimdienstes das Klima für den Putsch geschaffen und wurden dafür nicht nach den "politischen" Paragraphen, sondern wegen Mord, Körperverletzung etc. verurteilt. Während also die Mörder von Karamanmahras wieder frei herumlaufen, sitzen diejenigen, die sich gegen die faschistischen Angriffe zu verteidigen suchten, nach wie vor im Knast. Insgesamt sollen so gut wie alle der noch ca. 400 rechten politischen Gefangenen durch dieses Gesetz freigekommen sein, während von den noch einsitzenden ca. 3000 linken politischen Gefangenen nur 250-300 (nach anderen Informationen nur 50-60) freikamen - vornehmlich die nach den abgeschafften Paragraphen 141, 142 verurteilten.

Auch im fortlaufenden Vollzug sind neue Ungleichheiten geschaffen worden. E. Kanar faßt diese wie folgt zusammen:
"In Bezug auf den Vollzug wurde ein System geschaffen, das verschiedene Gefangene nach unterschiedlichen Standards behandelt, was gegen den Gleichheitsgrundsatz verstößt. Und zwar richtet sich die Dauer der tatsächlich abzusitzenden Strafe danach, ob jemand als politischer Straftäter verurteilt wurde oder nicht. Z.B. wenn jemand aus politischen Gründen einen Menschen getötet hat oder nach einem politischen Paragraphen verurteilt worden ist, der jetzt unter das neue ATG fällt, muß er für eine lebenslange Haftstrafe praktisch 30 Jahre sitzen. Jemand, der das gleiche Delikt begangen und jemand getötet hat und wegen Mord verurteilt wurde ohne politischen Hintergrund, muß praktisch 16,5 Jahre sitzen."
Nach Artikel 5 des Anti-Terror-Gesetzes können außerdem Richter die gesetzlichen Höchststrafen für die unter das Anti-Terror-Gesetz fallenden Delikte nach ihrem Gutdünken überschreiten, bei Zuchthausstrafen auf bis zu 36 Jahre! Damit wird eine vollkommene Rechtsunsicherheit geschaffen, da niemand weiß, was sie/ihn bei einer Anklage nach dem ATG wirklich als Strafe zu erwarten hat.

Verschärfte Haftbedingungen

Noch einschneidender dürften sich die Bestimmungen über den Vollzug hinsichtlich der Haftbedingungen auswirken:
Art.16:"Die Strafen von denjenigen, die wegen unter dieses Gesetz fallenden Straftaten verurteilt worden sind, werden in besonderen Vollzugsanstalten vollstreckt, die im System der Einzel- und Dreipersonenzellen errichtet worden sind. In diesen Anstalten finden keine offenen Besuche statt. Kontakte zwischen den Häftlingen und die Kommunikation mit anderen Strafhäftlingen werden unterbunden."
Angehörige politischer Gefangener und im Rahmen der "Amnestie" gerade freigekommene Gefangene berichteten uns im Anschluß an eine Pressekonferenz im Istanbuler Parteibüro der sozialdemokratischen HEP am 30.4., daß unmittelbar nach Bekanntgabe des Anti-Terror-Gesetzes alle offenen Besuche ohne Trennscheibe oder -Gitter gestrichen wurden und allgemein eine äußerst restriktive Handhabung von Besuchsanträgen einsetzte. Die meisten der anwesenden Mütter konnten ihre inhaftierten Kinder seither überhaupt nicht sehen.

Einen besonderen Angriff auf die Lebens- und v.a. Kampfbedingungen der politischen Gefangenen bedeutet die Isolation. Bisher war es den politischen Gefangenen durch die Unterbringung in großen Gemeinschaftszellen möglich, Folteropfer, die von ihren "Verhören" in Polizeihaft oder den Folterzentren der Militärgefängnisse zurückgebracht wurden, bis zu einem gewissen Grad gesundzupflegen und sie auch psychisch so weit wie möglich aufzufangen. Das ist nun vorbei. Auch die großen Hungerstreiks, mit denen sich die politischen Gefangenen immer wieder gegen ihre Behandlung wehrten und auch gewisse Verbesserungen der Haftbedingungen durchsetzten, dürften nun wesentlich schwerer zu organisieren und durchzuhalten sein. In diesem Punkt läßt sich also die Propaganda von der Übernahme "westlicher Standards" durchaus wörtlich nehmen, die Einführung von Isolationshaft, sprich "weißer Folter" - zusätzlich zur physischen Folter! - und Kleingruppenisolation zeigt eine deutliche Affinität zu westeuropäischen, insbesondere bundesdeutschen Strafvollzugsbedingungen. An diesem Punkt zeigt sich auch, daß das neue ATG sicher nicht ad hoc aus dem Ärmel geschüttelt wurde, sondern bereits länger in Planung war. "Sondertyp" - Gefängnisse mit Isotrakten sind bereits länger im Bau, am 1.10.90 wurde z.B. in Eskisehir ein solches Gefängnis mit 60, von den politischen Gefangenen als "Särge" bezeichneten Einzelzellen eröffnet.
Auch die Verteidigungsrechte werden mit diesem Gesetz eingeschränkt. Nach Arti-

kel 10 dürfen nur noch drei Anwälte einen Angeklagten vertreten, Verteidigergespräche werden nur noch nach körperlicher Untersuchung und unter Aufsicht von Anstaltspersonal gewährt.
In Eskisehir und etwa zehn anderen Knästen sind nach neuesten Informationen seit dem 21.5. die politischen Gefangenen im Hungerstreik gegen das Anti-Terror-Gesetz, zahlreiche Angehörigengruppen in verschiedenen Städten haben sich diesem aus Solidarität angeschlossen.

Ein Beispiel: Yeni Ülke

Am Donnerstag, den 23.5.1991, führte die Istanbuler Polizei in den Räumen der türkisch-kurdischen Wochenzeitung Yeni Ülke (Neues Land; siehe auch blätter des iz3w Nr.170, S.33) eine Razzia durch und bestellte den Herausgeber, Hüseyn Aykol, für den nächsten Tag zum Staatssicher-heitsgericht. Dies ist der Auftakt einer Repressionswelle neuer Qualität gegen die linke und oppositionelle Presse, vor dem Hintergrund der Möglichkeiten, die das neue Antiterrorgesetz (ATG) bietet. Seit Inkrafttreten dieses Gesetzes eröffnete die Staatsanwaltschaft gegen Yeni Ülke sechs Strafverfahren aufgrund der Artikel 6 und 8 ATG (Bekanntmachung und Veröffentlichung und Propaganda gegen die Unteilbarkeit des Staates). Dabei beziehen sich die Verfahren nur in zwei Fällen auf den redaktionellen Teil der Zeitung. Alle anderen Vorwürfe betreffen Leserbriefe und Anzeigen, die in Yeni Ülke veröffentlicht wurden. Als Strafmaß fordert die Staatsanwaltschaft insgesamt 240.000,- DM

Ganz abgesehen von der drohenden Inhaftierung von Herausgeber und Mitarbeitern würden schon die Geldstrafen das Aus für die Zeitung bedeuten, da die finanzielle Situation von Yeni Ülke die Zahlung selbst wesentlich geringerer Beträge nicht verkraften könnte.
Auf diese Art und Weise wird mit dem neuen Antiterrorgesetz die Arbeit einer oppositionellen Zeitung verunmöglicht, ohne daß ihr Erscheinen offiziell verboten werden muß.

Um eine Fortführung der Arbeit von Yeni Ülke und anderen oppositionellen Publikationen zu gewährleisten, reicht es nicht aus, nur die Rücknahme der zur Zeit laufenden Verfahren zu fordern, sondern es muß auf eine Abschaffung des Antiterrorgesetzes hingearbeitet werden, das u.a. eine journalistische Tätigkeit nur unter den Bedingungen der Selbstzensur möglich macht.
Unterschriftenlisten und Protestbriefe an Türkei Informationsbüro, Postfach 910843, 3000 Hannover 91

Knüppel gegen die Presse

Eine ganze Reihe von Bestimmungen richten sich in besonderem Maß gegen die Arbeit der Presse. So wird die "Propaganda für terroristische Organisationen" über die Presse mit einer Geldstrafe von mindestens 40.000 DM für den Inhaber, für den verantwortlichen Chefredakteur mit der Hälfte der gegen den Inhaber verhängten Strafe sowie bis zu 2 Jahren Gefängnis bestraft. Die Veröffentlichung der Namen potentieller Anschlagsopfer, also z.B. bekannter Folterer, Staatsanwälte etc., und Informanten der Polizei, sowie das Abrucken von Mitteilungen u. Erklärungen "terroristischer Organisationen" wird mit 2000-4000 DM Strafe belegt, im Fall von Zeitungen wird außerdem wiederum der Inhaber mit mindestens 20.000 DM, der verantwortliche Chefredakteur mit der Hälfte bedroht. Geldstrafen in gleicher Höhe plus Zuchthaus von 2 - 5 Jahren werden für "schriftliche und mündliche Propaganda, Versammlungen und Demonstrationen, die mit welchen Mitteln, Zielen und Ideen auch immer die Zerstörung der unteilbaren Einheit von Staatsgebiet und Staatsvolk zum Ziel haben" festgesetzt, im Falle derartiger Propaganda mittels der Presse treffen wiederum gleichhohe Geldstrafen den Inhaber und die Hälfte davon plus Gefängnis von 6 Monaten bis 2 Jahren den verantwortlichen Chefredakteur. Mit diesem Paragraphen erfährt der gegen den kurdischen Befreiungskampf gerichtete und bereits in das neue ATG aufgenommene Paragraph 125 eine besonders gegen die Presse gerichtete Erweiterung. Letztlich bedeutet er für die Presse ein Verbot jeglicher objektiven Berichterstattung über den Freiheitskampf der KurdInnen. Die als Trostpflaster und Liberalisierungskosmetik im ATG festgeschriebene Aufhebung des Gesetzes Nr. 2932 (Verbot von "Publikationen in anderen Sprachen als dem Türkischen", es wurde v.a. gegen kurdische Publikationen eingesetzt) wird dadurch mehr als aufgewogen. Das Bündel der pressefeindlichen Artikel verunmöglicht insgesamt eine freie Berichterstattung über linke Aktivitäten.
Bereits jetzt bekommen eine Reihe von linken Zeitschriften die neue Macht der Justiz zu spüren, allen voran die kurdische Zeitung Yeni Ülke (s. Kasten). éhnliche Verfahren laufen derzeit auch gegen "Demokrat" und "Özgür Halk". Eines der ersten Opfer des Anti-Terror-Gesetzes aus den Reihen der Presse war der Herausgeber der sozialistischen Zeitschrift "Kurtulus", er wurde am 3.5. verhaftet und vor dem Staatssicherheitsgericht angeklagt. Mit den neu eingeführten exorbitant hohen Geldstrafen für Inhaber und Chefredakteure wird gleichzeitig die "kalte" Schließung linker Verlage auf wirtschaftlichem Weg ermöglicht sowie auch ein massiver Druck zu interner Zensur durch die Herausgeber erzeugt. Die bürgerliche Presse übt sich bereits eingeschüchtert in Selbstzensur und druckt am Ende entsprechender Artikel kurze Informationen, daß diese aus presserechtlichen Gründen gekürzt werden mußten.

Freibrief für Folterer und Denunzianten

Ein besonders düsteres Kapitel für die weitere Entwicklung der Menschenrechtssituation stellen die in den Artikeln 12 - 15 und 20 festgelegten Schutzmaßnahmen für Beamte und Informanten dar. Danach können Vernehmungs- und Protokollbeamte bei Foltervorwürfen nur unter Ausschluß der Öffentlichkeit und falls dies vom Gericht "für erforderlich gehalten wird" als Zeugen geladen werden, die Identität von Informanten darf nicht bekanntgegeben werden. "Leitende oder einfache Beamte des Nachrichtendienstes und der Ordnungsbehörden oder im Rahmen der Tätigkeit dieser Behörden eingesetztes sonstiges Personal"(also z.B. agents provocateurs) können nur bei nachgewiesenen "versuchten oder vollendeten Tötungsdelikten" angeklagt werden, ihnen werden dann auf Kosten der Staatskasse (ohne tarifliche Bindung!) drei Verteidiger beigestellt. Während der Dauer des Verfahrens können sie nicht in Untersuchungshaft genommen werden! Außerdem kann der genannte Personenkreis plus Direktoren der Haftanstalten, Richter und Staatsanwälte der Staatssicherheitsgerichte etc. bis hin zu Zeugen und Informanten sich vom Staat eine neue Identität einschließlich plastisch-chirurgischer Veränderungen der Erscheinung verpassen lassen, Geheimhaltung garantiert.
Dies wird von Rechtsexperten bis hin zu dem der Regierungspartei ANAP angehörenden Vorsitzenden der Menschenrechtskommission des türkischen Parlaments als Legalisierung der Folter eingestuft, da eine Strafverfolgung von Folterern unter diesen Bedingungen praktisch ausgeschlossen wird. Turgut Kazan, Vorsitzender der Istanbuler Rechtsanwaltskammer zur Abschaffung der Untersuchungshaft für Angehörige der "Sicherheitskräfte": "Dies ist ein Eingriff in die Befugnisse der Judikative. Dies ist eine Einladung an Staatsbedienstete, Straftaten zu begehen, zu foltern und unter dem Deckmantel von Operationen Menschen umzubringen."
Die entsprechenden Bestimmungen werden daher auch von Juristen wie dem bereits zitierten E.Kanar als Verstoß gegen die von der Türkei unterzeichnete Anti-Folter-Konvention sowie gegen das allgemeine Rechtsprinzip der Gleichheit vor dem Gericht angesehen.
Auch die Möglichkeit, sich gegen Denunziationen zu wehren, ist praktisch ausgeschaltet, Verleumdungen wird durch das Verbot der Preisgabe der Identität von Informanten Tür und Tor geöffnet.

Diese Schutzbestimmungen stehen in offensichtlichem Zusammenhang mit einer bereits seit Monaten feststellbaren Häufung von merkwürdigen "Todesfällen" in Polizeigewahrsam. Allein seit dem ersten Mai sollen nach uns vorliegenden Informationen des Menschenrechtsvereins sechs Menschen von der Polizei umgebracht worden sein. Typisch ist das Beispiel der Istanbuler Krankenschwester Hatice Aslan, Mitarbeiterin des Menschenrechtsvereins, und ihres Freundes Ismail Oran. Am 19.5. hat die Polizei ihr Haus gestürmt und sie und ihren Freund verhaftet. Sie wurden beschuldigt, der illegalen Gruppe TKP/ML-TIKKO anzugehören. Später wurden beide tot aufgefunden. Die Polizei behauptet, sie seien bei Kampfhandlungen während ihrer Festnahme getötet worden. Der ebenfalls bei dem Polizeiüberfall anwesende achtjährige Sohn Hatices bezeugt jedoch, daß kein Kampf stattgefunden hat und seine Mutter lebend abgeführt wurde. Dies wird auch von Nachbarn bestätigt. Außerdem wiesen beide Leichen als "Kampfverletzungen" Kopfschüsse aus nächster Nähe auf. Bereits am 2.Mai war die Leiche eines 17-jährigen Schülers gefunden worden, der Ende April verhaftet worden war. Ein am 16.5. als "verdächtig" verhafteter 28jähriger mobiler Altwarenhändler wurde am 17.5 in die Intensivstation eines Krankenhauses eingeliefert und verstarb dort am 18.5. offensichtlich an Folterfolgen. Und dies sind nur einige uns bekannte Fälle aus Istanbul...

Ein weiteres Phänomen ist das in letzter Zeit gehäuft auftretende "Verschwinden" von Personen. Ein von amnesty international jetzt publizierter Fall betrifft den bereits am 14.3. verhafteten Yusuf Eristi. Er ist zusammen mit 11 anderen Leuten wegen Verdachts auf Zugehörigkeit zu einer illegalen Organisation festgenommen und in die politische Abteilung des Istanbuler Polizeihauptquartiers gebracht worden. Als seine Anwältin am 29.3. gegen die Zurückweisung eines richterlich genehmigten Gespräches mit ihrem Mandanten durch die Polizei klagte, waren plötzlich keine Unterlagen über seine Festnahme mehr auffindbar. Von Yusuf Eristi fehlt seither jede Spur. Inzwischen freigelassene Mitverhaftete bezeugen, daß sie ihn auf der Polizeiwache noch gesehen und seine Schreie unter der Folter gehört haben. Von dem auch im Menschenrechtsbereich tätigen Verein "Özgür Der" und der "Plattform", einem Zusammenschluß linker Zeitschriften zum gemeinsamen Vorgehen gegen Repression, wurden uns am 2./3. Mai eine Reihe weiterer Fälle von Verschwundenen genannt.

Die Möglichkeiten des neuen ATG werden von den "Sicherheitskräften" bereits jetzt offensichtlich als Freibrief für vollkommen enthemmtes Agieren genutzt.

Klagen vor dem Verfassungsgericht

Angesichts der Fülle von Verstößen gegen Rechtsgrundsätze, die in dem ATG enthalten sind, ist es nicht weiter verwunderlich, daß eine ganze Reihe Klagen gegen dieses Gesetz beim türkischen Verfassungsgericht anhängig sind. Eine wurde von der größten Oppositionspartei, der sozialdemokratischen SHP eingebracht, die gewiß bemerkenswerteste vom für den Dev-Yol Massenprozeß Ankara zuständigen Ausnahmezustands-Militärgericht (vgl. blätter Nr.160). Diese bezieht sich auf die Ungleichbehandlung bei der "Amnestieregelung". In diesem Teil des Gesetzes wird auch allgemein am ehesten eine Revision des Verfassungsgerichtes erwartet, da es hier einen Präzedenzfall gibt. 1974 wurde die Phase des Putsches vom 12.3.1971 ebenfalls mit einer Amnestie beendet, bei der die linken politischen Gefangenen ausgeschlossen werden sollten. Dagegen wurde damals erfolgreich geklagt. Ansonsten ist z.B. E. Kanar bezüglich der Erfolgsaussichten dieser Klagen eher skeptisch, da Präsident Özal in letzter Zeit die Zusammensetzung des Verfassungsgerichtes durch neue Berufungen ihm ergebener Richter verändert habe. "Ich bin nicht sehr optimistisch, aber wenn man normale Rechtsmaßstäbe anwenden würde, müßte man das Gesetz abschaffen. Nicht nur 1 oder 2 Paragraphen, sondern viele. Wenn auch wenig, so habe ich doch etwas Hoffnung, aber das hängt von den Reaktionen der Öffentlichkeit ab...Auch die Reaktionen der westlichen Menschenrechtsgruppen und der Weltöffentlichkeit werden dabei eine große Rolle spielen."

Zusammenfassend läßt sich das Anti-Terror-Gesetz in politischer Hinsicht nochmals mit den Worten Ercan Kanars bewerten: "Damit hat die Regierung ein Gesetz erlassen, das in Zukunft Militärputsche überflüssig machen soll, da dieses Gesetz schon als ein ziviler Putsch gegen das Recht zu bewerten ist. Damit wurde ein Instrument geschaffen, mit dem die Regierung oder auch folgende Regierungen alle Mittel in der Hand haben, gegen Demokratie und Menschenrechte zu verstoßen."

Gleichzeitig stellt das Gesetz auch den Versuch einer Täuschung der internationalen Öffentlichkeit dar, die auf Liberalisierungen und Einhaltung von Menschenrechten in der Türkei drängt - auch in der Frage einer EG-Aufnahme spielt dieses Thema ja eine Rolle. Mit der Abschaffung der Paragraphen 141,142 und 163 wurde der Eindruck von Fortschritten in dieser Richtung erzeugt, während im Schatten dieses Eindrucks eine viel repressivere Rechtsordnung eingeführt wurde. Insbesondere die propagandistisch hochgespielte Amnestie sollte hier wohl als Bonbon und zur Ablenkung von den wirklichen Veränderungen dienen.

"Terrorismusbekämpfung" nach westlichem Vorbild, wie z.B. dem des §129a in der BRD, hat sicher auch eine Rolle gespielt, angesichts des Gesamtcharakters dieses Gesetzes erscheint dies aber sehr vordergründig. Sicher haben in letzter Zeit die Aktivitäten von militanten Untergrundgruppen wie z.B. Dev-Sol zugenommen, die kürzlich einige, teilweise als Folterer berüchtigte pensionierte hohe Offiziere aus Armee und Polizei erschossen hat. Doch auch dies ist letztlich Ausdruck einer Krise des Systems, die in letzter Zeit offenbar wurde und sich in den Massenstreiks des Winters wie in Zonguldak, dem anhaltenden kurdischen Volkswiderstand und allgemeiner sozialer Unruhe aufgrund der fortgeschrittenen Massenverelendung äußerte. Die wirtschaftliche Lage verschlechtert sich ebenfalls zunehmend, nicht zuletzt durch den Golfkrieg. Dies alles führte auch zu einer politischen Krise des Özal-Regimes, dem Özal mit einer Reihe von politischen Reformbestrebungen entgegenzuwirken versuchte (vgl. iz3w 173, S.6ff). Die "Demokratisierungspläne" Özals liefen bei ihrer Umsetzung im Ergebnis wie alle nach dem Putsch durchgeführten derartigen Maßnahmen auf eine ihres Inhaltes entleerte formale Pseudodemokratisierung hinaus. Dies zeigt, wohin die in den westlichen Ländern als Sondergesetze zur Unterdrückung aller radikal-militanten Widerstandsformen entwickelte Terrorismusgesetzgebung - die natürlich auch hier als Knüppel gegen jede radikale Opposition bekämpft werden muß! - unter den Bedingungen eines autoritären Polizeistaates wie der Türkei führt.

u.w./b.s.

Als Informationsquellen dienten den Autoren Gespräche mit verschiedenen Menschenrechtsorganisationen und politischen Gruppen/Zeitschriften in der Türkei, die "Türkei Information" Hannover, Yeni Ülke, sowie der von amnesty international komplett übersetzte Gesetzestext des Anti-Terror-Gesetzes.

Ab Mitte Juli ist eine Infomappe zum "Antiterrorgesetz" bei der iz3w bestellbar.

Zaghafte Normalisierung

Die neue Politik in der islamischen Republik

Entspannung des Verhältnisses zum Westen, Liberalisierung der Wirtschaft und Ansätze zu einer kulturpolitischen Lockerung, - das sind die wichtigsten Weichenstellungen des iranischen Regimes unter der Führung Rafsandjanis, das vor zwei Jahren die Nachfolge Khomeinis angetreten ist.
Der Autor des folgenden Textes erblickt in dem innen- und wirtschaftspolitischen Pragmatismus des neuen Regimes auch die Basis für die besonnene iranische Haltung im Golfkrieg.
Nach einer Bestandsaufnahme der innenpolitischen und wirtschaftlichen Situation im Iran zum Zeitpunkt des Todes Khomeinis versucht der Autor, die wichtigsten Dimensionen der sogenannten Normalisierung darzustellen.

Krank, abhängig und bankrott" - mit diesen Worten kennzeichnete der Vorsitzende des parlamentarischen Ausschusses für Planung und Budget, Alwiri, die wirtschaftliche Lage im Iran zum Zeitpunkt des Todes von Khomeini. Die Krankeit der Wirtschaft kam deutlich u.a. im Rückgang des Bruttosozialproduktes (BSP) hinter den Stand der vorrevolutionären Zeit zum Ausdruck. Während das BSP im Jahre 1976/77 etwa 3659 Mrd. Rial betrug, wurde es 1987/88 nur mit 3203 Mrd. Rial angegeben. Pro Kopf gerechnet verzeichnete das Land einen noch weitergehenden Rückschlag, nämlich hinter den Stand von 1967/68, wofür unter anderem auch ein Bevölkerungswachstum um 3,2 bis 3,9% verantwortlich war. Dieser Entwicklung entsprach auch der Rückgang der Brutto-Inlandsinvestitionen, die pro Kopf gerechnet ebenfalls auf den Stand von 1967/68 zurückgefallen waren. Ein weiteres Indiz für die Lage der Wirtschaft war die Arbeitslosigkeit, die 1986/87 offiziell 17% betrug, wobei von einer versteckten Arbeitslosigkeit von mehr als 32% der Beschäftigten ausgegangen werden muß. Der Index der Kleinhandelspreise war allein vom März 1985 bis November 1988 von 480 auf 926 Punkte hinaufgeschnellt. Der Staatshaushalt wies z.B. im Jahre 1988/89 ein Defizit von 50% auf. In diesem Jahr war der Staat mit 12.000 Mrd. Rial der Zentralbank gegenüber verschuldet.

Zu dieser allgemeinen Mißwirtschaft kamen die Folgen des achtjährigen Krieges mit Irak hinzu, dessen Schäden der Stellvertreter des Staatspräsidenten in Exekutivangelegenheiten Hamidzade am 06.01.1991 mit 65.353.749 Mill. Rial angab. Schwerwiegend war auch der Verlust an hochqualifizierten Arbeitskräften, die in Folge von Säuberungsaktionen und sonstiger Mißhandlungen ihren Beruf aufgegeben bzw. das Land verlassen hatten.

Die iranische Gesellschaft zeichnete sich zum Zeitpunkt des Todes von Khomeini u.a. durch eine unverminderte Kluft zwischen armen und reichen Bevölkerungsschichten und durch Ausweitung der Kriminalität aus. Die Zahl der sogenannten Milliardäre hatte sich im Verhältnis zu den ersten nachrevolutionären Jahren vervielfacht. Die Gruppe der oberen 10 Prozent auf der Einkommensleiter verdiente 20mal soviel wie die Gruppe der unteren 10 Prozent. Trotz zahlreicher Hinrichtungen von Rauschgifthändlern und schwerer Mißhandlungen von Rauschgiftsüchtigen stieg deren Zahl ständig. Die Zahl der Selbstmorde verdoppelte sich gegenüber der vorrevolutionären Zeit. Nach Aussagen des Ministers für Gesundheit gab es im April 1988 zehn Millionen psychisch kranke Menschen. 40% der Bevölkerung war im Sinne des Sozialamtes hilfsbedürftig. Nach dem Zensus von 1986/87 gab es in 103.924 bäuerlichen Siedlungen des Landes lediglich 1.195 Ärzte, d.h. auf je 18.702 Landbewohner kam ein Arzt.

Politisch zeichnete sich das islamische Regime durch den Hang zum Totalitarismus, durch Aufblähung der Bürokratie, Zersplitterung und Funktionsunfähigkeit des Staatsapparates, Korruption, Klientelismus, kurzum durch seine Verselbständigung gegenüber der Gesellschaft aus. Durch Verstaatlichungen und Übernahme der Leitung privater Betriebe sowie durch Neugründungen war der Einfluß des Staates in der Wirtschaft so weit gestiegen, daß bereits 1986 staatliche und staatlich geführte Betriebe 30% des BSP herstellten . Diese erwirtschafteten, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in der Regel große Verluste.

Die Aufblähung des Verwaltungsapparates kam in einer zunehmenden Zahl der Staatsbediensteten einerseits und in der Entstehung zahlreicher Parallelorganisationen und -ämter andererseits zum Ausdruck. Daraus folgte u.a. die Anarchie der Entscheidungen, erschöpfend lange Amtswege und hohe Kosten der Bürokratie. Den leitenden Beamten mangelte es vor allem an Qualifikation, was sich daraus erklärt, daß bei der Besetzung der Ämter auf Regimetreue und nicht auf Fachwissen geachtet wurde. Die ständige Verschiebung der Machtverteilung zwischen den Ämtern führte zu fortwährenden Umbesetzungen , was jeder langfristig ausgerichteten Planung der Amtsführung zuwiderlief. Entscheidungen richteten sich grundsätzlich nach Beziehungen und wurden durch Bestechung

beschleunigt. Die Funktionsunfähigkeit dieser Administration offenbarte sich am deutlichsten bei der Gesetzgebung, wo sie gerade bei sozial- und wirtschaftspolitisch entscheidenden Fragen aufgrund der Konsensunfähigkeit des Systems blockiert wurde. Die Verselbständigung des islamischen Staates gegenüber der Gesellschaft machte sich u.a. durch die Monopolisierung der Führungspositionen durch einen Kreis von Geistlichen und deren zivilen Untergebenen bemerkbar. Die zunehmende Isolierung dieses Staates von der Gesellschaft und die Unzufriedenheit, die damit unter der Bevölkerung erzeugt wurde, machten schon die Funktionäre des islamischen Regimes zum Thema.

Isoliert hatte sich das islamische Regime auch außenpolitisch, und dies fast vollständig. Es hatte sich Ziele gesetzt, die in keiner Form hätten verwirklicht werden können. "Errichtung einer Islamischen Weltherrschaft", "Krieg bis zur Aufhebung des Unglaubens auf Erden" und ähnlichen Parolen konnten, außer daß sie Sympathien bei einigen islamistischen Bewegungen außerhalb Irans fanden, nicht zum Erfolg führen.

Das sind die Ergebnisse einer Politik, die sich radikal gebärdete, Radikalismus mit Verstaatlichung gleichsetzte, die die Freiheit der Menschen bis in ihre Privatsphäre hinein gewaltsam unterdrückte und schließlich den Export der islamischen Revolution zu ihrem Ziel erklärte. Es war eine Politik, die Armut zur Tugend erklärte, Regimetreue über Fachkenntnis setzte und, was das Wichtigste ist, keinen Bezug zu den tatsächlichen Möglichkeiten des Landes herstellen konnte. Daher war diese Politik so nicht mehr fortzusetzen.

Diese Politik trug vor allem den Stempel des radikalen Lagers, das bis zum Tode Khomeinis in Regierung und Parlament die Mehrheit bildete und zugleich die Unterstützung Khomeinis genoß. Diesem Lager standen ein konservatives und ein pragmatisches gegenüber. Das gemeinsame Interesse dieser Lager war die Aufrechterhaltung des Regimes. Ansonsten bekämpften sie sich hart und ausdauernd. Dabei wurden wechselnde Bündnisse eingegangen. Bei diesem Kampf ging es um materielle Interessen, um die Verteilung der politischen Macht und um die unterschiedlichen Vorstellungen, die sich die Individuen in diesen Lagern von dem "wahren Islam" und dessen Problemlösungen machten. Khomeini betrieb zwischen diesen Lagern eine Art Balancepolitik. Er beteiligte alle an der Macht. So errichteten alle Fraktionen eigene Festungen innerhalb des Staatsgefüges, von wo aus sie die gegnerischen Positionen unter Beschuß nahmen, ihren Herrschaftsbereich zu verteidigen versuchten und sich darauf vorbereiteten, gegebenfalls den entscheiden Angriff zur Eroberung des gesamten Machtapparates zu führen.

Die Balancepolitik Khomeinis war - zusammen mit der Konsensunfähigkeit der Lager - verantwortlich dafür, daß entscheidende Schritte zur Aufhebung der oben skizzierten Mißstände nicht unternommen werden konnten. Sein Tod schuf daher die Gelegenheit, diese unheilvolle Balance zu beenden. Dies setzte die Umverteilung der Machtpositionen voraus, die tatsächlich sofort nach dem Tode von Khomeini in Angriff genommen wurde. Mit Geschick und Tricks gelang es einem Bündnis des konservativen und pragmatischen Lagers, repräsentiert durch Khamenei und Rafsandjani, die Spitzenpositionen des islamischen Staates mehrheitlich zu besetzen. Das Amt des Führers fiel Khamenei und das des Staatspräsidenten Rafsandjani zu. Rafsandjani bildete einen Ministerrat weitgehend nach eigenen Vorstellungen. Khamenei besetzte den Feststellungs- und Wächterrat mit ihm genehmen Personen. Dem folgte eine weitgehende Umbesetzung der Leitungsstellen durch Mitläufer, Verbündete und Untergebene. So wurde das Erbe Khomeinis zum Nachteil der Radikalen verteilt.

Die Stunde der Pragmatiker und der Konservativen

Gestützt auf diese bessere Machtposition versucht seitdem das Bündnis der Konservativen und Pragmatiker eine neue Politik zu betreiben. Diese Politik trägt zwar den Stempel beider Bündnispartner, es scheint jedoch, daß die Pragmatiker unter Staatspräsident Rafsandjani dabei über etwas mehr Durchsetzungskraft verfügen. Diesen Platzvorteil haben die Pragmatiker dem Charakter der Probleme zu



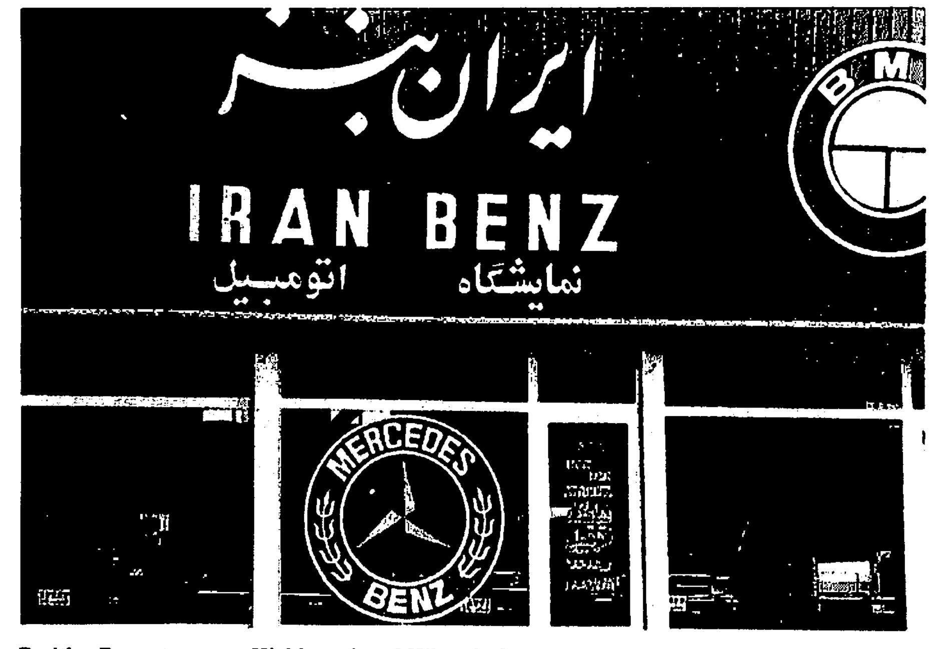
FARNOOD—SIPA

Rafsanjani faces the fury of radicals as he mends Arab ties

„Imam Khomeini ist eine ewig währende Wahrheit."

verdanken, die sich mit konservativen Methoden nicht lösen lassen.

Der neuen Regierung gelang es im Januar/Februar 1990, den ersten Entwicklungsplan in der Geschichte der Islamischen Republik durch alle Beschlußorgane hindurchzubekommen. Ein fast zwölfjähriges Gerangel ging dem voraus. In diesem Plan konnten schon die Weichen für die Abkehr von der bisherigen Wirtschaftspolitik gestellt werden. Sowohl ausländische als auch inländisch-private Kapazitäten fachmännischer, finanzieller und technischer Natur sollen danach für den Wiederaufbau des Landes in Anspruch genommen werden. Um das inländische Kapital zu motivieren, verkündete man die Privatisierung der staatlichen bzw. der verstaatlichten Industriebetriebe. Die Börse wurde nach mehrjähriger Schließung wieder geöffnet. Dort werden in der Hauptsache die Aktien der staatlichen Betriebe angeboten. Private Investitionen sollen künftig in Wirtschaftsbranchen möglich sein, zu denen sie bislang keinen Zugang hatten. Der erst kürzlich gegründete "Oberste Verwaltungsrat" verpflichtete alle Behörden des Landes, Wege zu finden, wie sie ihre Aufgaben dem nichtstaatlichen Sektor übergeben könnten. Täglich werden neue Beschlüsse bekannt gemacht, die die Reprivatisierung des Außenhandels zum Inhalt haben. Zahlreich sind auch die Beziehungen, die man inzwischen zu westlichen Interessenten aufgenommen hat. Ein japanisch-italienisches Konsortium soll eine Raffinerie im Westen des Landes errichten. Mit Italien hat man sich grundsätzlich auf Investitionen im Werte von 13 Mrd. Dollar geeinigt. Der Weltwährungsfond hat die ersten Anleihen an die Islamische Republik im März 1991 gebilligt. Die EG hat die Wirtschaftssanktionen gegen Iran wieder aufgehoben.



Positive Bewertung von Wohlstand und Wirtschaft

Am 26.11.1990 reichte die Regierung dem Parlament eine Gesetzesvorlage ein, die auf die Regulierung der ausländischen Investitionen im Iran zielt.

In Zusammenhang mit dieser neuen ökonomischen Politik stehen auch die sichtlichen Bemühungen der Regierung Rafsandjanis, die emigrierten iranischen Experten zur Rückkehr in den Iran zu ermuntern, ebenso die Betonung der Notwendigkeit, sich die wissenschaftlichen Erfahrungen des Auslandes anzueignen. Zu der neuen ökonomischen Politik gehört ferner die positive Bewertung der Arbeit, der Produktion, des Wohlstandes und der Wirtschaft schlechthin. Eine neue auf Zügelung des Bevölkerungswachstums orientierte Einstellung ist eine weitere Facette der neuen Politik.

Sozialpolitisch entwickelt die neue Regierung keine auffallend neuen Ideen, die nicht bereits durch ihre versöhnlichere Haltung gegenüber dem Privateigentum zum Vorschein gekommen wären. Ansätze zu einer Korrektur der Einkommensverteilung zugunsten der Benachteiligten können nicht festgestellt werden. Bei der Bekämpfung der Kriminalität werden dieselben konservativen Methoden angewandt wie zuvor. Eine leichte Lockerung bei der Verfolgung der Verstöße gegen Alkoholgenuß und Konsum der verderblichen westlichen Musik weist auf den Versuch hin, auf entsprechende soziale Kreise beschwichtigend einzuwirken. Sexual- und Jugendprobleme ignoriert man nicht mehr vollständig, ohne allerdings Lösungen für sie anbieten zu können. Rafsandjani schlägt die Wiederbelebung der Zeitehe vor. Leichte Lockerungen können auch auf kulturellem Gebiet wahrgenommen werden. Kritische Kulturzeitschriften wie Adine und Donya-ye Sokhan dürfen, wenn auch mit erheblichen Problemen, publiziert und kritische Filme produziert werden. Musik, soweit sie nicht als "verführerisch" eingestuft wird, kann auch offiziell gespielt und gehört werden.

Politisch läßt sich die neue Linie vor allem durch Schritte charakterisieren, die unternommen werden, um die Radikalen zu isolieren und sie soweit wie möglich von der Beteiligung an der Macht auszuschließen. Den Höhepunkt der entsprechenden Aktionen stellte die Wahl zum "Expertenrat" dar, bei der den Radikalen selbst die Möglichkeit genommen wurde, eigene Kandidaten aufzustellen. Der Expertenrat wählt nach Art. 107 der revidierten Verfassung den "Führer" der Islamischen Republik. Um jeder Gefahr der Absetzung vorzubeugen, wozu der Expertenrat nach Art. 111 der Verfassung ebenfalls berechtigt ist, ließ der derzeitige "Führer" Khamenei im Juli 1990 die Wahlordnung der Experten nach seinen Vorstellungen umschreiben. Konnte die Eignung der Kandidaten bis dahin außer durch den Führer auch durch drei "bekannte Lehrer der großen religiösen Akademien" festgestellt werden, so wurde diese Aufgabe nun dem Wächterrat übertragen, der sich aus Vertretern des konservativen Lagers zusammensetzt. Der Wächterrat machte, dem Plan entsprechend, von dieser neuen Befugnis Gebrauch und ließ zahlreiche Vertreter des radikalen Lagers, darunter viele Hojjat ol-Eslams und Ayatollahs, durch die sehr strengen und willkürlichen Eignungsprüfungen fallen. "Gewählt" wurden schließlich nur genehme Kandidaten.

Kraftprobe mit den Radikalen

Proteste gegen diese massive Manipulation beantwortete das Bündnis mit Drohungen verbaler und aktiver Art. Rafsandjani bezeichnete die Kritik an der Novellierung der Wahlordnung als Verrat, der nicht geduldet werden könne. Den Boykott der Wahlen, zu dem ein Teil der Radikalen die Gläubigen aufgerufen hatte, nannte Hojjat ol-Eslam Mowahhedi Kermani als "Distanzierung gegenüber der wichtigsten Sache der Revolution". Der Abgeordnete Bahonar sah in Protestaktionen "die Überschreitung der roten Linie", hinter der die "nationalen Interessen" gefährdet würden. Khamenei erhob die Beteiligung an der Wahl zu einer religiösen Pflicht. Der Vorsitzende der Justiz legte nahe, daß diese gegen die Scharia gerichteten Reden gerichtlich verfolgt werden könnten. Um diesen Drohungen Nachdruck zu verleihen, veranstaltete man Unterschriftensammlungen, öffentliche Ergebenheitsadressen, Versammlungen und Demonstrationen, bei denen weitere bzw. schärfere Drohungen ausgesprochen wurden. Es kam auch zu tätlichen bzw. gewaltsamen Auseinandersetzungen. Rafsandjani stellte fest,

daß es beinahe zu einer "Straßenschlacht" gekommen wäre. Ein anderes Mittel, das bei diesen Auseinandersetzungen angewandt wurde, bestand in der öffentlichen Enthüllung der Selbstbereicherungsaktivitäten, wie sie von Radikalen betrieben wurde. Hojjat ol-Eslam Khalkhali soll sich ein Haus in Wert von 75 bis 100 Millionen Toman angeeignet und Hojjat ol-Eslam Ghaffari eine ganze Strumpffabrik unter den Nagel gerissen haben. Hojjat ol-Eslam Bayat, der Vizepräsident des Parlaments soll die Privilegien eines Vorstandsmitgliedes in einer wegen Veruntreuungen gerichtlich verfolgten wirtschaftlichen Unternehmung genossen haben. Der Abgeordnete Wahdati drohte mit Gegenaufklärung, wenn diese Enthüllungen nicht aufhörten.

Die an der Herrschaft in der islamischen Republik Iran beteiligten politischen Kräfte kann man ganz grob in drei Lager unterteilen: Radikale, Konservative und Pragmatiker. Die Radikalen befürworten eine staatsinterventionistische Politik, die sich in erster Linie auf die Dominanz des Staatseigentums und auf das staatliche Monopol im Binnen- und Außenhandel stützt. Sie treten für eine auf den Export der Revolution orientierte und auf die Weltherrschaft des Islam abzielende Außenpolitik ein. Sozialpolitisch sprechen sie sich für die Rechte der ausgegrenzten und verarmten Massen aus, wobei aber einzelne Mitglieder dieses Lagers auf Selbstbereicherung nicht verzichten. Während sie sich bei der Interpretation der Scharia zugunsten ihrer sozialen Positionen als relativ radikal und frei erweisen, verhalten sie sich sehr konservativ, was die Einhaltung der islamischen Sittenvorschriften betrifft. Dazu paßt ihre harte Haltung der Opposition gegenüber.

In den beiden zuletzt genannten Punkten stehen die Konservativen dem radikalen Lager näher als dem Lager der Pragmatiker. Auch in außenpolitischen Fragen zeigen die Konservativen eine Vorliebe für radikale Töne. Was sie mit den Pragmatikern verbindet, ist ihr Interesse an dem Abbau der staatlichen Dominanz in der Wirtschaft.

Natürlich leisten die Radikalen erbitterten Widerstand gegen diese Ausschlußmanöver. Sie verfügen anderthalb Jahre nach dem Tode Khomeinis immer noch über bedeutende Machtpositionen. Bei den Streit- und Sicherheitskräften verfügen sie über großen Einfluß. Im Parlament bilden sie die Mehrheit.

Es scheinen Bemühungen im Gange zu sein, zumindest bei den nächsten Parlamentswahlen die Radikalen auch von dieser Instanz zu entfernen. Zur Vorbeugung gegen diese Gefahr billigte das Parlament am 09.01.1991 in erster Lesung eine Gesetzesinitiative, wonach die Praktizierung der Loyalität gegenüber dem Islam bzw. der "Statthalterschaft der Rechtsgelehrten" als Bedingung der Kandidatur fallen gelassen und die Rechte des Wächterrates bei der Eignungsprüfung der Kandidaten eingeschränkt werden sollen. Zur Aufrechterhaltung ihrer Machtposition erklären sich die Radikalen damit bereit, auch auf das bislang für heilig gehaltene Prinzip der klerikalen Herrschaft zu verzichten. In diesem Sinne hört man von dieser Seite sogar die Befürwortung mancher demokratischer Prinzipien.

Teilweise werden die Radikalen von jeweils einem der beiden anderen Lager als Reservekraft gegen den Bündnispartner gebraucht. Die Allianz aller an der Macht beteiligten Lager, die für die Verteidigung des Regimes gegen seine inneren Gegner notwendig ist, macht die Duldung der Radikalen immer noch erforderlich.

Abgesehen von den Versuchen einer Entfernung der Radikalen von den Machtzentren bemüht sich die Bündnisregierung derzeit um eine administrative Vorbereitung auf den Wiederaufbau des Landes. Die Dezentralisierung der Verwaltung, die Fusion der parallelen staatlichen Organisationen und der Abbau der Bürokratie gehören hierzu. Allerdings ist man bei diesen Schritten über bloße Überlegungen und Pläne bislang nicht hinausgekommen.

Ein außenpolitischer Neuanfang

Die neue Außenpolitik zielt auf den Abbau der Isolierung vor allem gegenüber den westeuropäischen Ländern ab. Die Beziehungen zu EG-Ländern sind seitdem weitgehend normalisiert worden. Diplomatische Beziehungen zu Großbritannien und Frankreich laufen wieder auf Botschafterebene. Wiederaufgenommen sind die diplomatischen Beziehungen auch mit Jordanien und Saudiarabien auf dieser Basis. Im Falle von Ägypten sind Schritte in die gleiche Richtung im Gange. Mit den Golfstaaten verbessern sich die Beziehungen zunehmend. Schritte sind unternommen worden, um den alten Wirtschaftspakt mit Pakistan und der Türkei wieder zu beleben. Die Beziehungen zur Sowjetunion verbessern sich seit dem Abzug sowjetischer Truppen aus Afghanistan ständig. Im Verhältnis zum zuletzt genannten Nachbarland möchte die Islamische Republik nur noch eine konstruktive Rolle spielen. Nur bei den Vereinigten Staaten stößt der allgemeine Trend zur Normalisierung der Beziehungen auf spezielle Hindernisse. An die Adresse der islamistischen Weltbewegung gerichtet, betrachtet auch die neue Außenpolitik die Islamische Republik als "die islamische Metropole" (Om ol-Qoraye Eslami). Der Initiator dieser Begriffsbildung in diesem Zusammenhang, M. J. Laridjani, der als Berater dem Außenminister Welayati beiseite steht, definiert sie als "Statthalterschaft sämtlicher Muslime der Welt im Iran", "unabhängig davon, ob sich die Muslime darüber bewußt sind oder nicht". Die Metropole stelle weder eine militärische noch eine finanzielle Macht dar, sondern nur einen sozialen und politischen Machtfaktor, der Vorgänge außerhalb ihrer Grenzen beeinflussen könne.

Kein Grund zu jubeln

Die Erfolgsaussichten der neuen Politik können nicht nur an den Resultaten gemessen werden, die sie hier und da bereits erzielt hat, sondern auch und in erster Linie an ihrem Potential, die anstehenden Entwicklungsprobleme des Landes zu lösen bzw. einer Lösung näherzubringen. Dieses Potential muß solange als sehr begrenzt bewertet werden, wie es den Pragmatikern nicht gelingt, alle entwicklungspolitisch relevanten sozialen Kräfte des Landes für die entsprechenden Aufgaben zu mobilisieren. Die Verwirklichung dieses Ziels hängt m.E. in erster Linie von der Demokratisierung des Staates ab. Ansätze der neuen Politik zur Herstellung dieser Bedingungen sind jedoch so minimal und so zweifelhaft, daß sie kaum in der Lage sind, begründete Hoffnung aufkommen zu lassen.

Ali Schirazi

Anmerkung der Redaktion:

Bei dem Artikel handelt es sich um die leicht gekürzte Version eines Beitrages, den der Autor für den Dagyeli-Verlag in Frankfurt verfaßt hat. Die Publikation trägt folgenden Titel und soll nach Angaben des Verlags Anfang Juni auf dem Markt erscheinen: "Wir sind die Herren und ihr unsere Schuhputzer". Der Nahe Osten vor und nach dem Golfkrieg. Herausgeber: Norbert Mattes. Dagyeli-Verlag Frankfurt, Juni 1991

Die Originalfassung des Textes ist mit einem umfangreichen Anmerkungsapparat versehen. Sie kann gegen eine Unkostenerstattung von DM 2,50 (in Briefmarken) bei uns angefordert werden.

Sieger und Verlierer

Ein Blick auf die arabische Welt nach dem Krieg

Die Nachkriegsordnung im Nahen Osten nimmt allmählich Gestalt an. Als Teil der von Präsident Bush propagierten "New World Order" setzt sie auf Stabilität und Sicherheit in der Region, was nahezu gleichbedeutend ist mit der Aufrechterhaltung und Stärkung der existierenden Regime bzw. der herrschenden Kliquen, wie arabische Oppositionsbewegungen sich ausdrücken. Der folgende Artikel wirft einige Schlaglichter auf die Profiteure der neuen Ordnung und mehr noch auf diejenigen, die durch den Krieg nur verloren haben.

Stellt man sich die Frage, wo die Sieger und die Verlierer dieses Krieges in der Region stehen, ergibt sich ein mehrschichtiges Bild. Da gibt es auf der Ebene der Regierungen zunächst einmal die militärischen Sieger der Anti-Irak Koalition. Diese beanspruchen, als Belohnung für ihre Einsatzbereitschaft, nun auch das gewichtigste Wort in den Geschicken des Nahen Ostens sagen zu dürfen. Ihnen stehen die Regierungen der Verliererstaaten gegenüber, die im Krieg auf der falschen Seite standen. Das ist natürlich zuerst der Irak, aber auch die Regierungen Jordaniens, des Sudan und des Jemen, und die PLO.

Quer durch diese beiden Lager der Sieger- und Verliererstaaten verläuft aber die Linie, die die wahren Verlierer dieses Krieges bezeichnet: die Massen von ehemaligen Golf-Gastarbeitern, v.a. natürlich jene, die alles verloren haben und nicht zurückkehren dürfen, die Oppositionsgruppen und demokratischen Bewegungen in allen arabischen Staaten, und hier wohl in stärkstem Maße die Menschen in den von Israel besetzten Gebieten. Doch auch durch dieses Lager verläuft noch eine Linie, die eine eigene Gruppe von zukünftigen Verlierern bezeichnet: die auf ihre Emanzipation bedachten Frauen.



Kronprinz Saad al Sabah bei seiner Ankunft in Kuwait

Die Siegerstaaten und die neue Ordnung

Was die arabischen Mitglieder der siegreichen Anti Irak Koalition betrifft, so hat diese "Gruppe der Acht", d.h. Syrien, Ägypten, und die sechs Mitgliedsstaaten des Golfkooperationsrates (Saudi Arabien, Oman, Qatar, Kuwait, Bahrain und die Vereinigten Arabischen Emirate) bereits sehr konkrete Aussagen zur künftigen arabischen Ordnung gemacht: Ihre Außenminister unterzeichneten nach Abschluß einer zweitägigen Konferenz die Erklärung von Damaskus, die als gewichtiges Dokument der arabischen Nachkriegsordnung gewertet werden muß. Danach baut die neue Ordnung auf der Präsenz ägyptischer und syrischer Truppen auf dem Territorium Saudi Arabiens und anderer (Golf)Staaten auf, "die den Kern einer arabischen friedenssichernden Truppe für die Golfregion bilden". 1)

Ein etwas vage formulierter Abschnitt spricht von möglichen Beziehungen mit "Islamischen und internationalen Parteien", was wohl heißen mag, daß dies den Weg für mögliche Arrangements mit den USA und anderen westlichen Staaten offenhalten soll, die notfalls militärische Hilfe leisten sollen, ebenso wie Arrangements mit nicht-arabischen Nachbarn wie dem Iran oder der Türkei.

Die sich mit wirtschaftlichen Fragen befassenden Abschnitte der Erklärung rufen nach "einer ökonomischen Struktur, die den Herausforderungen großer ökomomischer Zusammenschlüsse wie der EG begegnen kann." Vor allem aber wird als Ziel formuliert, den privaten Sektor in allen arabischen Staaten zu stärken. Es wurde auf der Konferenz ausdrücklich darauf hingewiesen, daß keine arabischen Staaten, die sich eindeutig für diese Ziele aussprechen, ausgeschlossen werden sollten.

Als ein äußerst bedeutsames Zeichen ist es zu werten, daß der arabisch-israelische Konflikt zwar erwähnt und eine internationale Konferenz unter Schirmherrschaft der UNO gefordert wird, ohne daß jedoch die in arabischen Erklärungen übliche Standardformel erscheint, nämlich die Zitierung der "PLO als einzig legitimer Vertreterin des palästinensischen Volkes". Erklärungen am Rande der Konferenz gingen in die Richtung, die PLO müsse wohl irgendwie vertreten sein, jedoch könne dies nicht die PLO unter Yassir Arafat sein.

Noch deutlichere Zeichen setzte die Arabische Liga bei ihrem Treffen in Cairo, dem ersten Treffen an diesem Ort seit 11 Jahren. 2)

Neben der Absage an Gewalt oder Gewaltandrohung in innerarabischen Angelegenheiten wurde strikte Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Arabischen Staaten und Respekt für die politischen und sozialen Systeme in jedem einzelnen Staat gefordert. Außerdem wurde jedem einzelnen Staat die totale Souveränität über seine natürlichen und ökonomischen Ressourcen zugesprochen. 3)
Damit ist die Zielrichtung klar: Die neue arabische Ordnung baut auf einer Kombination zwischen dem Ölreichtum der Golfstaaten und dem Bevölkerungsreichtum und der militärischen Potenz Ägyptens und Syriens auf. Dabei scheint es jedoch schon Schwierigkeiten zu geben: Von Seiten der Golfmonarchien wurden verstärkt Bedenken laut, sich in eine militärische Abhängigkeit von ihren ärmeren Bruderstaaten zu begeben. Denn diese könnte ja später einmal in politische Einflußnahme umschlagen.... In der "Hochzeit der Anzüge mit den Nachthemden" (letztere eine Anspielung auf die langen traditionellen Gewänder der Golf-Herrscher), wie ein arabischer Beobachter ironisch formulierte, wird aber ein gemeinsames Interesse der ehemals (verbal) radikalen "revolutionären" republikanischen Regime mit ihren ehemals als "reaktionär, feudal" etc. bezeichneten Partnern auf der arabischen Halbinsel deutlich: die Sicherung ihrer jeweiligen Macht, deren Legitimität von ihren jeweiligen Bevölkerungen sehr in Frage gestellt wird. Die arabische neue Ordnung ist v.a. auch ein Bollwerk nach innen. 4)

Klar gegen die - natürlich propagandistischen - Umverteilungsaufrufe Saddam Husseins in der Golfkrise gerichtet erfolgte eine Absage an die Idee der arabischen Nation. Ausdrücklich wurde von der Respektierung jedes existierenden arabischen Systems gesprochen und außerdem die Ölressourcen den Staaten zugeordnet, unter deren Boden sie sich befinden. Diese Absage richtet sich aber auch, und dies v.a. in der Kombination mit der Absage an die PLO, gegen die beiden Punkte des arabischen Nationalismus, die bei den Massen der arabischen Welt nach wie vor große Akzeptanz genießen. Die Menschen v.a. in den ärmeren arabischen Ländern halten an der palästinensischen Sache als einem Herzstück der arabischen fest, und der Traum einer gerechteren Verteilung der "arabischen Ressource" Öl ist weit verbreitet. Nicht umsonst hat Saddam Hussein mit eben diesen beiden Punkten so große Zustimmung in der ganzen arabischen Welt geerntet. 5)

Jemen und die jemenitischen Gastarbeiter

Als Beispiel eines "Verliererstaates" mag der Jemen dienen. Ähnlich wie Jordanien und die PLO erkannte er zwar die Annexion Kuwaits nie an, mochte sich aber auch nicht ins Lager der militärischen Anti Irak Koalition schlagen. Das Beharren der Regierung auf einer "arabischen Lösung" durch Verhandlungen und ihre Ablehnung der Stationierung multinationaler Truppen auf der arabischen Halbinsel führten entweder zur Stimmenthaltung oder zur Abgabe einer Gegenstimme bei 6 der 12 Resolutionen im Sicherheitsrat. (Bei der ersten Resolution war der Jemen abwesend.) In der Hauptstadt San`a und den Städten Taiz und Hodeida fanden Demonstrationen gegen die US-amerikanische, saudische, britische und ägyptische Botschaft statt. Damit zog sich der Jemen schnell die erklärte Feindschaft Saudi Arabiens zu, von dem es finanziell abhängig ist und mit dem es Konflikte über ungeklärte Grenzfragen hat. 6)



Verschnupft: Ägyptische Frau

Wer diese Feindschaft sehr schnell zu spüren bekam, waren die auf 5oo ooo bis eine Million geschätzten Jemeniten, die vor Ausbruch der Golfkrise in Saudi Arabien lebten. 7)
Sie waren die einzige Ausländergruppe, die das Privileg eines freien Zugang zum Arbeitsmarkt Saudi Arabiens hatte. Als Strafe entzog ihnen Saudi Arabien bereits Anfang September diese Privilegien. Damit gelten für jemenitische Gastarbeiter dieselben Konditionen wie für die anderen Gastarbeiter. Die Jemeniten müssen ihre Visa nun bei saudischen Botschaften beantragen und erhalten sie nicht mehr an den Grenzübergängen. Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen werden nicht mehr für die Dauer von 4 Jahren ausgestellt; auch die Jemeniten brauchen nunmehr einen saudischen Sponsor, der sich für sie verbürgt und durch den die gebührenpflichtige Ausstellung der benötigten Genehmigungen für höchstens ein Jahr abgewickelt wird. Jemeniten dürfen keine Unternehmen mehr selbständig führen, sondern müssen die Mehrheitsbeteiligung innerhalb von 3 Monaten an einen saudischen Sponsor übergeben. Das trifft v.a. die Ladenbesitzer und Inhaber kleiner Werkstätten. Sie müssen mehr als die Hälfte ihrer Nettoeinkommen an einen Saudi abtreten, womit sich ihre Arbeit kaum noch lohnt. Bei Verstößen gegen diese Vorschriften droht die sofortige Abschiebung in ihre Heimat. Dieser Gesetzeserlaß löste eine Massenabwanderung jemenitischer Gastarbeiter aus. Zwei Wochen nach dem Erlaß kehrten bereits 150 000 Jemeniten in ihre Heimat zurück. Beim Verkauf ihrer Kleinunternehmen an Saudis - für einen Bruchteil ihres Wertes, versteht sich - machten die saudischen Käufer glänzende Geschäfte. Diese Betriebe werden jetzt von ägyptischen Arbeitern weitergeführt, die bereit sind, für wesentlich weniger Lohn zu arbeiten als die Jemeniten. Im September wies Saudi Arabien über eine Million Gastarbeiter aus und beendete die finanzielle Unterstützung des Jemen. 8)
Zur selben Zeit begannen die USA, ihre Entwicklungshelfer aus dem Jemen abzuziehen, und im Januar kündigte Washington eine Kürzung der Wirtschaftshilfe von 22 Millionen $ auf 3 Millionen $ für das kommende Jahr an. Nach einer Aussage des jemenitischen Präsidenten Ali Abdallah Salih, er sei für die Wiederherstellung der Souveränität Kuwaits, jedoch sei die Regierung Kuwaits zu bestimmen eine Sache des kuwaitischen Volkes (was also keine zwangsläufige Wiederherstellung des Sabah Regimes bedeutet), kündigte auch Kuwait an, es werde seine Hilfeleistungen überprüfen. 9)
Für den Jemen, der laut Weltentwicklungsbericht zu den am wenigsten entwickelten Ländern zählt, ist das alles eine schwere Hypothek.

Harte Zeiten für Ägypter

Aber auch in Ägypten, das ja zu den "Siegerstaaten" gehört, gehen die Massen von Arbeitnehmern schweren Zeiten entgegen. Ca. 2 Millionen ägyptische Gastarbeiter befanden sich in Irak und Kuwait, deren Überweisungen nach Hause jährlich mindestens 3 Milliarden $ ausmachten. Diese Gastarbeiter hoffen nun auf weitere Arbeit in Saudi Arabien, wo sie den Platz der Jemeniten einnehmen wollen (nach Aussage des ägyptischen Botschafters in Saudi Arabien sollen 50% aller neuen Arbeitsvisa exclusiv für Ägypter vorgesehen sein), oder auf Verträge bei den großen Wiederaufbauarbeiten in Kuwait. Dort hoffen sie, den Platz der ausgewiesenen oder geflüchteten Palästinenser einzunehmen, die vor dem Krieg in Kuweit mit 300000 die stärkste

Gruppe der Ausländer gebildet hatten. 10)
Aller Voraussicht nach werden diese Palästinenser nicht nach Kuwait zurückkehren dürfen. Sie verstärken damit das Heer der Arbeitslosen in der Westbank und in Jordanien. Auch wenn kuwaitische Verlautbarungen darauf schließen lassen, daß man sich als Gastarbeiter lieber Asiaten mit befristeter Aufenthaltsgenehmigung ins Land holen möchte, die, in Camps untergebracht und ohne Familien, nicht die Gefahr einer arabischen Bevölkerungsgruppe mit potentiellen politischen Ambitionen in sich bergen, dürfen die Ägypter auf die ehemaligen Posten der Palästinenser in der Verwaltung, im Schuldienst oder in Krankenhäusern hoffen. 11)
Zwar haben die arabischen Länder und die USA zusammen Ägypten bereits 15 Milliarden $ seiner Auslandsschulden erlassen, es bleiben aber immer noch zwischen 35 und 40 Milliarden $ Schulden übrig. Anfang April unterzeichnete Ägypten nach 3 Jahren zäher Verhandlungen ein vorläufiges Abkommen mit dem Internationalen Währungsfond. Es heißt, die USA hätten hinter den Kulissen daran mitgewirkt, um Ägypten diese Hilfe als Lohn für seine Unterstützung im Golfkrieg zuteil werden zu lassen. Es handelt sich dabei um ein 300 Millionen $ Strukturanpassungsdarlehen der Weltbank, das an die Erfüllung von harschen IWF Auflagen gebunden ist. Danach soll Ägypten Investitionshemmnisse abbauen und Staatsbetriebe zunehmend privatisieren. Die Lebenshaltungskosten, die schon jetzt ca. 25% im Jahr steigen, werden dies weiter tun. Präsident Mubarak kündigte bereits Ende März höhere Preise für Elektrizität, Benzin, und Grundnahrungsmittel wie Brot und Mehl an, deren Subventionierung aufgehoben werden soll. Ägyptische Berechnungen über Verluste aus Tourismus- und Suez-KanalEinnahmen als Folge des Golfkrieges belaufen sich auf 27 Millionen $. 12)
Den zu erwartenden sozialen Spannungen wird wohl durch größere Repression und verstärkten Ausbau des Geheimdienstapparates begegnet werden.

Kuwait: Keine Demokratie in Sicht

Ambitionen der kuwaitischen Opposition, die eine Demokratisierung des Landes fordert, haben sich bisher nicht erfüllt. Zwar steht die stärkere Demokratisierung des Landes auch auf der Tagesordnung von US-Außenminister Baker, doch befürchtet die Opposition, daß es zu mehr als einigen kosmetischen Veränderungen nicht kommen wird. Die zum letzten Baker-Besuch geplante Pressekonferenz der kuwaitischen Oppostion wurde kurzerhand verboten. Die am 20. April neuernannte Regierung (die vorherige war zurückgetreten), in die 13 neue Männer aufgenommen wurden, wird von den 7 Oppositionsgruppen abgelehnt. In einer am 21. April veröffentlichten gemeinsamen Erklärung argumentierte die Opposition, die reine Ernennung von einigen neuen Technokraten, die über keinerlei Basis in der Bevölkerung verfügten, sei keine Demokratisierung. Dabei sind die Forderungen der Opposition durchaus milde: die herrschende Familie soll nicht abgesetzt werden, sie soll nur besser kontrollierbar sein. Gefordert wird auch die Ausweitung des Wahlrechts. Bisher sind nur die männlichen Kuwaitis erster Klasse, d.h. diejenigen, deren Familien vor 1920 in Kuwait ansässig waren, wahlberechtigt (bei den letzten Wahlen 1985 etwa 3 % der Bevölkerung).
Kuwaitis zweiter Klasse und Frauen sind ausgeschlossen. Kuwait steht noch immer unter Kriegsrecht und Wahlen sind erst für Herbst 1992 vorgesehen.



Harte Zeiten für palästinensische Frauen

Die Palästinenser

Als die größten Verlierer des Krieges - nach dem Irak - gelten die PLO und die Palästinenser. Die PLO und ihr Vorsitzender Arafat haben international gewaltig an Prestige verloren. Ihr "Pro-Irak-Standpunkt", so lautet das Verdikt, habe sie für Verhandlungen disqualifiziert. Dabei gilt auch für die PLO, was für Jordanien und den Jemen gilt: Der Pro-Irak-Standpunkt war eher ein Standpunkt, der auf eine arabische Verhandlungslösung und die Vermeidung ausländischer militärischer Intervention, also des Krieges, abzielte. Auch die PLO erkannte die Annexion Kuwaits nie an und engagierte sich vielmehr in Versuchen, zusammen mit König Hussein von Jordanien Saddam zum Rückzug zu bewegen. Immerhin kostete das drei PLO Politiker, darunter Abu Iyad, Gründungsmitglied der Fatah, das Leben. Sie wurden am 15. Januar, einen Tag vor Beginn der Landoffensive, ermordet. Die Umstände sind noch immer nicht geklärt, doch führt eine der Spuren nach Bagdad. Außerdem darf nicht vergessen werden, daß sich Arafat bis zum Ende des Krieges kategorisch weigerte, Saddam Husseins Aufruf an alle Palästinenser, Anschläge gegen US-Einrichtungen zu unternehmen, zu unterstützen. Er hielt sich an sein 1988 gegebenes Versprechen, auf Terrorismus zu verzichten, womit er sich Saddams Wut und den Vorwurf, ein Verräter zu sein, zuzog. 13)
Der israelische Starrsinn hat bis jetzt jede Initiative scheitern lassen. Das heißt, daß man der Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes keinen Schritt näher gekommen ist. Das heißt aber auch, daß die PLO noch im Spiel ist. Von palästinensischer Seite scheint es auch im Augenblick keine Bestrebungen zu geben, an Arafats Stuhl zu rütteln, womit die Lage dieselbe geblieben ist: eine Lösung an der PLO vorbei ist noch immer keine Lösung.
Die Palästinenser in den besetzten Gebieten leiden am schwersten unter den Folgen des Krieges. Nach der am 17.Januar verhängten 40tägigen totalen Ausgangssperre, die in der Folgezeit bis heute nur tageweise aufgehoben wurde, ist aus dem Flüchtlingslager Gazastreifen ein Gefängnis Gazastreifen geworden, in dem die in ihre engen Häuser zusammengepferchten Palästinenser im wahrsten Sinne des Wortes ausgehungert werden. 14)
Maßnahmen wie das Arbeitsverbot in Israel und die Aufteilung der besetzten Gebiete in vier voneinander abgegrenzte Gebiete, zwischen denen Reisebeschränkungen und security checks bestehen, je nach Laune der Soldaten die "Einreise" erlaubt oder verweigert wird, machen das wirtschaftliche Überleben extrem schwierig. Auch Israelis, die ihre vor dem Krieg beschäftigten palästinensischen Arbeiter wieder einstellen wollen, wird von seiten der Regierung bedeutet, doch lieber zwei eingewanderte sowjetische Neubürger einzustellen als einen Palästinenser.
Trotz der UN Sicherheitsratsresolution 465 vom März 1980, die den Bau von Siedlungen in der Westbank und Gaza verbietet, leben heute 220 000 Israelis dort und werden täglich neue Siedlungen für die sowjetischen Immigranten gebaut. Die Lage ist hoffnungsloser denn je. Das

Rückgrat der Intifada scheint gebrochen zu sein. In den besetzten Gebieten herrschen Hunger und Verzweiflung. Die Tage, bis es anstelle dieser organisierten Bewegung zu spontanen Haß- und Gewaltausbrüchen kommt, mit Massakern als Folge, scheinen gezählt.

Verliererinnen: Engagierte Frauen

Aus dem Gesagten dürfte deutlich geworden sein, daß die eigentlichen Verlierer die zivilen Gesellschaften sind. Das Gefühl, durch diesen Krieg vom "Westen" (erneut) gedemütigt worden zu sein, die Ernüchterung in Bezug auf westliche Werte und die enttäuschten Hoffnungen auf politische Partizipation seitens der arabischen Bevölkerungen (der jordanische Schriftsteller Rami G. Khouri wies darauf hin, daß es v.a. da, wo ein Minimum an Möglichkeit zur Meinungsäußerung bestand, zu den stärksten "pro-irakischen", d.h. anti-westlichen Kundgebungen kam), kann durchaus zu einer weiteren "Islamisierung des Politischen" führen, wie Reinhard Schulze in der März-Ausgabe der "Blätter"(Nr.172) ausführte. 15)

Eine Islamisierung der Gesellschaft aber trifft am härtesten nach Emanzipation strebende Frauen. Dafür haben die bekanntesten Streiterinnen für die Sache der arabischen Frauen deutliche Worte. "Eine der Tragödien diese Krieges", sagt Nawal al Sadawi, " ist, daß der Kampf der arabischen Welt um Demokratie, und das schließt Frauenrechte ein, in die Ferne gerückt ist, weil man gegen eine Gefahr von außen zusammenrückt". 16)

Und ihre Kollegin Fatima Mernissi stellt die Überlegung an, daß den Männern in der arabischen Welt, denen politische Mitbestimmung und ökonomische Unabhängigkeit weitgehend fehlen, die frustriert sind und sich gedemütigt fühlen, natürlich erst einmal nichts anderes einfällt, als ihr Selbstwertgefühl durch die Demütigung von Frauen aufzubauen und deren Ambitionen nach Ebenbürtigkeit als westliches Teufelswerk zu verdammen. "Unter dem Schutz von Onkel Sam nährt das Schweigen des Harems die Illusion einer intakten, arabischen Welt, die dem American Way of Life der vulgären Cowboys aus dem Pentagon überlegen ist. (...) Mehr denn je werden (die arabischen Regime) nun die verschleierten Frauen benötigen, um zu verbergen, wie nackt sie dastehen.(...) Die Frauen sollen mit Gewalt verschleiert, sie sollen schweigende Mumien werden - und so vielleicht das letzte Symbol einer arabischen Welt, die nicht mehr existiert, seit das westliche Fernsehen die heiligen Stätten und alle anderen überschwemmt." 17)

Und es sind nicht nur die autofahrenden Frauen in Riyad, die als Folge ihrer Demonstration ihre Arbeit und ihre Pässe verloren, und deren Namen in allen Moscheen des Landes zur Abschreckung ausgehängt wurden, die eine solche Schlußfolgerung beunruhigend nahe legen.

Birgit Schäbler

Anmerkungen

1. The Guardian, 7.3.1991
2. Am 1. November hatte die arab. Liga ihren Sitz offfiziell von Tunis nach Cairo verlegt. Die Rückverlegung geschah gegen den Willen der nordafrikanischen Länder. Algerien forderte, den Sitz wegen der Spaltung im arab. Lager wegen des Golfkriegs in Tunis zu belassen. Unterdessen unterstützen jedoch auch die meisten Staaten der "pro-irakischen Front" inclusive der PLO die Kandidatur des ägyptischen Außenministers zum neuen Generalsekretär der Liga, was das politische Come-back Ägyptens zu einer führenden Rolle in der Region veranschaulicht.
3. New York Times Service, International herald Tribune, 1.4.91
4. Die Existenz dieser beiden Blöcke wurde mit Beginn der 80er Jahre aufgeweicht; auch darf nicht übersehen werden, daß trotz starker Rhetorik v.a. auf Seiten des "fortschrittlichen" Flügels - durchaus enge Zusammenarbeit zwischen einzelnen Staaten dieser Blöcke bestand, bzw. die Blöcke untereinander auch gespalten waren. Vgl. Maxime Rodinson, Die Araber, Frankfurt 1981; Malcolm Kerr, The Arab Cold War, London 1965
5. Vgl. den ägypt. Soziologen Saad Eddin Ibrahim, Autor des Werkes "The New Arab social order, Boulder 1982, der in einem Interview am 16.1.91 äußerte: Wir haben in der Region 2 Arten von Despotismus: "Modernen Despotismus, wie er von Saddam Hussein repräsentiert wird. Er ist übrigens nicht der einzige dieser Art in der Region. Er ist modern, weil er auf einem sehr effektiven Unterdrückungsapparat beruht. Der zweite ist der traditionelle Despotismus, wie er von den Golfmonarchien repräsentiert wird. Beide Arten haben keine Verbindungen zu den Bedürfnissen der Mehrheiten der arab. Bevölkerungen und der Mittelklasse. Sie haben auch keine Verbindung zu den weltweiten Trends in Richtung Demokratisierung, Verwirklichung von Menschenrechten und anderen grundlegenden Freiheiten..." taz, 16.1.91
Was die Absage an die Arabische Nation für die syrische Ba'th bedeutet, die sich gerade all diese Prinzipien zur Verwirklichung dieser Nation aufs Banner geschrieben hat, so verdient sie eine eigene Betrachtung.
6. The Middle East, No. 197, März 1991, S. 24 f.
7. Die folgenden Ausführungen sind nach: Günter Meyer, "Gastarbeiter am Golf. Zwischen Wirtschaftsboom und politischer Krise", in: der Überblick, Dezember 1990, S. 37-40
8. The Middle East, S. 25
9. ebenda
10. Zahl nach Meyer, S. 40
11. Vgl. Middle East Economic Digest, 3 May 1991, S. 4 f
12. Zahlen nach Financial Times, 20.3.1991, New York Times Service (International Herald Tribune), 19.4.91 und The Guardian, 6.4.91
13. Vgl. meinen Kommentar "Die PLO hat schon verloren" in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/1991, sowie Helga Baumgarten, "The PLO's Political Program and the Gulf Crisis" in: Palestinian Assessments of the Gulf War and its Aftermath, East Beirut 1991 und Alain Gresh, "Les Palestiniens dans le grand jeu", in: Le Monde Diplomatique No 445, Avril 1991
14. Vgl. zum folgenden den Bericht von Florence Beauge in: Le Monde Diplomatique Mai 1991
15. Rami G. Khouri, "Wir wollen Würde und Gerechtigkeit", in: Die Zeit, 18.1.1991
Zu der komplexen Problematik des Verhältnisses zwischen "Westen" und Islam siehe Reinhard Schulze, "Politischer Islam und westliche Mißverständnisse", in: Blätter des iz3w, Nr. 172, März/April 1991, S. 19ff.
16. The Guardian, 26.2.1991
17. Fatima Mernessi, "In der Nacht vom 16. bin ich gestorben...", Emma-Sonderband Krieg, März 1991, S. 10 ff.



"Der Palästinakonflikt erfordert eine internationale Lösung ..."

Interview mit Khaled al-Hassan

Khaled al-Hassan ist einer der engsten Berater von Yassir Arafat und Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Palästinensischen Nationalrats (des wichtigsten Entscheidungsgremiums der PLO).

Sie haben vor wenigen Tagen die Bildung einer provisorischen palästinensischen Exilregierung vorgeschlagen. Kann die PLO damit ihre gegenwärtige Isolation überwinden?

Khaled al-Hassan: Eine der Auswirkungen des Golfkrieges ist, daß die PLO von den USA boykottiert wird, weil sie Saddam Hussein unterstützt hat.

So wie ich es sehe hat Washington diese Haltung der PLO gegenüber allerdings nicht wegen Saddam Hussein. König Hussein von Jordanien hat Saddam Hussein weitaus deutlicher und tatkräftiger unterstützt als die PLO, die nur ein Lippenbekenntnis abgelegt hat. Dennoch sagt Bush, daß Jordanien für den internationalen und regionalen Frieden eine wichtige Rolle spielt. Es geht also um etwas anderes - das ist die alte Politik.

Das Problem am westlichen Denken ist, daß es oft in die falsche Richtung geht, manchmal setzt es am Ende statt am Anfang an. Als Shamir kürzlich sagte, es müsse zunächst mit den anderen Staaten Frieden geschlossen werden und dann erst mit den Palästinensern, da stellte er die Pyramide auf den Kopf - das ist einfach Unsinn. Es kann keinen Frieden mit den Arabern geben, bevor nicht der Palästinenserkonflikt gelöst ist. Wenn nämlich zwischen einzelnen arabischen Ländern und Israel der Kriegszustand herrscht, so ist das wegen Palästina, der Ausgangspunkt muß also Palästina sein. Ausgehend von den geschilderten Verhältnissen, und in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Palästinensischen Nationalrates, die 1988 in Algier gefaßt wurden, habe ich nun vertreten, daß es an der Zeit ist, eine provisorische Regierung zu bilden. Das Neue an meinem Vorschlag ist, daß die Details zum ersten Mal genauer ausgearbeitet sind: Der Regierungschef soll vom Palästinensischen Nationalrat gewählt werden, es sollte eine Person sein, die von der internationalen politischen Gemeinschaft akzeptiert wird. Sein Kabinett soll sich aus Leuten sowohl aus den besetzten Gebieten als auch von außerhalb zusammensetzen. Unser Hauptziel ist es, eine Konföderation mit Jordanien zu bilden. Die neue Regierung sollte also Verhandlungen mit Jordanien führen, um eine Absichtserklärung zu dieser zukünftigen Konföderation zu formulieren. Daraufhin werden die beiden Regierungen eine gemeinsame Delegation bilden, die dann weiter verhandeln wird.

Ist dies eine private Initiative von Ihnen, oder ist das offizielle PLO-Politik?

Es ist weder das eine, noch nur das andere. Entscheidungen werden nicht von Einzelpersonen getroffen, sondern von den zuständigen Instanzen - vom Zentralrat oder vom Exekutivkomitee. Die Inhalte, von denen ich gerade sprach, sind vom Palästinensischen Nationalrat schon beschlossen worden. Ich versuche sie jetzt so umzusetzen, daß sie realisiert werden können. Darüber muß nun diskutiert werden.

Der letzte Palästinensische Nationalrat hat beschlossen, daß eine provisorische Regierung gebildet werden soll. Er hat den Zentralrat autorisiert, diese Regierung zu formieren und die nötigen Gesetze dazu zu erlassen. Der Zentralrat hat beschlossen, dem Exekutivkomitee die Autorität der provisorischen Regierung zu übertragen, bis diese gebildet worden ist. Als Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten habe ich die inhaltlichen Vorgaben weiterentwickelt, indem ich gewisse pragmatische Elemente eingebaut und den Plan konkretisiert habe. Aber die Grundsatzbeschlüsse bestehen. Wir müssen sie jetzt umsetzen, um die Isolation zu durchbrechen, in die die PLO durch den Golfkrieg geraten ist. Ich vermute, daß wir in der jetzigen Situation sehr schnell wieder auf der politischen Bühne erscheinen werden, denn nur aus der Interessenlage des Krieges heraus - und dem Interesse Israels - werden die Palästinenser bisher noch aus den Verhandlungen ausgeschlossen. Aber das wird nirgendwohin führen.

Erhoffen Sie sich durch Ihre Initiative die offizielle Wiederaufnahme des Dialogs zwischen den USA und der PLO, der ja im Mai 1990 abgebrochen wurde? Oder halten Sie diesen Dialog momentan gar nicht für wichtig?

Der damalige Dialog war ein Gespräch unter Gehörlosen - es war kein echter Dialog. Es war ein Zeitvertreib unter dem Titel "Dialog" - das zu wiederholen, würde uns in die falsche Richtung führen. Es ist die alte politische Linie, die von England und der zionistischen Bewegung eingeführt wurde und jetzt von den USA und Westeuropa weitergeführt wird - leider auch von Deutschland.

Wie stehen die anderen Fraktionen innerhalb der PLO, vor allem die Demokratische Front und die Volksfront, zu Ihrem Vorschlag, jetzt eine provisorische Regierung zu bilden?

Das kann ich schlecht sagen. Meine Aufgabe ist es, vorzuschlagen, was ich für richtig halte - für mein Volk und meine Sache. Ob sich eine Mehrheit für diesen Ansatz finden wird, das ist eine ganz andere Frage. Ich weiß, daß das palästinensische Volk diese Initiative unterstützt. Die Organisationen vielleicht noch nicht, aber die Menschen auf der Straße, auch in den besetzten Gebieten, halten sehr viel von meinem Vorschlag.

Wird es bald eine Sitzung des Palästinensischen Nationalrats geben?

Es muß bald eine Sitzung stattfinden, da die Periode des letzten Nationalrats abgelaufen ist. Wir müssen einen neuen bilden. In dem neuen Vorschlag fordern wir auch innerhalb der besetzten Gebiete Wahlen von Repräsentanten für den Palästinensischen Nationalrat, der neue Nationalrat soll personell die Palästinenser aus der ganzen Welt vertreten. Noch sind 170 Sitze nicht besetzt, sie werden reserviert für die Vertreter aus den besetzten Gebieten, da die Israelis Wahlen dort ablehnen. Sie nehmen zwar die Demokratie für sich in Anspruch, aber es ist eine selektive Demokratie. Wann genau der Nationalrat tagen wird, steht noch nicht fest.

Diese provisorische Regierung würde ja dann doch mehr oder weniger die PLO vertreten. Regierungschef würde wohl Arafat, Feisal Husseini, oder gar Sie selbst?

Nein, Arafat ist der Staatspräsident, der Premierminister ist immer jemand anderes, das ist überall so.

Sehen Sie Möglichkeiten für das palästinensische Volk oder die PLO, mehr Druck auszuüben? Die Intifada dauert nun ungefähr dreieinhalb Jahre, und es haben sich wohl alle mehr davon versprochen. Arafat sagte 1988 auf der Pressekonferenz in Genf, das sei sein "letzter Striptease", mehr könne er nicht bieten. Was bleibt den Palästinensern jetzt noch an Möglichkeiten?
Von der Intifada erwarte ich mir in den kommenden Monaten nichts - außer, daß sie sich in einen Kampf Mensch gegen Mensch entwickelt. Damit rechne ich. Wenn die Palästinenser in den besetzten Gebieten die Hoffnung auf eine friedliche Lösung verlieren, dann werden sie kämpfen - nicht als Kommandos oder Befreiungskämpfer, sondern Mensch gegen Mensch, auf der Straße. Und das wird sehr blutig und zerstörerisch werden. Aber das Problem liegt nicht in dem Druck, den wir ausüben. Welche Art von Druck auch von uns ausgegangen ist, wir sind doch ein unmilitärisches Volk, das einer Supermacht gegenübersteht. Europa, die USA und Kanada, der ganze Westen verfolgt jetzt eine pro-israelische Politik, alles fängt mit Israel an. Israel ist ein Resultat internationaler Politik, es ist von den Supermächten unserer Zeit adoptiert worden. Eine Lösung für den Konflikt zwischen Israel und Palästina ist nur im internationalen Rahmen möglich, denn so ist Israel auch entstanden. Die Frage ist doch, warum die ganze Welt, unter Berufung auf internationales Recht, so schnell dabei war, als es darum ging, den Irak zu bekämpfen und die Unabhängigkeit Kuwaits wiederherzustellen - was nur gerecht ist. Man bestand darauf, daß alle Resolutionen der UNO, die ja die internationale Rechtsauffassung vertritt, tatsächlich befolgt wurden. Das war der kürzeste und teuerste Krieg und der schnellste militärische Sieg in der Geschichte. All das fand statt - so hieß es - um die Unabhängigkeit eines kleinen Landes wiederherzustellen, und das finde ich auch richtig. Die Frage ist nur, wo liegt der Unterschied zwischen dem Leid der Menschen in Kuwait und dem Leid der Palästinenser?
Nur wenn die Öffentlichkeit im Westen auf ihre Regierungen Druck ausübt, sie zwingt, ehrlich zu sein - nur dann können wir irgendetwas erreichen. Wir kämpfen ja nicht gegen einzelne Länder, oder gegen die Juden - wir haben niemals gegen die Juden gekämpft - wir kämpfen gegen die ganze Welt. Nach dem Ersten Weltkrieg haben wir gegen Großbritannien gekämpft, die damalige Supermacht. Jetzt kämpfen wir gegen die USA, die Supermacht der Geschichte überhaupt, nicht nur der Post-Detente Ära. Wie sollen wir also Druck ausüben? Wir sind staatenlos, Flüchtlinge. Wir haben keines der üblichen Druckmittel der internationalen Politik. Wir haben keinen Markt, über den wir die Industrienationen auf unsere Seite ziehen können; wir haben kein Öl, kein Gas, kein Land, über das sich verhandeln ließe......

Sie haben das Recht auf Ihrer Seite...
Das Recht ohne Macht ist nichts. Heutzutage verkörpert Macht das Recht. Der ganze Westen lebt in einer großen Lüge, wenn er die Flagge des Völkerrechts hißt - und es nicht schon längst auf den Mittleren Osten angewandt hat.

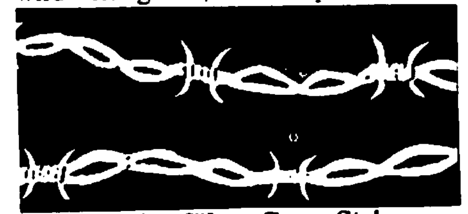
1988 befürwortete die PLO eine Internationale Friedenskonferenz unter Einbeziehung der fünf ständigen Mitglieder des Weltsicherheitsrats und unter Aufsicht der UNO. Die US-Regierung verhandelt mit Israel momentan über eine regionale Konferenz, die wohl aber auch nichts bringen wird. Wie schätzen Sie heute die Chancen für eine Internationale Friedenskonferenz ein? Syrien und Ägypten scheinen diese Idee ja weiter zu unterstützen.
Das tun wir alle, alle arabischen Länder. Bisher weiß niemand, was unter "Regionaler Konferenz" zu verstehen ist. Shamir spricht von einer "local conference" - was das bedeutet, wen das einschließen wird, weiß ich nicht. Wären die Teilnehmer einer solchen Konferenz Saudi-Arabien, Katar, Bahrein, Kuweit und Oman, Nord- und Süd-Jemen, Ägypten, Jordanien und und und .... dann wäre das eine arabische Gipfelkonferenz. Aber was soll eine solche Konferenz ohne die Teilnahme der Palästinenser?

Erwarten Sie eine Veränderung, wenn Peres israelischer Premierminister würde?
Das könnte schon sein - wenn die Amerikaner einverstanden wären.
Die Frage lautet jetzt: ist es den Amerikanern und dem Westen ernst damit, die neue internationale Rechtsauffassung auch auf den palästinensisch-israelischen Konflikt anzuwenden oder nicht. Bisher war es das nicht. Nach der Entspannung müssen sie ernst damit machen, denn die anderen Probleme sind zum größten Teil bewältigt: Afghanistan, Nicaragua, Angola, sogar Südafrika - es ist ein Wunder, aber es geschieht tatsächlich. Was übrig bleibt, ist allein der Palästina-Konflikt. Von einem kolonial-strategischen Standpunkt aus braucht der Westen Israel nicht mehr so wie früher. Israel kann heute im Mittleren Osten nicht mehr die schmutzige Arbeit für Amerika erledigen. Früher lief das unter dem Motto "die Region verteidigen" - gegen die sowjetische Einflußnahme, gegen den Kommunismus. Jetzt gibt es beides nicht mehr, weder hier noch dort - vor wem oder was sollte die Region also beschützt werden, da ist nichts. Der Golfkrieg hat bewiesen, daß man Israel nicht benutzen kann, um irgendwelche innerarabischen Probleme zu lösen. Israel bringt also im Mittleren Osten keinen kolonialen Nutzen mehr. Vielleicht wird man in Washington daran festhalten, Israel als strategischen Rückhalt für die Zukunft zu betrachten, aber das wird sehr teuer werden. Schon jetzt kostet Israel die USA mehr als 10 Milliarden $ pro Jahr. Wenn dem amerikanischen Steuerzahler das erst einmal klar wird, dann wird er, glaube ich, nicht mehr lange mitspielen.

Wie soll die Idee von einer jordanisch-palästinensichen Delegation genau aussehen?
Diese Idee wurde schon früher für gut befunden, und wir haben 1985 bereits eine Einigung mit Jordanien getroffen. Sie wurde von König Hussein auf die Aufforderung der USA hin aufgehoben, in Verbindung mit bestimmten Versprechungen. Wie üblich haben die Amerikaner bekommen, was sie wollten, aber den Preis nicht bezahlt. Erst kürzlich hat der König meines Wissens den Palästinensern die Wiederaufnahme der ursprünglichen Einigung angeboten, er öffnet also wieder die Türen. Den Amerikanern liegt Jordanien sehr am Herzen, wie auch Israel, sie sprechen ständig von Jordanien. Wenn wir also einmal ein souveräner, freier Staat sein werden, dann brauchen wir diese Konföderation mit Jordanien, um zu überleben. Wir können uns nicht neutral verhalten, wie z.B. Österreich. Wir leben im arabischen Kontext und können uns nicht isolieren. Denken Sie daran, daß mehr als 70% der Jordanier Palästinenser sind.

Die Lage der Palästinenser hat sich in den letzten Jahren ja nicht verbessert. Wie halten die Menschen in den besetzten Gebieten dieses Leben aus?
Was in der Intifada in den letzten Jahren geschieht, ist ein Genozid an den Palästinensern, im kleinen Rahmen, aber beständig. Anstatt 1000 Tote pro Tag werden jeden Tag ein oder zwei Menschen getötet. Am Ende des Jahres sind dann auch 1000 tot. Es ist Völkermord. Ich sagte ja schon, daß sich die Intifada zu einem Krieg Mensch gegen Mensch entwickeln wird - und dann wird jeder in der Region bedauern, was da passiert ist.

Fürchten Sie, daß die PLO aufgrund ihrer internationalen Isolation auch innerhalb Palästinas an Glaubwürdigkeit verlieren wird?
Wenn es um das Volk und unser Anliegen geht - der Kampf wird weitergehen. Die PLO als Organisation wird heute vielleicht von 90% der Bevölkerung unterstützt, morgen von 50%.Das ist Politik, das Verhältnis zwischen Führung und Volk schwankt, die Beliebtheit geht hoch und runter - das ist normal. Was schwerer wiegt ist, daß diejenigen, die das Problem lösen können, nicht zuhören. Sie haben nicht die richtige Herangehensweise. Aber das palästinensische Volk wird überleben. Wenn ich sterbe, gibt es andere, die weiterleben, ich bin nur einer. Unser Volk wird nicht ausgelöscht werden. Das Volk wird bleiben, der Kampf wird weitergehen, bis etwas passiert.



Das Interview führte Georg Stein am 13.4.1991 in Tunis

Interview mit Guerillermo Sherping, ZK der KPCH

Sherping ist das jüngste Mitglied an der Spitze der kommunistischen Partei. 13-jährig tritt er 1969 in die KP-Jugend ein und leitet zwischen 1980 und 1987 die wichtigste Lehrergewerkschaft Chiles. 1989 avanciert er zum ZK-Mitglied. Sherping wurde in der Zeit der Diktatur mehrmals verhaftet und zweimal ins Innere des Landes verbannt.



Guillermo Sherping, vordere Reihe Mitte, mit Genossen bei der Freizeitgestaltung

Übergang zur Demokratie oder Handel mit der Demokratie? Wie bewertest Du das erste Jahr der Regierung der Concertación?(1)

In der Tat, wir erleben eine Übergangsphase zur Demokratie. Wir schätzen den Sieg von Patricio Aylwin sehr hoch ein. An diesem Sieg war die ganze Bevölkerung beteiligt, unter anderem wir Kommunisten. Unsere Alternative war sicherlich eine andere, wir kämpften für eine endgültige Überwindung der Diktatur. Ein solcher Sieg hätte die Entmachtung Pinochets zur Folge gehabt sowie die Abschaffung der Institutionalität der Diktatur. Unsere Alternative konnte sich, wie Du weißt, nicht durchsetzen. Trotzdem ist es so, daß am 11. März 1990 ein demokratischer Kandidat mit der überwältigenden Mehrheit der Stimmen siegte. Und damit verlor Pinochet einen großen Teil seiner Macht.

Von Anfang an haben wir gesagt, daß die wichtigste Aufgabe dieser Regierung darin läge, die Fesseln der Diktatur zu lösen. Die politischen Fesseln sind vor allem die Verfassung von 1980 und das Parteien- und Wahlgesetz (Zu Pinochets Hinterlassenschaften in den chilenischen Institutionen siehe ausführlich "blätter des iz3w" Nr.163, Feb.1990,die Red.). Diese Aufgabe sollte nicht von der Regierung allein, sondern unter Beteiligung der gesamten Bevölkerung in Angriff genommen werden.

Wir setzen uns für eine vollständige Verwirklichung des Programms der Concertación ein. Dieses Programm entspricht unseren Vorstellungen zwar nicht hundertprozentig, als Minimalprogramm wird es aber von uns unterstützt.

Wir verlangen aber über das Programm hinaus, daß Pinochet endlich den Oberbefehl über das Heer abgibt, daß die Verbrechen der Diktatur bestraft werden und daß das Justizwesen demokratisiert wird.

Ich denke, die Regierung muß mehr Stärke gegen konservative Kräfte zeigen. Sie darf keine Angst vor der Mobilisierung des Volkes haben. Im Gegenteil, sie sollte sich auf die große Mehrheit stützen, die hinter ihr steht. Sie sollte die aktive Beteiligung der Bevölkerung suchen und fördern und nicht, wie es bis heute geschehen ist, bremsen.

Wo sind die wichtigsten Fesseln für den Demokratisierungsprozeß zu finden? In der von der Diktatur vererbten Institutionalität oder im Mangel an Entschlossenheit der Regierung, die Demokratisierung tiefer zu gestalten?

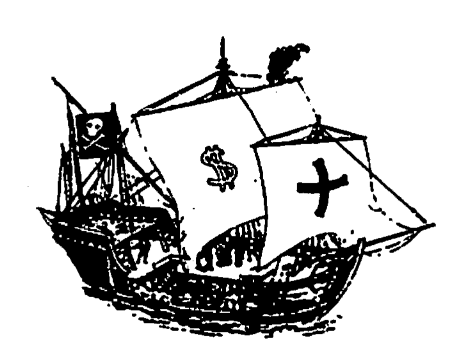
Manchmal hat man tatsächlich den Eindruck, daß die Regierung mehr Angst vor der Volksbewegung ('Pueblo movilizado') hat als vor der Parallelmacht ('Poder paralelo') Pinochets, daß mehr der Konsens mit den konservativen Bereichen gesucht wird als mit denen, die sich für eine stärkere Demokratisierung einsetzen. Wir glauben, daß die Linke und die progressiven Kräfte eine eigene demokratische Alternative in diesem Übergangsprozeß entwickeln müssen, ohne in eine feindliche Abwehrhaltung zu der Concertación zu verfallen. Das ist umso notwendiger, wenn wir in Rechnung stellen, daß die Rechte alles tun wird, um einen wirklichen Übergang zu bremsen und aufzuhalten. Sie wird sich als Alternative für die nächsten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen zu profilieren versuchen.

Wir Kommunisten erklären eindeutig, daß wir auf den Erfolg der neuen Regierung setzen, denn wir halten ihn für die Garantie für demokratische Fortschritte in diesem Land. Doch wird dieser Erfolg tatsächlich nur möglich sein unter Einbeziehung der breiten Massen ('sectores populares'), die heute an den Rand der Politik gedrängt sind.

500 Jahre Kolonialismus
500 Jahre Widerstand

JULI 1991
NR. 5

Der 15. Bundeskongreß entwicklungspolitischer ***Aktions****gruppen hat am 12. Mai in Köln zu* ***Aktions****tagen um den 11. und 12. Oktober 1991 aufgerufen, die das* ***Aktions****jahr 1992 einleiten sollen. Bislang treffen sich in der neu geschaffenen* ***Kampagnen-Koordinierung (Ka-Ko)*** *zwölf BUKO-Gruppen, um dem Ganzen bundesweit Konturen zu geben und gleichzeitig auch international* ***Aktions****bündnisse aufzubauen (nächste, für alle offene Treffen siehe "Termine / Hinweise"). "Zentral koordinieren, regional* ***aktionieren****!" soll ein Ziel der Kampagne sein. Was schon in diesem Jahr in vielen Städten passieren wird, zeigen die Beispiele Freiburg und Bremen.*



Weltwirtschaftsgipfel '92

Ein offenes "Clearing-House" soll ab sofort die zahlreichen '92- Aktivitäten aus 3.-Welt-Bewegung, Umweltverbänden und Gewerkschaften koordinieren. Beschlossen wurde dies auf einer Konferenz am 31.5./1.6. in Bonn.
In diesem Clearing-Gremium sollen ausdrücklich alle Strömungen vertreten sein, (d. h., es werden noch viele dazukommen), die ihre Aktivitäten zu 500 Jahre Kolonialismus, UNCED-Konferenz in Brasilien, Weltwirtschaftsgipfel in München und EG-Binnenmarkt in einer gemeinsamen politischen Kampagne bündeln wollen. Statt in zähem Ringen Minimalkonsense hervorzuwürgen, soll die Clearing-Stelle dem gegenseitigen Austausch dienen.

Anknüpfungspunkte für die von allen Teilnehmern angestrebte Kooperation ergaben sich u. a. aus den bereits in den verschiedenen "politischen Disziplinen" entworfenen Aktionsvorschläge. Der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) plant beispielsweise eine bundesweite Aktionswoche im Oktober **dieses** (!) Jahres, in der 500 Jahre Kontinuität weltweiter europäischer Machtausübung thematisiert werden soll (mit Höhepunkten am 11./12. Oktober.
Am Wochenende darauf (19./20. Oktober) wird in Köln eine bundesweite "Aktionskonferenz '92" stattfinden.
Der BUND bereitet eine "Vorkonferenz" zum UNCED-Projekt in Brasilien vor. Naturschutz-Jugendorganisationen arbeiten an einem groß angelegten Umwelt-Konzert-Festival.

Parallel zum Weltwirtschaftsgipfel wird es einen Gegengipfel der ärmsten Nationen geben, ebenso eine vom BUKO mitinitiierte Großdemonstration in München.
Ebenfalls vom BUKO geplant ist ein Seminar/-Kongreß-Projekt zu Befreiungsstrategien im Zeichen des alten/neuen Kolonilalismus.

Neben diesen oppositionellen Initiativen gibt es allerdings auch das Interesse, sich als "fortschrittliches Gewissen" in offizielle (Regierungs)-projekte einzuklinken - vor allem in den Reihen der Großorganisationen der Umweltverbände und des DGB. Gemeint ist z. B. die Mitarbeit in den sogenannten "PrepComs" (nationale Vorbereitungskommissionen zur UNCED-Konferenz '92) oder in Gremien, die eine umweltverträglichere Mitgestaltung des EG-Binnenmarktes versprechen. Hierbei wird natürlich stets zu fragen sein, inwieweit man herrschender Politik auf den Leim geht, wie weit man auf die Rolle eines ökologischen Feigenblattes beschränkt sein wird, mit dem sich eine ganz andere Politik schmücken und in besseres Licht stellen will.
Entsprechend der Vielfalt der bereits bestehenden Ansätze und getragen vom allgemeinen Interesse an breiter Zusammenarbeit war das Klima der Bonner Konferenz vom vorsichtigen Umgang miteinander geprägt. Woher sollte die BUKO-Frau wissen, was sich hinter dem Kürzel des GGLF-Vertreters (Gewerkschaft für Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft etc..) verbirgt und umgekehrt? Was mag es wohl bedeuten, daß der DGB-Vorstand beschlossen hat, den Dialog mit 3.Welt- und Umweltbewegungen zu suchen? Wie ist der ärgerliche Umstand zu bewerten, daß die DNR- und DGB-Vertreter, in deren Händen die technische Vorbereitung der Einladung gelegen hatte, Programmheftchen drucken ließen, in denen die von den Veranstaltern geplante Bündnis-Diskussion praktisch nicht mehr vorgesehen war? Zieht hier jemand wen über denn Tisch? Um ihn vor welchen Karren zu spannen? In gewisser Weise war es doch recht nützlich, daß der bündnisorientierten Plenumsdiskussion fünf inhaltliche AGs und eine Abendveranstaltung mit Elmar Altvater vorgeschaltet waren: Es gab für viele die erste Möglichkeit zu einem vorsichtigen gegenseitigen Abtasten.

Die nun ins Leben gerufene "Clearing-Kommission '92" (ein anderer Namensvorschlag war "Brückenforum") wird sich bei ihrem ersten Treffen am Samstag dem 6. Juli in den Räumen des DNR in Bonn konstituieren. Die Gruppen, die bereits jetzt ihre Mitarbeit zugesichert haben, sind: Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO), Deutscher Naturschutzring (DNR), DGB, Bund Umwelt- und Naturschutz (BUND), AK Transnationale Unternehmen (Gewerkschaften), Rundbrief Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung (WEED), "EYFA" (internationaler Jugendnaturschutzverband), evangelische und Katholische Jugendverbände, u.U. die EKD sowie die AG kirchlicher Entwicklungsdienst AGKED.



Kampagnenbeilage 1992 der Dritte-Welt-Zeitschriften, Auflage 87.000

Herausgeber: blätter des iz3w, Bolivia, Brasilien-Nachrichten, Brennpunkt Dritte Welt, Cuba Libre, Dritte Welt, epd-Entwicklungspolitik, EPK, Forum, ides, ika, ila, Lateinamerika Nachrichten, Lateinamerika Anders, philippinen FORUM, POSITION, Brasilien-, Guatemala-, Kolumbien-, Mapuche-, Nicaragua-Rundbrief, Stichwort, Trialog
Redaktion: blätter des iz3w, Postfach 5328, D-7800 Freiburg, Tel.0761-74003
Layout: Andreas Wenzel
V.i.S.d.P.: Gerhard Rieger
Wir danken Umverteilen !, Stiftung für eine solidarische Welt, und dem Ausschuß für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik (ABP) für die finanzielle Unterstützung.

Freiburger Aktionswoche

Der Tag, an dem Kolumbus in San Salvador anlegte, soll nächstes Jahr als "Kolumbusjahr" groß gefeiert werden. Spanien als "Entdeckernation" bildet den Mittelpunkt dieses Jubiläumsfestes, das den euphemistischen Untertitel "Begnung zweier Welten" trägt. Das Land ist nun schon seit zehn Jahren dabei, die Regierungen der größeren Lateinamerikanischen Staaten zu dessen Ausgestaltung um sich zu scharen. Gleichzeitig rüstet sich in Spanien selbst Barcelona für die Olympischen Spiele, Madrid wird aufpoliert, um seinem Titel "Europäische Stadt der Kultur 1992" gerecht zu werden und in Sevilla hoffen die Veranstalter der EXPO '92 auf 18 Millionen BesucherInnen.
Auch wenn die Bundesregierung sich - was die Feierlichkeiten anbelangt - eher zurückhält, hat Deutschland nach Verständnis des Auswärtigen Amtes "vollen Anteil an den Beziehungen zu Amerika...insbesondere durch Auswanderer". Zu Repräsentationszwecken finanziert die Regierung Kohl deshalb einen Pavillon mit 60 Millionen DM, des weiteren unterstützt sie in der Bundesrepublik Ausstellungen, wissenschaftliche Projekte und kulturelle Veranstaltungen.
Im kommenden Jahr wird das Projekt EG-Binnenmarkt verwirklicht. Damit rückt die Vision einer Supermacht EG in greifbare Nähe. Brüsseler Technokratie, abgehobener Straßburger Parlamentarismus und europaweite Industriekartelle werden die europäische Realität auf Dauer bestimmen. Es ist fraglich, ob VerbraucherInnenverbände und Gewerkschaften mit der Machtkonzentration konkurrieren können.
Daß im kommenden Jahr München zum Weltwirschaftsgipfel (G7) einlädt, rundet das Jahr 1992 ab: auf dem alljährlichen Treffen koordinieren die sieben politisch und wirtschaftlich mächtigsten Regierungen, die auch in Weltbank und IWF die absolute Stimmenmehrheit haben, ihre wirtschaftspolitischen Interessen.
Zur gleichen Zeit wird - sozusagen als Tropfen auf den heißen Stein - im Juni 1992 in Rio de Janeiro auf der UNO-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) versucht, das Bestehen der ökologischen Krise profitabel zu verwalten. Um diesem technokratischen Umweltmanagement etwas Leben einzuflößen, binden die beteiligten Staaten diesmal auch NGOs (Nichregierungsorganisationen) in ihre Diskussionen mit ein. Daß es auf UNCED bestenfalls gelingen wird, an Symptomen zu kurieren, ist abzusehen. Inwieweit die NGOs nur als Alibipartner über den Tisch gezogen werden, wird sich zeigen.
Alles in allem steht jedenfalls fest, daß im nächsten Jahr einiges auf die Soli-Bewegung zukommen wird. Um die Negierung historischer Verantwortung, die Verstärkung politischer Vormachtbestrebungen, ökologische Zerstörungen und die Rücksichtslosigkeit wirtschaftlicher Dominanz ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen, haben sich die verschiedensten Internationalismus-Gruppen zur "Kampagne 92" zusammengeschlossen. Um diese Kampagne einzuleiten, hat der BUKO (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen) zu bundesweiten dezentralen Aktionstagen aufgerufen, die zwischen 8. und 12. Oktober 1991 stattfinden sollen. Begleitend hierzu soll ein Reader erscheinen und eine Massenzeitung gedruckt werden. Um das Vorgehen der Gruppen für das nächste Jahr zu koordinieren, findet am 19. Oktober '91 eine Aktionskonferenz statt.
In Freiburg wird schon seit Dezember 1990 an einer Aktionswoche gearbeitet, die am 4.10.91 beginnt und bis zum 12.10.91 andauert. Hintergrund war auch, den Erfahrungsaustausch von Gruppen/Vereinen zu verbessern und mit den Auseinandersetzungen geschlossen an die Öffentlichkeit zu gehen. Das Spektrum der mitwirkenden ist breit: es reicht von Städtepartnerschaftsinitiativen, Stadtteilgruppen, Solivereinen und -initiativen über die Volkshochschule bis zu Arbeitsgruppen an den Hochschulen bzw. SchülerInnenkomitees.
Die einzelnen Tage der Aktionswoche haben folgende Themenschwerpunkte:
1) Kolonialismus und Neokolonialismus: Neben der Darstellung der Phasen des Kolonialismus steht die heutige Verantwortlichkeit auf der Tagesordnung
2) Rassismus und Flüchtlingspolitik: Zur Diskussion steht, inwieweit die herrschende Asylgesetzgebung, die zwischenstaatliche Ausländerkontigentierung und das Schengener Abkommen auf Rassismus basieren und die Ausländerfeindlichkeit schüren.
3) Nationen ohne Staaten: Staatenlosigkeit bedeutet bislang noch den Genozid für viele Gesellschaften. Ziel ist es, die Situation bedrohter Gesellschaften, wie z.B. der Sinti und Roma oder der KurdInnen und PalästinenserInnen und Widerstandsformen zu diskutieren.
4) Weltmarktkontext: Beispielhaft ist der Verschuldungsmechanismus, der einerseits Dritte-Welt-Wirtschaften vom Weltmarkt abgekoppelt während andererseits Touristenzentren zur Regeneration der Zivilisationsmüden und als Endlager europäischen Mülls und europäischen Warenschrotts errichtet werden.
5) Patriarchat: Frauen tragen den größten Teil der wirtschaftlichen und psychischen Last des Alltags.
Der Sexismus, der hinter dieser Rollenverteilung steckt, macht sie auch zum Objekt von Prostitutionstourismus und Frauenhandel sowie von ständiger Bevormundung und Unterdrückung.
6) Ethnologie: hier soll der Geschichte der Ethnologie nachgegangen und aufgezeigt werden, wie sie zur Plünderung anderer Gesellschaften beigetragen hat (Rückgabe der Kulturgüter).
7) Weltmacht EG: Zur Debatte steht die Geschlossenheit der europäischen Regierungen, die neue Macht der Konzerne, die Möglichkeit von Gegenstrukturen wie z.B. der Gewerkschaften und das künftige Verhältnis Europa - Entwicklungsländer.
All diese Themen werden in Form von Straßenaktionen, Umzügen, Film- und Videovorführungen, Podiumsdiskussionen, Ständen und Seminaren in der Innenstadt, kleineren Ausstellungen und Workshops an die Öffentlichkeit gebracht.
Den Auftakt der Veranstaltungswoche bildet ein Straßenfest, auf dem die Gruppen sich und ihre Arbeit der Öffentlichkeit in geselliger Form vorstellen. Eine Versammlung, auf der ein Resümee des Programms gezogen werden soll, bildet den Abschluß. Dort soll dann auch die lokale und europaweite Beteiligung für die Kampagne 1992 vorgestellt werden.

Bremer Kampagnenwoche

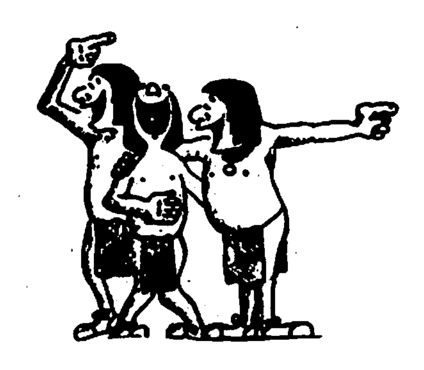
Unter dem Motto: "500 Jahre Conquista - Begegnung zweier Welten" bereitet die spanische Regierung weltweit die Feiern für 1992 vor.

Es ist offensichtlich: Wir müssen neu überlegen, neu diskutieren. Die aufgeworfenen Fragen können nicht vereinzelt in der Nicaragua/Chile/-Cuba...-Bewegung, auch nicht allein von den Gruppen, die sich mit Weltmarktstrukturen auseinandersetzen, angegangen werden und erfordern, daß Deutsche und Latinos miteinander statt nur übereinander diskutieren. Einen ersten Versuch einer solchen Koordination stellen die Treffen der '92er-Kampagne in Bremen dar. Auf den 6-wöchig stattfindenden Plenen, die gut besucht sind, treffen sich verschiedene Gruppen sowie Einzelpersonen. Mittlerweile gibt es 8 Arbeitsgruppen (z.B. AG Öko-Imperialismus, AG Theater, AG Bremer Lagerhausgesellschaft); der Austausch der AG-Ergebnisse findet im Plenum statt. Die Plenen werden in der Regel von einer Koordinationsgruppe vorbereitet. Das Städtepartnerschaftsbüro Bremen/Corinto ist gleichzeitig Kontakt- und Koordinationsbüro. In dieser Kampagne arbeiten Solidaritätsgruppen und Latinas/-Latinos eng zusammen. Auch wird versucht, Gruppen sowie Einzelpersonen aus anderen Kontinenten ebenfalls für die Kampagne zu gewinnen - allerdings bisher mit mäßigem Erfolg. Eine Selbstdarstellung der Bremer Kampagne gibt es nicht - es gibt viele und unterschiedliche Selbstverständnisse, und diese Vielfalt soll auch erhalten bleiben. Einen Schwerpunkt der Kampagne, "der Rassismus in uns", wollen wir verstärkt zum Thema machen.

Ein anderer Schwerpunkt ist der Welthandel. Hier wollen wir auf "die organisierte Verantwortungslosigkeit" der Bremer Lagerhausgesellschaft (BLG) aufmerksam machen, die für die Abwicklung der Ein- und Ausfuhren über Bremer Häfen verantwortlich ist. Ungefähr ein Viertel aller Arbeitsplätze im Lande Bremen sind direkt oder indirekt vom Hafen abhängig. Ziel ist, Strukturen aufzudecken, zu enttabuisieren. Zum Problemkreis "Bremer Lagerhausgesellschaft" (50,4% der Aktien gehören dem Land Bremen, der SPD-Senat hat somit mehrheitsentscheidenden Einfluß auf die Politik der BLG) gibt es 3 Veranstaltungen:
* Am 2.7.91 wird ein **Tribunal** gegen die BLG stattfinden
* Am 3.7. finden **2 Hafenrundfahrten** mit dem Schwerpunkt "BLG und Strukturwandel des Hafens - Bremer Schlüssel zur 'Dritten Welt'" statt. Diese Hafenrundfahrt mit wechselnden Themen (es gibt ja viele Kolonialprodukte!) wird es künftig jeden ersten Mittwoch im Monat geben.
* Am 5.7. wird das **Urteil des Tribunals** vor dem Beginn der Aktionärsversammlung gesprochen. Eine Behinderung der Aktionärsversammlung ist nicht unerwünscht. Gleichzeitig wird es in der Aktionärsversammlung zu Aktionen der 'kritischen Aktionäre' kommen.
* Weitere Veranstaltungen finden zu Uruguay, Nicaragua und Namibia statt.

Zu den Aktionen im Juli wird von der Medien AG die Kampagnenzeitung "contrapunto" mit einer Auflage von 2.000 Stück erscheinen - sie ist ebenfalls dazu gedacht, unsere Themen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Termine / Hinweise



Ka-Ko 1992 der BUKO-Gruppen

Zur Kampagnen-Koordination (Ka-KO) 1992 mit den vier Themenkomplexen EG-Binnenmarkt, 500 Jahre Kolonialismus, UNCED Konferenz in Brasilien und den Weltwirtschaftsgipfel in München im nächsten Jahr können BUKO Mitgliedsgruppen teilnehmen. Aufgabenschwerpunkte für die folgenden Monate sind die Zusammenarbeit mit anderen Bewegungsspektren, die bundesweiten Aktionstage zum 11./12. Oktober und die Vorbereitung einer Aktionskonferenz am 19.10. 1991 in Köln. Nächste Treffen: 28./30. Juni in Freiburg, 6./8. September in Hamburg, 18. Oktober in Köln und 29./30. Januar 1992 in Karlsruhe. Kontakt: BUKO Geschäftsstelle, 2000 Hamburg 50, Nernstweg 32-34,

Pädagogik der Unterdrückten - Volkserziehung in Lateinamerika

Unter dieser Überschrift bereitet eine Reutlinger/Bonner Arbeitsgruppe eine Ausstellung anläßlich des "Quinto Centenario" vor. Geplante Themenbereiche: Kolumbus und die Pädagogik, Frauen organisieren sich und lernen ... Ein Katalog zur Ausstellung mit Zusatztexten und Erfahrungsberichten und ein Kinderkatalog, der als Unterrichtsmaterial an Schulen eingesetzt werden kann, sind geplant. Die Ausstellung wird in Tübingen und München zu sehen sein, ab Juli 1992 sind noch Termine für andere Orte frei. Infos über Corinna Carstensen, c/o "der kleine laden", Sternstr. 95, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/634335

Frauen - Kultur - Politik Projekt 1992

In Zusammenarbeit mit Frauen aus der "Dritten Welt" wollen Hamburger Frauen ein gemeinsames Projekt entwickeln, um mehr über die Entwicklung der Frauenbewegung in Lateinamerika zu erfahren. Geplant sind Diskussions- und Kulturveranstaltungen, Workshops, Ausstellungen, ein Frauenwandbild und eine Frauenfilmreihe. Kontakt über Emilija Mitrovic, Lange Reihe 25, 2000 Hamburg 1, Tel. 2803670 und Elisabeth von Dücker, Friedensallee 56, 2000 Hamburg 50, Tel. 392551

"Frauen-Internationalismus-Archiv"

Das "Frauen-Internationalismus-Archiv" hat Interesse, an Materialien anderer Gruppen zum Thema Frauen und Kolonialismus zwecks Archivierung. Kontakt: Frauen-Internationalismus-Archiv, c/o Geschichtswerkstatt Dortmund e. V., Am Oelpfad 27, 4600 Dortmund 30.

FDCL Berlin

Das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL), Mehringhof, Gneisenaustraße 2, 1000 Berlin 61 verschickt auf Anfrage Materialien zu Frauen und Kolonialismus.

Werkmappe zu "1492-1992"

Werkmappe zum Themenbereich "1492 - 1992: **500 Jahre Eroberung, Evangelisation und Widerstand Lateinamerikas**". Mehrere kurze Texte: "Die Geschichte von Eroberung, Unterdrückung und Widerstand", "Kolonialismus und Eurozentrismus von Kirche und Theologie" und "Fortsetzung der Conquista durch Verschuldung". Die Werkmappe ist erhältlich bei der Christlichen Initiative Romero, Kardinal-von-Galen-Ring 45, 4400 Münster, Tel. 0251/89503

Spendenaufruf für kontinentales Treffen in Lateinamerika

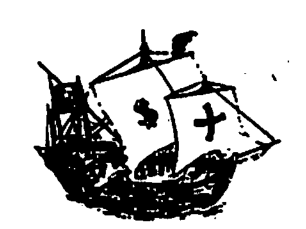
Die Kontinentale Organisation der 500-Jahre-Kampagne amerikanischer Völker hat große, existenzielle finanzielle Schwierigkeiten. Um die Weiterarbeit des im vergangenen Oktober in Guatemala eingerichteten Sekretariats zur Durchführung der **Kampagne "500 Jahre Indianer- und Volkswiderstand"** zu gewährleisten, werden dringend Spenden benötigt. Dort koordinieren CONAVIGUA, CONDEG und die CUC das nächste kontinentale Treffen der indianischen Völker, das vom **7. - 12.10.91 in Guatemala** stattfinden wird. Spenden auf das Konto der Informationsstelle Guatemala, Heerstraße 205, 5300 Bonn 1, Kto.-Nr. 70235, BLZ 380 500 00, Stichwort: Secretaria Operativa

Drogen-Kampagne ins Auge gefaßt

Peru-Soligruppen werden anläßlich "500 Jahren Conquista Lateinamerikas" zum Drogenthema arbeiten, Drogen und Weltwirtschaft, Drogenkonsum und -bekämpfung, Drogenökonomie und Auslandsverschuldung. Bündnisarbeit mit Lateinamerikagruppen, ChemiekritikerInnen und psychosozialen Verbänden wird angestrebt. Kontakt: Informationsstelle Peru e. V., Poppelsdorfer Allee 114, 5300 Bonn, Tel. 0228/696843

"Gesang für Amerika"

Die "**Lateinamerikanische Kulturvereinigung DIA**" stellt noch in diesem Jahr eine erweiterte Ausgabe des Bandes "Gesang für América" vor. In Zusammenhang mit dieser Neuerscheinung werden 1991 und 1992 wiederum Konzertlesungen mit Urs M. Fiechtner und Sergio Vesely angeboten. Infos über "Autorenkollektiv 79", Wacholderweg 6, 7907 Langenau-Hörvelsingen, Tel. 07348/5113



Im Rahmen eines langjährig angelegten ökologischen Projektes mit Namen "**Arte Verde - Grüne Kunst**" ist für 1993 eine Ausstellung zum Thema "Kunst und ökologisches Engagement in Brasilien, Afrika und Deutschland" geplant, die in vier deutschen Städten gezeigt und durch ein Rahmenprogramm ergänzt werden soll. Kontaktadresse: Brasilien Initiative Erlangen e. V., c/o Annemarie Jacobs, Hänflingweg 4, 8520 Erlangen, Tel. 09131/41770

Fotoausstellung

Die Lateinamerikanische Kulturvereinigung - DIA - bietet zum "Kolumbusjahr" eine **Ausstellung mit 70 schwarz-weiß Fotografien**, die Licht auf die Zerstörung und Elend, die die Eroberung durch die Europäer mit sich brachte, wirft. Infos über Lateinamerikanische Kulturvereinigung diá e. V., Urbanstraße 169, 1000 Berlin 61

Workcamp

Der **Service Civil International (SCI)** sucht für die **1992er-Kampagne Solidarity Contra Injustice** noch Projektpartner (soziale Initiativen, Umweltorganisationen, Dritte Welt- und Soligruppen) für Solidaritätsworkcamps. Angesprochen werden Interessierte ab 18 Jahren aus unterschiedlichen Ländern und Religionen. Kontakt über SCI, Bundesgeschäftsstelle, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Wandmalprojekt 1992: Lateinamerika - Europa

In 10 Städten Europas sollen Wandbilder zum Thema "Europa-Lateinamerika" in Zusammenarbeit mit lateinamerikanischen und europäischen MalerInnen entstehen. Ziel ist, soziale und politische Inhalte zu vermitteln, zur Auseinandersetzung anzuregen. Der Malprozeß soll von entsprechenden Aktionen begleitet sein. Infos für interessierte Gruppen, die ein Wandmalprojekt in ihrer Stadt aufziehen wollen über: Cultur Cooperation e. V., Nernstweg 32 - 34, 2000 Hamburg 50, Tel. 040-394133

"Das Andere Brasilien oder Kraft und Widerstand des Volkes"

Als Beitrag zum "Kolumbusjahr" wird die brasilianische Gruppe AMAR Anfang 92 für 3 Monate in Deutschland gastieren. Es soll ein Gang durch die Geschichte Brasiliens von der Eroberung bis in unsere Tage anhand Musik, Texten, Tanz, Gesang, Schattentheater und Diaprojektionen dargestellt werden.

Spanisches Kampagnenbündnis

Im April dieses Jahres haben über 60 Organisationen, Komitees und Gruppen aus verschiedenen Sektoren in Spanien ein Manifest verabschiedet, das als Grundlage für ein Kampagnenbündnis '92 gelten soll. Darin werden in sehr dichter Form die Umrisse der gegenwärtig herrschenden Weltwirtschafts- und Politikstruktur beschrieben und auf die Notwendigkeit der Bündelung oppositioneller Energien ebenso wie der Zusammenfassung eines neuen emanzipatorischen Diskurses hingewiesen. (Eine Wiedergabe des Manifests findet sich in ila Nr. 146, Juni-Ausgabe). Wir wollen hier die generelle Zielsetzung der Kampagne und die geplanten zentralen Aktionen dokumentieren.

Demaskieren wir das große Schauspiel '92

Zuschauer oder Akteure: warum wir eine Gegenkampagne '92 planen
Das (offizielle) Spektakel ist von solchen Dimensionen und für das Modell, das uns aufgedrückt werden soll, so erhellend, daß es uns als geeigneter Anlaß erscheint, dagegen die Kräfte zu bündeln. Außerdem bereitet die neu entstandene Konjunktur den Herrschenden Schwierigkeiten, das Jahresdatum in der Weise zu nutzen, wie es ursprünglich vorgesehen war, denn die Situation hat sich entscheidend geändert. Es ist durchaus möglich, daß die sich abzeichnende Rezession, verstärkt durch die sozialen und politischen Spannungen infolge der Nachkriegssituation im Nahen Osten und in den Staaten des Maghreb, ebenso wie die Verschlechterung der Lage in der "Dritten Welt" — insbesondere in Lateinamerika — einschneidende Änderungen in Bezug auf die Ausrichtung der Feierlichkeiten erforderlich machen werden. Diese Situation kann für uns hilfreich sein, um die Widersprüche dieser unangemessenen Feiern ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen. Entscheidend ist, daß die Kampagne mit Blick auf die Zukunft hin ausgerichtet sein muß. 1992 ist lediglich ein Datum der Zusammenkunft gegen die Herrschenden, weder ein Ziel an sich noch der Endpunkt einer zurückzulegenden Strecke; wir sollten vielmehr versuchen, daß es für uns den Beginn eines neuen Prozesses markiert — mit allen Widersprüchen, die damit verknüpft sein mögen.

Folgende vier grundlegende Aspekte erscheinen uns für einen emanzipatorischen Diskurs zentral: einmal die Behandlung des Nord-Süd-Widerspruchs, dann der Widerspruch des bestehenden Entwicklungsmodells zur Natur, dann das Herrschaftsverhältnis zwischen Männern und Frauen und schließlich der zwischen Kapital und Arbeit. Es gilt, Kräfte neu zusammenzufassen, ein diffuses Netz von Organisationen zu knüpfen, ohne Zentralisierungsabsichten, wohl aber die Vorteile der Koordinierung nutzend. Auch ohne Anspruch auf Gleichschaltung, denn wir denken, daß die Vielfalt für sich bereits einen Wert darstellt.
Bis heute hat es bereits eine Vielzahl von Initiativen gegen die verschiedenen Aspekte des mit dem Jahr '92 in Zusammenhang stehenden offiziellen Spektakels gegeben. So bestehen seit mehr als anderthalb Jahren verschiedene Komitees gegen die "Quinto Centenario"-Feierlichkeiten. In Barcelona diskutieren oppositionelle Gruppen die Strukturveränderungen in der Stadt im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen (so z.B. die Initiative BARCElONA'92).
In Madrid gibt es Initiativen, die gegen das Projekt der Kulturhauptstadt Front machen, zum großen Teil zusammengesetzt aus den Sektoren der radikalen und alternativen Kulturschaffenden.
Es gab auch Widerstandsaktionen von Umweltgruppen gegen Großprojekte wie den Hochgeschwindigkeitszug oder gegen rücksichtslose Straßenbauprojekte, die Inverbindung mit dem Modernisierungsjahr '92 stehen.
Von seiten der Basiskirchengemeinden hat es im letzten Jahr in Madrid eine Initiative gegeben, die in der Öffentlichkeit auf großes Interesse stieß, und die unter dem Namen "1992, 500 Jahre Bettelunwesen" stattfand.
Bei all diesen Aktionen ließen sich aber folgende Begrenzungen feststellen:
* Die bestehenden Initiativen standen in keinem Zusammenhang untereinander, was zur Folge hatte, daß die öffentliche Durchschlagskraft eher gering war, die Attraktionskraft unzureichend und eine gegenseitige Befruchtung in der Erarbeitung von Materialien und bei den theoretischen Überlegungen schwierig bis unmöglich war.
* Der Inhalt der Einzelaktionen hatte zwangsläufig einen begrenzteren Charakter, besser wäre gewesen, sie unter dem Dach einer gemeinsamen Kampagne zu organisieren.

Außerdem glauben wir, daß diese Kampagne erlaubt, mit internationalen Gruppen im Hinblick auf dieses Datum zusammenzuarbeiten. Ziel ist, über eine gemeinsame Plattform und ein aufeinander abgestimmtes Aktionsprogramm eine größtmögliche internationale Beteiligung zu erreichen. Wenn wir der Kampagne einen internationalistischen Charakter verleihen und den Gegenaktivitäten eine möglichst große Durchschlagskraft nicht nur innerhalb unserer Grenzen geben wollen, ist dies unverzichtbar.

Die alternative Inszenierung

Die bis jetzt geplanten zentralen Aktionen sind folgende:
11., 12., 13.Oktober 91 — Sevilla
Diskussionsveranstaltungen und Vorstellung der Kampagne "Demaskieren wir '92" in der Öffentlichkeit.
2.Januar 92 — Granada
Gegenveranstaltung zur offiziellen Feier anläßlich der Kapitulation Granadas gegenüber den Katholischen Königen.
18.- 24.April 92 — Sevilla
Parallel zu der Eröffnung der Weltausstellung (20.April) ist an folgende Aktivitäten gedacht:
* Internationalistisches Zeltlager vom 18. bis zum 26.April.
* Am 19.April, dem Sonntag vor der Eröffnung der EXPO, soll auf dem Guadalquivir eine "Gegenlandung" inszeniert werden. Vorgesehen ist die Teilnahme von politischen, sozialen und Indianerorganisationen aus Amerika.
* Die Internationale Lelio-Basso-Stiftung und das Permanente Tribunal für die Rechte der Völker werden vom 20. bis zum 24.April ein Tribunal über "Die Eroberung Amerikas und Internationales Recht" veranstalten.

Welche Bedeutung mißt Du dem Rettig-Bericht ('Informe Rettig') (2) bei? Könnte das nicht ein Versuch sein, den Untersuchungen der Menschenrechtsverletzungen während der Diktatur ein Ende, einen Schlußpunkt zu setzen?

Wir glauben, daß der Bericht dies nicht unbedingt beabsichtigt und daß auch der Präsident der Republik dies nicht will, doch handelt es sich hier sicherlich um einen Diskussionspunkt. Der Rettig-Bericht bringt Ansichten zum Ausdruck, mit denen wir nicht übereinstimmen. Zum Beispiel die Darstellung des historischen Rahmens, innerhalb dessen es zum Militärputsch kam. Aber das Wesentliche des Berichtes ist die Charakterisierung des Miliärregimes als terroristische Diktatur, die die Barbarei gerechtfertigt und systematisch die Menschenrechte verletzt hat.

Die Verbrechen der Diktatur sind unzählbar und unsagbar schmerzlich. Der Bericht entlarvt die These des Pinochetismus als Lüge, daß es in Chile einen Bürgerkrieg gegeben habe, der die Verbrechen rechtfertigte. Daher werden die Wahrheiten des Rettig-Berichtes von einem Teil der chilenischen Gesellschaft nicht anerkannt oder nur unter Vorbehalten die Streitkräfte und Teile der Rechten weisen sie zurück.

Dieser Bericht sollte der ganzen Bevölkerung bekannt sein, so daß jedem die Notwendigkeit der Verteidigung der Menschenrechte zu Bewußtsein kommt. Das könnte dazu beitragen, daß sich ein '1973' nicht wiederholt.

Die Wahrheit des Berichtes muß jedoch vervollständigt werden: die Verbrechen sind zahlreicher als die, die dort genannt worden sind. Zum Beispiel wagen es viele erst jetzt, das Verschwinden ihrer Angehörigen anzuzeigen. Die Aufgabe der Rettig-Kommission war auf Taten eingegrenzt, die mit dem Tod der Betroffenen endeten. Auf diese Weise blieben die tausenden von Verhaftungen, Folterungen und das Exil außerhalb der Untersuchung.

Du hast bisher über die Folgen der Diktatur gesprochen, wie sie ja im Rettig-Bericht dokumentiert sind und in der politischen Demokratisierung zum Ausdruck kommen. Doch welche Alternativen gibt es für die Linke in Chile, wo liegen die Chancen zu Reorganisation und Erneuerung?

In der Tat, die Situation der Linken ist sehr konfliktreich und komplex. Sie ist nicht nur durch 17 Jahre Diktatur belastet, sondern auch durch die Divergenzen, die sich aus den verschiedenen Alternativen hinsichtlich des Sturzes der Diktatur ergaben. Die internationale Krise der fortschrittlichen Kräfte trägt ihren Teil dazu bei; die Krise des Sozialismus hat ihre eigene Bedeutung für die Linke in Chile. Die Diktatur und der US-Imperialismus, der nicht nur ein von der Linken beschworenes Gespenst ist, stellten sich die Aufgabe, jede Alternative zum System zu eliminieren, und es wäre dumm zu verleugnen, daß ihnen dies zum Teil gelungen ist. Sie haben es geschafft, unseren Zusammenhalt zu schwächen und unsere Aktivitäten zu bremsen.

Der Zusammenhalt wurde dabei nicht nur durch die Unterdrückung der Linken erschwert, sondern auch dadurch, daß ein Teil der Linken für eine Politik gewonnen wurde, die nicht eine tiefgreifende Veränderung, sondern nur eine Verbesserung des Systems anstrebte. Insofern existiert heute nicht nur eine Linke in Chile, sondern mehrere nebeneinander, oder besser gesagt, eine diversifizierte Linke. Sie muß ihre historischen Werte kritisch wieder zurückgewinnen und große Anstrengungen unternehmen, um sich zu erneuern.

Diese Erneuerung kann allerdings verschiedene Wege einschlagen. Man kann sich erneuern mit dem Ziel, zu einer revolutionären Politik zu finden. Oder man kann sich erneuern, um eindeutig reformistische Positionen einzunehmen. Diese Diskussion findet heute allerdings eindeutig nur auf der Ebene der politischen Leitung statt. An der Basis agiert die Linke recht einheitlich; die Figur Allendes, die Utopie des Sozialismus, die Utopie einer gerechten, demokratischen Gesellschaft ohne Ausbeutung, diese Ideen trennen nicht, sondern vereinen. Dieser Linken ("allendista") müssen wir Anleitung bieten, denn sie ist zerstreut. Also bestehen Voraussetzungen für eine "Wiederherstellung" (recomposición), doch mit Sicherheit wird das nicht in kurzer Zeit gelingen, denn die Probleme sind gewaltig. Hier haben wir alle eine gewisse Verantwortung zu übernehmen. So zum Beispiel müssen wir Schluß machen mit der Ausrichtung unserer Politik nach einer eurozentristischen Sichtweise. Es ist paradox, in Chile existieren zwei bedeutende linke Parteien, Kommunisten und Sozialisten. In der Vergangenheit hatten wir Kommunisten eine extrem eurozentristische Orientierung und standen unter Einfluß Osteuropas, während die Sozialisten sehr lateinamerikanisch agierten. Heute scheint sich alles umgekehrt zu haben. Wir haben jetzt eine PC, die sich erneuert, indem sie versucht, sich stärker mit der Realität Chiles und Lateinamerikas auseinanderzusetzen, und eine PS, die sich erneuert und dabei die Augen nach Westeuropa richtet. Die Einheit der Linken bedeutet jedoch mehr als die Einheit von PC und PS. Wir dürfen nicht den großen Impuls außer Acht lassen, der von der Frauenbewegung, der ökologischen Bewegung, fortschrittlichen Christen usw. ausgeht. Diese Bewegungen werden eine wichtige Rolle in den zukünftigen Veränderungen spielen.

In den Medien erscheint die PC als "isolierte politische Kraft" und ihr wird andererseits besondere Bedeutung im Zusammenhang mit der Zunahme politischen Terrors beigemessen. Welchen Einflußhat sie tatsächlich, und wie steht sie zur "Gewaltfrage"?

Die Realität zeigt die Notwendigkeit der Existenz der kommunistischen Partei; so viele an den Rand gedrückte Sektoren brauchen einen politischen Ausdruck. Das Land braucht eine von der Regierung unabhängige Partei, basisnah, veränderungsfähig und kritisch.

Bezüglich des Einflusses und des Prestiges der Partei müssen wir mehrere Faktoren berücksichtigen. Die Tatsache, daß wir keinen Abgeordneten im Parlament stellen, läßt sich mehr auf die undemokratische Art der ersten Wahlen in Chile zurückführen, als auf unseren tatsächlichen Stimmenanteil, der in den meisten Städten, wo wir kandidierten, ein historisches Niveau (15%) erreichte. Fast alle linken Abgeordneten, die jetzt im Parlament sitzen, wurden mit unseren Stimmen gewählt. Einige von ihnen vergessen das und nehmen sogar eine antikommunistische Haltung ein.

Die Wahlen innerhalb sozialer Organisationen zeigen deutlich unsere Präsenz und Stärke. In der Einheitsgewerkschaft C.U.T. sind wir eine der drei stärksten Parteien, ebenso in der Lehrergewerkschaft, und in der Gewerkschaft der Arbeiter des Gesundheitssystems sind wir die stärkste Partei. Es gibt praktisch keine Nachbarschafts-Organisationen (Junta de Vecinos), in der wir nicht vertreten sind. An der Spitze der meisten Organisationen, die schon jetzt demokratisiert wurden, stehen Kommunisten. Das alles widerspricht dem Bild, das von uns in den Massenmedien in der Regel gezeichnet wird: einer schwachen und isolierten PC.

Wir leugnen nicht, daß wir Probleme haben. Aber diese Probleme ergeben sich auch aus der ständigen Verfälschung unserer Politik durch die Medien. So z.B. werden wir jetzt angeklagt, bewaffnete Aktionen und Gewalt als politisches Mittel zu akzeptieren. Wir lehnen unter den heutigen Bedingungen des Landes diese Aktionen ab, denn sie stärken nicht die Bestrebungen zum demokratischen Übergang. Wir leugnen nicht, daß wir unter den Bedingungen der Militärdiktatur diese Aktionen auch befürwortet haben, obwohl auch damals der Terror von uns abgelehnt wurde. Weil die Rechte in uns eine Gefahr sieht, interessiert es sie nicht, was wir sagen oder tun, sie wird wieder Vorwände suchen, um uns zu isolieren, sogar um uns zu verfolgen. So plädierte zum Beispiel der "MERCURIO" vom 4.4.1991 für unsere Illegalisierung.

Zu den größten Fehlern, die wir zu korrigieren suchen, gehören die stalinistischen und dogmatischen Attitüden, die innere Demokratie muß verstärkt werden. Wir müssen den sozialen Bewegungen mehr Aufmerksamkeit widmen. Sicher sind wir noch nicht weit genug vorangeschritten im Prozeß der Erneuerung, doch wir setzen diese Bestrebungen Tag für Tag fort.

Welche Bedeutung mißt Du den Abspaltungen von der PC bei, z.B. der ARCO (3), wie bewertest Du ihre politische Perspektive, mit anderen Worten, die Krise der PC?

Diese Abspaltungen sind verschiedenartig. Die erste Abspaltung, die der Patriotischen Front (Frente Patriotico Manuel Rodriguez) ergab sich aus verschiedenen Einschätzungen der politischen Situation des Landes unter Revolutionären. Die zweite, ARCO (Agrupación de Revolución Comunista), ergab sich aus einer Abkehr vom revolutionären Wege, was sicherlich auch kein Delikt ist. Sie denken jetzt anders und machen eine andere Politik. D.h. die Unterschiede sind politischer und ideologischer Natur. Die Frage der Struktur oder die Frage: mehr oder weniger Demokratie, sind in dieser Auseinandersetzung sekundär.

Sowohl die Strategie der Frente Patriotico, der nationale Volkskampf, wie die Strategie von ARCO, die Stabilisierung des Systems, unterscheiden sich sehr von unserer Position. Zur ersten sagte ich schon, daß wir im heutigen Chile militärische Aktionen ablehnen. Zur Strategie der Frente gehört eine sehr konspirative, zentralistische Auffassung von der Partei. Wir hingegen streben eine Partei mit breiter Basis an, eine Partei, die in der Lage ist, diese Basis zum Protagonisten des Demokratisierungsprozesses zu machen. ARCO nimmt offen reformistische und sozialdemokratische Haltungen ein, obwohl ihre Politik noch nicht reif genug ist. Es ist nicht ersichtlich, welche neuen Strategien sie anbieten, und so ist es nicht klar, ob sie sich als neue Organisation etablieren oder in eine andere Partei eintreten werden. Sie verließen die Partei und stellten sich eine kommunistische Erneuerung als Aufgabe. Heute erwägen sie, in die PPD (Partido Por la Democracia) einzutreten, eine respektable Partei der Linken, die aber eindeutig sozialdemokratisch ist.

Wir hoffen auf eine baldige Klärung der politischen Ausrichtung der ARCO, denn solange kein klares Profil feststeht, wird die politische Perspektive weiterhin der Kampf gegen unsere Partei sein. Sie sprechen nicht von Pinochet oder von "poder paralelo", sondern nur von uns.

Als derzeit wichtigste politische Aufgabe unserer Partei sehen wir eine offene Auseinandersetzung über die Frage des Programmes und über die Einschätzung der Situation. In der Lösung beider Aufgaben wird unsere Umgestaltung zum Ausdruck kommen.

Ein letzter Gedanke: die angesprochene Auseinandersetzung wird von den anderen Parteien nicht neutral beobachtet. sogar auf der Linken ist das nicht der Fall. Viele träumen von einer schwachen, marginalisierten PC und nehmen aktiv an der Auseinandersetzung teil: natürlich nicht auf unserer Seite.

Nach dem Zusammenbruch des "realexistierenden Sozialismus" suchen viele eifrig ein neues Modell, ohne zu verstehen, daß das, was zusammenbrach, gerade die Modelle waren.

Das Interview führten Irmtrud Wojak und Pedro Crovetto Anfang 1991 in Santiago

Anmerkungen :

1) **Concertación por la Democracia** (Bündnis für die Demokratie) Regierungskoalition, gegründet Ende 1989 aus 9 Parteien des Mitte-Links Spektrums Chiles. Die Christdemokraten (PDC) sind die wichtigste Partei der Koalition, der u.a. auch die sozialistische Partei(PS), die Partei für die Demokratie (PPD) und die Radikale Partei (PR) angehören. Diese Koalition stellt nicht nur den Präsidenten (Patricio Aylwin,PDC), sondern auch die absolute Mehrheit der Mitglieder des Parlaments und fast 45% der Senatoren.

2) Im April 1990 wurde nach einem Dekret des Präsidenten Aylwin die **'Comision Nacional de Verdad y Reconciliation'** nach ihrem Vorsitzenden Rettig benannt. Die Kommission verwendete 291 Tage auf die Untersuchung von staatlichen Gewaltakten, deren Folge der Tod der Opfer war.
Sechs Bände füllt der Bericht mit detailierten Beschreibungen von 2338 Fällen von Menschenrechtsverletzungen mit tödlichem Ausgang. Der Bericht weist mit präzisen Informationen die Beteiligung des Staates zur Zeit der Diktatur an diesen Verbrechen nach. Fälle von Folter ohne tödlichen Ausgang, Exil und andere Menschenrechtsverletzungen fielen nicht in den Aufgabenbereich der Kommission. Ferner ist zu erwähnen, daß die Kommission die Namen der Täter nicht bekanntgeben konnte. Allerdings hat sie ca. 300 Fälle an die Justiz weitergeleitet.

3) **ARCO** - Agrupación de Renovación Comunista. Aus der KP entstandene Gruppe, die offiziell im Oktober 1990 von Luis Guastavino, Ex-Senator und Mitglied des ZK, gegründet wurde. ARCO kritisiert vor allem den Mangel an innerer Demokratie sowie die "unklare Haltung der KP zur Frage der Gewaltanwendung". Sie fordert eine klare Abgrenzung der KP von den noch existierenden bewaffneten Gruppen. Nachdem es ARCO nicht gelungen ist, auf nationaler Ebene eine funktionsfähige Struktur aufzubauen, wechselten die meisten ihrer Mitglieder in andere Parteien wie PS oder PPd über.

4) **FPMR** - Frente Patriotico Manuel Rodriguez. Wurde 1983 offiziell von der KP gegründet. Mitglieder waren anfangs Leute aus der Kommunistischen Jugend sowie einige Chilenen, die erfolgreich in der sandinistischen Bewegung in Nicaragua gekämpft hatten. Die Frente sollte durch bewaffnete Aktionen wesentlich zur Destabilisierung des Regimes beitragen. 1986, nach dem Pinochet-Attentat, spaltete sich die FPMR. Die FPMR(P) - P steht für Partei - koordiniert ihre Aktionen mit der KP und beteiligt sich seit dem 11.3.1990 nicht mehr an bewaffneten Aktionen. Die FPMR(A) - A steht für autonom - diskutiert derzeit heftig über die Strategie in der heutigen Situation Chiles. Obwohl sie in der letzten Zeit militärisch nicht sehr aktiv war, lehnt sie bewaffnete Aktionen nicht ab. Ein großer Teil ihrer Mitglieder sitzt zur Zeit im Gefängnis. Das macht die Diskussionen innerhalb der Organisation nicht eben leicht.

"Das wichtigste Projekt ist der Frieden"



Fünf Jahre zivil-militärische Regierung unter den Christdemokraten sind glanzlos zu Ende gegangen. Ihr gelang es nicht einmal, für ihre zaghaften Modernisierungspläne die erforderliche Unterstützung zu finden. Am 14. Januar 1991 hat der Evangelikale Jorge Serrano das Präsidentenamt von dem Christdemokraten Vinicio Cerezo übernommen. Das Wahlergebnis ist auch Ausdruck des wachsenden Einflusses der evangelischen Sekten im Land. Die miserabel niedrige Wahlbeteiligung insbesondere in den ländlichen Gebieten trübt das Bild dieses Wahlsieges. Lediglich etwa 50% der 3,2 Millionen eingeschriebenen Wahlberechtigten (ohne die zusätzlichen 1,1 Millionen nicht-eingeschriebenen WahlbürgerInnen mitzuzählen) ging zu den Urnen, was den hohen Frustrationsgrad der Bevölkerung hinsichtlich der politischen Veränderungs- und Partizipationsmöglichkeiten ausdrückt.
Der Wahlsieg Serranos kommt für den politischen Beobachter nicht unerwartet. Der charismatische Serrano versprach im Wahlkampf eine soziale Marktwirtschaft. Um diese Absicht als glaubwürdig erscheinen zu lassen, ernannte er den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei (Mario Solorzano) zum Arbeitsminister der neuen Regierung. Eine Lösung des bewaffneten internen Konfliktes wird J. Serrano aufgrund des Prestiges zugetraut, welches er sich als Mitglied der nationalen Versöhnungskommission erworben hat. Er trat für Entmilitarisierung und für Gespräche mit der Guerilla ohne Vorbedingungen ein.

Nach 15 Jahren Militärdiktatur wollte die Regierung Cerezo zwischen 1986 und 1991 eine neue Demokratie in Guatemala errichten. Die christdemokratische Partei (DCG) hatte den Anspruch, Wachstum und Modernisierung der Wirtschaft zu erreichen. An den Wahlsieg der DCG 1986 war die Hoffnung geknüpft, daß die Christdemokraten als modernisierende Kraft die politischen

Machtstrukturen des Landes verändern könnten.
Am Anfang ihrer Regierungszeit nahmen die Christdemokraten die schweizerische Consulting SGS (Societé Génerale de Surveillance) unter Vertrag, um von dieser den weitgehend von der Agroexport-Oligarchie beherrschten Außenhandel überwachen zu lassen. Im zweiten Regierungsjahr wurde diese Maßnahme auf Unternehmerdruck hin rückgängig gemacht. Die Folge war, daß erneut Korruption Eingang in die Zollbehörden hatte.
Die Stimulierung nicht-traditioneller Exporte sollte zur Exportdiversifizierung beitragen. Bei diesen Exporten handelt es sich um Güter wie zuvor nicht angebaute Gemüsesorten, Blumenexport wie auch die Einrichtung neuer Industrien im textilen Bereich. Neben die alte Oligarchie treten damit neue bürgerliche Sektoren mit anders gearteten Interessen.
Mit dem Programm zur Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen demonstrierte die christdemokratische Partei ihre Allianz mit dem kleinbürgerlichen Bereich. Die Förderung der Kleinunternehmer sowie der großenteils aus dem informellen Sektor stammenden Kleinst-Unternehmen bildet eine gewisse wirtschaftspolitische Alternative. Immerhin sollen 40.000 dieser arbeitsintensiven Mikro-Unternehmen gefördert worden sein.

Zweimal hat die DCG-Regierung Steuerreformpakete ins Parlament eingebracht. Nach der Vorlage des ersten Pakets schlossen die Mitglieder des Großunternehmerverbandes CACIF im Oktober 1987 für drei Tage ihre Werke. Zwei Monate später wurden die Steuergesetzänderungen dennoch parlamentarisch in Kraft gesetzt. Ein weiteres Steuerpaket, welches auch an der bislang tabuisierten Einkommenssteuer ansetzen sollte, hatten die Christdemokraten im Mai 1990 ins Parlament eingebracht. Nach dreiwöchigen Verhandlungen mit den Unternehmen hinter den Kulissen ist davon allerdings nichts mehr übriggeblieben.
Die Regierung Cerezo hat versucht, die staatliche Administration zu dezentralisieren. So sind 8% des Staatshaushalts an die lokalen Verwaltungen (Munizipien) verteilt worden. Aufgrund von Korruption, christdemokratischem Parteiklüngel und des völligen Fehlens eines Konzepts zur ländlichen Entwicklung hatte diese Maßnahme kaum Wirkung.
Im Rahmen des mittelamerikanischen Friedensprozesses (Esquipulas II/1987) hat Guatemala mit seiner Politik der aktiven Neutralität eine positive Rolle gespielt. Die DCG-Regierung hat im Gegensatz zu den anderen Ländern der Region mit der sandinistischen Regierung 1988 ein Umschuldungsabkommen abgeschlossen.
Nach dem Esquipulas II-Vertrag ist auch in Guatemala der Prozeß zur Schlichtung des internen bewaffneten Konflikts dynamischer geworden. Die Nationale Versöhnungskommission, in der die katholische Kirche (neben Persönlichkeiten und Vertretern politischer Parteien) das größte Gewicht hat und mit Bischof Quezada Toruño als Kommissionsvorsitzenden einen integren Chefvermittler stellt, tritt als zusätzlicher Akteur auf die politische Bühne. Ein wesentlicher Durchbruch des Vermittlungsprozesses ist die Unterzeichnung des Osloer Abkommens am 30.3.90 zwischen der Versöhnungskommission, die hierfür ein Mandat von Regierung und Militärs hatte, und der URNG-Guerilla. In dem Osloer „Grundlagenabkommen zur Friedensherbeiführung mit politischen Mitteln", mit dem die URNG als Verhandlungspartner akzeptiert wird, sind die konkreten nächsten Verhandlungsschritte festgelegt. Der Osloer Prozeß scheint erfolgreich, in ihm sind eine Demokratisierung und eine Abnahme der Polarisierung der Gesellschaft perspektivisch eingebaut.
Bis 1988, als die Christdemokraten die Kommunalwahlen für sich entscheiden konnten, besaßen sie einen Vertrauensvorschuß. Dann zeigten sich zunehmend Verschleißerscheinungen. Offenkundigster Ausdruck der Trendumkehr waren die militärischen Putschversuche. Rechtsextreme Militärs und Unternehmer stellten die Amtsführung der DCG in Frage. Sie wandten sich gegen den Dialog mit den Aufständischen und damit gegen eine Demokratisierung und bewirkten, daß die Umorientierung im Sicherheitsapparat beendet wurde und u.a. die von der bundesdeutschen Entwicklungshilfe unterstützte Polizei der direkten Oberaufsicht der Militärs unterstellt wurde. Erst nach dem Massaker in Santiago Atitlan am 2.12.90 stellte die Bundesregierung die Polizeihilfe ein. Zu diesem Zeitpunkt war indes die christdemokratische Regierung bereits abgewählt.
Wirtschaftspolitisch wurden 1989 Wechselkurs und Zinsen freigegeben, ohne daß von der Regierung sozial flankierende Maßnahmen eingeleitet wurden. Aufgrund der Währungsabwertung (von 2,50 Quetzal/je $ auf 5 Quetzal/je $) und eines hohen Budgetdefizits (3,4% des Bruttoinlandsprodukts in 1990) kletterte die Inflation auf 77% in 1990. Das heißt, daß ein spürbarer Kaufkraftverlust für die Bevölkerung einem Wirtschaftswachstum von 3,7% in 1990 gegenüberstand. Den Gewerkschafts- und Volksorganisationen fehlt die notwendige Kraft, um genügend Gegendruck zu erzeugen. Sie sind gekennzeichnet durch Führungsschwäche und starke interne Diskussionen. Die hohe Arbeitslosigkeit (zusammen mit der Unterbeschäftigung = 45%) und die Repression beschneiden die gewerkschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten noch zusätzlich.
Moralisch gesehen hat die Glaubwürdigkeit der DCG in ihrer Regierungszeit schwer gelitten. Ineffiziente Verwaltung, Mißmanagement, Ämtervergabe nach Parteibuch, Korruption und Vetternwirtschaft



Gorillas in den Zoo - Menschen an die Macht, Wandgemälde in Guatemala Stadt

verschlechterten ihr Ansehen. Dazu gesellte sich die Verwicklung einiger Funktionäre in Drogengeschäfte. Schließlich traten interne Spaltungstendenzen in der christdemokratischen Partei auf.

In den jetzt zu Ende gegangenen fünf Jahren christdemokratischer Administration unter Vinicio Cerezo ist, abgesehen vom Versöhnungsprozeß, kein Reformvorhaben sichtbar vorangekommen. Eine Steuerreform mit Verteilungseffekten hat es nicht gegeben. Das Los der Landbevölkerung hat sich nicht verbessert. Die Menschenrechtslage verschlechterte sich gegen Ende der DCG-Regierung wieder, wie das Massaker in El Aguacate (Nov. 88), die Entführung und die Ermordung der gesamten AEU-Studentenführung (Aug. 89) und das Massaker in Santiago Atitlan (Dez. 90) zeigen. Die Straffreiheit für Sicherheitskräfte ist in den vergangenen fünf Jahren nicht angetastet worden.
Die Quittung erhielten die Christdemokraten bei den Wahlen am 11. November 1990: ihr Stimmenanteil fiel auf magere 17%. Zwei Drittel ihrer Stimmen stammte von ihren eigenen Mitgliedern. In der Hauptstadt sackte sie von 200.000 auf 40.000 Stimmen ab.

Die Zusammensetzung der Serrano-Regierung

Grundlegende Reformen sind von Serrano nicht zu erwarten. Er kündigte sie auch nicht an. Eine Modernisierung von Staat und Wirtschaft ist von der neuen Regierung allerdings beabsichtigt. Die wesentlichen Herausforderungen sind: im politischen Bereich die Herbeiführung des inneren Friedens und die Achtung der Menschenrechte; im wirtschaftlichen Bereich die Strukturanpassung unter Berücksichtigung sozialer Komponenten und in der Verwaltung die Effektivierung und Modernisierung des Staatsapparates.
Die politischen Ausgangsbedingungen für die Amtsführung der Serrano-Regierung unterscheiden sich von denen, die für die Christdemokraten galten.
Serrano verfügt im Parlament über keine gesicherten Mehrheiten. Unmittelbar sind ihm die rechtskonservative Partei (MAS), die er selbst anführt und die rechtsliberale Partei (PAN) verbunden. Zusammen stellen sie 30 von insgesamt 116 Abgeordneten. Mit der Christdemokratie bestehen Verbindungen. Da keine feste Parteienkoalition vorhanden ist, ist absehbar, daß Serrano mit wechselnden Mehrheiten wird regieren müssen.
Das Regierungskabinett ist parteiübergreifend. Serrano nennt es eine Regierung der nationalen Einheit. Viele Wirtschaftsfachleute sind Mitglied der PAN-Partei (z.B. Zentralbankchef Linares). Die parteilose Finanzministerin R. Zelaya war zuvor Direktoriumsmitglied des von der Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützten Forschungsinstituts ASIES. Arbeitsminister ist der Sozialdemokrat Mario Solorzano, der sich sehr stark für einen Sozialpakt einsetzt. Im Entwicklungsministerium sollen verschiedene Anhänger des ehemaligen Diktators Rios Montt untergebracht sein, der kurz vor dem Wahltermin von der Kandidatur ausgeschlossen worden war. Und schließlich sind führende Repräsentanten der privaten Wirtschaft im Kabinett integriert: Wirtschaftsminister Aitkenhead für das rechtsmoderne Unternehmerlager, Landwirtschaftsminister A. Boppel für die traditionelle Agrarexportoligarchie. Präsident Serrano hat damit die Unternehmer in sein Kabinett eingebunden. Diese werden gegen Regierungsentscheidungen nicht mehr so leicht agieren können. Mit dem Arbeitsminister sitzt ein Repräsentant der Sozialdemokraten im Kabinett, der den Kontakt mit linken Kreisen herstellt, was für die Friedensbemühungen eine Rolle spielt.

Serrano-Regierung mit Anfangsschwung

Politisch steht die Friedensfrage an erster Stelle. Serrano hat in einem Interview mit der Zeitschrift La Crónica (15.3.91) erklärt: "Das wichtigste Projekt für die Guatemalteken ist der Frieden. Und ich dränge darauf, daß dieser zuerst behandelt wird, noch vor einer Steuerreform und vor dem Sozialpakt, denn ich weiß, daß jegliches andere Projekt wesentlich leichter und machbarer sein wird, wenn das Land einmal befriedet ist." Auf die Frage, wer die Verfassung reformieren soll, antwortete Serrano: "Eine neue verfassungsgebende Versammlung. Die Guerilla akzeptiert eine kosmetische Reform der Verfassung nicht und fordert, daß die in El Escorial eingegangene Verpflichtung erfüllt wird." In El Escorial/Spanien schlossen die politischen Parteien und die Guerillaorganisation URNG ein Abkommen, in dem die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung vereinbart wurde. Auf diesem Wege soll einerseits die Guerilla politisch integriert und andererseits sollen die Militärs auf ihre rein verfassungsmäßige Rolle reduziert werden.
Tags darauf gab Serrano eine Erklärung ab, in der er mitteilte, seit Amtsantritt in permanenter Kommunikation mit der URNG zu stehen. Darin kündigte er die Einhaltung des Osloer Abkommens und direkte Gespräche zwischen URNG und Regierung an, um einen totalen Frieden im Rahmen des existierenden Rechtssystems zu finden.
Einiges spricht dafür, daß diesen Worten Taten folgen werden. Bei der Kabinettszusammenstellung hat Serrano, und nicht, wie unter der christdemokratischen Regierung, die Militärführung den Verteidigungsminister bestimmt. Ferner bestätigte Verteidigungsminister General Luis Menoza Mitte März, daß die Armee "bereit ist, mit den Rebellen zu sprechen, wenn der Präsident dies als Oberbefehlshaber der Armee anordnet." Ein weiteres deutliches Indiz für den vorhandenen politischen Willen zum Dialog mit der Guerilla ist, daß der Präsident Mitte März alle Militärrichter austauschen ließ, wie Regierungsquellen berichteten.

Widerstandsdörfer im Hochland

In den 'Widerstandsdörfern' des Hochlandes, abgekürzt CPR genannt, lebt die Bevölkerung, die weder ein Dasein als Flüchtling (in Südmexiko) noch eines unter der Aufsicht der Militärs (in 'Modelldörfern') führen wollte. Die Bewohner der 'Widerstandsdörfer', in denen ein hoher Anteil von indianischer Bevölkerung lebt, begaben sich während der besonders brutalen Repressionszeit, als 1982 die Politik der 'verbrannten Erde' von Diktator Ríos Montt betrieben wurde, in die Berge der Provinz des Quiché. Dort hielten sie sich die letzten zehn Jahre vor den Militärs verborgen.
Aus den neuen Spielräumen, die durch den Entspannungsprozeß in Guatemala entstanden, ist eine Initiative der 'Widerstandsdörfer' zu erklären. Mit Unterstützung der katholischen und evangelischen Kirche lancierten sie am 7. September 1990 eine Anzeige in der Presse, in der sie ihre Anerkennung als Teil der guatemaltekischen Gesellschaft fordern. Im Dezember 1990 und Januar 1991 schickten sie eine Delegation in die Hauptstadt, die am 24.1.91 mit Präsident Serrano sprach. Dieser sagte ihnen zu, daß der Menschenrechts-Procurador (d.h. Ombudsmann) Ramiro de Leon Carpio[1)] vermittelnd für ihre Interessen tätig werden würde. Anfang Februar hat sich nun auf Initiative der beiden Kirchen und des Menschenrechts-Procuradors eine 'comisión multipartita' (eine aus verschiedenen gesellschaftlich relevanten Gruppen bestehende Kommission) gebildet. Für die CPR ist das ein großer Erfolg und eine de facto Anerkennung nach zehn Jahren Flüchtlingsleben. Der Prozeß ihrer Integration ist aber abhängig von der Entmilitarisierung des Nordens des Quichés durch Waffenstillstandsverhandlungen.

Es ist außerordentlich interessant, daß der Präsident auf diesem Weg auch die Rolle des Menschenrechts-Procuradors gestärkt hat. Wenn sich dessen Mission aufgrund präsidentieller Unterstützung als Erfolg erweist, werden seine Handlungsspielräume bzgl. der Aufklärung vergangener Menschenrechts-Verbrechen größer sein.
Die desolate Menschenrechts-Lage gestand Präsident Serrano in seiner Antrittsrede ein: "Mit Besorgnis haben wir erlebt, wie unser Land, seine Regierung und seine Sicherheitskräfte als verantwortlich für schwere individuelle und kollektive Menschenrechtsverletzungen bezeichnet wurden. Andererseits ist es fast zu einer Regierungsgewohnheit geworden, die Tatsachen zu leugnen oder zu bagatellisieren." Kurze Zeit später kritisiert er jedoch die Länder, die für Guatemala einen UN-Son-

derberichterstatter zur Menschenrechtssituation forderten, da sie damit Guatemala schaden wollten.

Folgen der Strukturanpassung

Die neue Regierung ist eifrig darangegangen, ein neues Strukturanpassungspaket zu schnüren. Rein haushaltstechnisch wird eine Ausgabeneinsparung von 10% in jedem Ministerium angesetzt. Angestrebt wird von Teilen der Administration eine Entmachtung des Finanzministeriums. Angefangen werden soll mit der Ausgliederung der höchst korrupten Zollbehörde aus dem Finanz- ins Wirtschaftsministerium, wo Zolleinnahmen nicht mehr der Bereicherung, sondern der Wirtschaftspolitik dienen sollen. Ob weitere Zuständigkeiten tatsächlich von der Oberhoheit des Finanzministeriums ins Wirtschafts - oder Sozialministerium wechseln, ist noch unklar. Um Einnahmenverbesserungen zu erzielen, sollen die Möglichkeiten der Steuerumgehung beschnitten und das Steuersystem rationalisiert werden. Eine Ergänzungsabgabe für Besserverdienende, die das letzte Mal 1966 erhoben worden war, ist bereits verabschiedet worden.

Die Folgen der Strukturanpassung sollen mit Hilfe einer 'sozialen Kompensation' abgefedert werden. Darunter werden, nach Worten eines führenden Sozialdemokraten, Vergünstigungen für Busfahrtkosten von ArbeitnehmerInnen und SchülerInnen, die Einrichtung von Kinderhorten in Betrieben und Armenvierteln, mehr Gesundheitsposten und bessere Trinkwasserversorgung verstanden. Mit einem Sozialpakt will sich die Regierung für circa acht Monate Ruhe auf dem sozialen Gebiet verschaffen, um die Aufgabe der Sanierung einfacher realisieren zu können. Spannend ist, ob ein solcher Sozialpakt, der bisher von Arbeitgebern und ArbeitnehmerInnen noch nie verhandelt wurde, wirklich Verhandlungssache wird, oder ob er lediglich als Instrument benutzt wird, um Zustimmung von ArbeitnehmerInnenseite für Regierungsmaßnahmen zu erkaufen. Kürzere Fristen zur Anpassung der Mindestlöhne an die Inflationsrate sowie der Einsatz unbestechlicher Arbeitsinspektoren könnten eine Nagelprobe für den Sozialpakt sein. Die fehlende Flexibilität von Regierenden und Unternehmern kann den Sozialpakt allerdings auch zu einer Farce machen. Die fortschrittlichen Gewerkschaften haben ihre Teilnahme abgesagt, u.a. aus Furcht, die Regierung damit zu stabilisieren. In privaten Gesprächen sagen sie jedoch, daß ihnen nicht ganz klar sei, ob der Sozialpakt wirklich nur eine Farce ist.

Die Effektivierung und Modernisierung des Staatsapparates ist notwendig, und sie wird unter besseren Voraussetzungen in Angriff genommen als während der christdemokratischen Amtsperiode, da bei einer Parteienkoalition eine parteiinterne Korruption nur eingeschränkt möglich ist. Eine sanierte und damit schlagkräftigere Administration kann besser Interessenseinflüssen traditioneller Kräfte widerstehen. Allerdings können (hier unterstellte) gute Absichten durchaus von bürokratischen Eigeninteressen, einwirkenden oligarchischen Interessen und fehlendem politischen Willen torpediert werden.

Die Position der Guerilla

Interessanterweise macht die bewaffnete Widerstandsbewegung URNG Modernisierungsvorschläge, die sich, wenn man ihre Kommuniqués aufmerksam liest, von verschiedenen fundamental-oppositionellen Positionen früherer Zeiten unterscheiden. Im Kommuniqué vom 28.7.90 beschreibt sie Reformschritte, die durchaus (sozial-) bürgerlicher Provenienz sein könnten. Ende Juli 1990 (ein Monat vor dem Treffen mit dem Unternehmerverband CACIF) äußerte sich die URNG in einem Kommuniqué zu wirtschaftlichen Alternativ-Vorschlägen sehr moderat und erwähnte das Thema Bodenbesitzreform als aktuelle Forderung nicht. Dieses Treffen, bei dem die moderneren Unternehmenssektoren leicht dominant waren, endete ohne eine gemeinsame Erklärung, aber die beiden vom Unternehmerdachverband CACIF und URNG abgegebenen Erklärungen hatten in weiten Passagen eine ähnliche Tonlage, ohne daß allerdings grundlegende Diskrepanzen verleugnet wurden. Seitens der bewaffneten Opposition haben Demokratisierung und Entmilitarisierung oberste Priorität. Hierunter sind drei Aspekte zu fassen. Die Verringerung der 55.000 Mann-Armee, auch ein regionaler Imperativ, nachdem das sandinistische Volksheer auf etwa 28.000 Soldaten reduziert wurde. Die Auflösung der Bürgerwehren/Zivilpatrouillen, mit denen die Militärs Kontrolle über die Zivilbevölkerung ausüben, und die Auflösung der Militärzentren (z.B. die Geheimdienstabteilung), die u.a. durch den Notstandsartikel 138 der Verfassung gedeckt sind. Einhergehen muß dies mit der Reform des Justizsystems.

Die skizzierten Veränderungen fanden in ersten direkten Verhandlungen zwischen der Regierung und der URNG am 24. und 25. April 1991 in Mexiko-Stadt ihren Niederschlag. Bemerkenswert ist, daß der neunköpfigen Regierungsdelegation fünf hohe Offiziere unter Leitung des stellvertretenden Generalstabschefs Edgar Godoy angehörten. Bislang hatten die Militärs stets betont, daß sie nicht mit der Guerilla verhandeln. Das Mexiko-Treffen endete mit einem gemeinsam unterzeichneten Abkommen und mit einem neuen Termin für weitere Verhandlungen.

Der Ausspruch von Jorge Serrano Mitte Mai 1990, damals noch Mitglied der Versöhnungskommission, ist allem Anschein nach nicht nur rhetorische Übung gewesen: „Es ist für beide Seiten nicht möglich, einen Waffenstillstand zu akzeptieren, ohne vorher die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Aspekte eines Friedensabkommens zu regeln."

Albrecht Schwarzkopf
Christliche Initiative
Romero (Münster)

"Die Cholera stellt unsere Armut bloß"

Interview mit Roberto López Linares

Roberto López Linares arbeitet seit über 10 Jahren in Nichtregierungsorganisationen in Chimbote, die sich primäre Gesundheitspflege in den städtischen Elendsvierteln zur Aufgabe gemacht haben. Zur Zeit leitet er die Coordinadora de las ONG para la emergencia contra el cólera, die Koordinationsstelle der NGOs zum Choleranotstand.

Frage: In welcher Art und Weise hat die Wirtschaftspolitik von Präsident Fujimori das Leben der armen Bevölkerungsschichten beeinflußt?

López: Die Wirtschaftspolitik der gegenwärtigen Regierung sucht die "Wiedereingliederung" Perus in den internationalen Finanzkreislauf, weshalb sie sich verpflichtet fühlt, die bekannten Rezepte des IWF anzuwenden: Reduzierung des Defizits im Staatshaushalt durch Entlassung von Staatsbediensteten, Verringerung sozialer Dienste (Gesundheit, Erziehung)... Auf der anderen Seite erdrosselt die Öffnung des Binnenmarktes für die ausländische Industrie die nationalen Hersteller mit der Folge einer Rezession, die sich in Massenentlassungen und Fabrikschließungen widerspiegelt. Also mehr Arbeitslosigkeit, mehr Armut. Schließlich haben der Schock vom 7. August (z.B. die 30fache Erhöhung des Benzinpreises) und die kontinuierlichen "Anpassungsmaßnahmen" die Kaufkraft der Bevölkerung noch stärker sinken lassen, insbesondere die der ärmsten. Die Adjustment-Politik hat enorme soziale Kosten. Es ist möglich, daß wir im Augenblick niedrigere Inflationsraten haben als noch vor einem Jahr. Aber für die Mehrheit der Bevölkerung stellt sich dieser "Erfolg" der Wirtschaftspolitik aus der Perspektive eines erbärmlichen Subsistierens dar.



Die Armen leben vom Müll der Städte
Foto: Haroldo Horta/WOZ

Welches sind die wichtigsten Gesundheitsprobleme der Bevölkerung vor und neben der Cholera?

Die Choleraepidemie addiert sich zu den schweren Gesundheitsproblemen der Bevölkerung, die es vorher schon gab und die weiterbestehen. Die anderen Durchfallerkrankungen, die auf die miserablen hygienischen Bedingungen zurückzuführen sind, töten jährlich ca. 14.000 Kinder. Die akuten respiratorischen Erkrankungen - leicht vermeidbar durch bessere Lebensbedingungen - sind die Haupttodesursache der Kinder. Die kindliche Unterernährung in den armen Bevölkerungsschichten ist dramatisch und betrifft in einigen Elendsvierteln 40% der Kinder von 0 bis 5 Jahren. Die Tuberkulose war in den letzten Jahrzehnten ständig auf dem Vormarsch, die Malaria, von der man schon geglaubt hatte, sie unter Kontrolle zu haben, ist bis in die Außenbezirke der Hauptstadt vorgedrungen. Schließlich ereignen sich die Hälfte der Todesfälle im Alter von 0 bis 14 Jahren. Und die Haupttodesursachen sind die Krankheiten der Armut.
Es ist wichtig darauf hinzuweisen welches die Ursachen sind, die diese Gesundheitsprobleme verursachen: In Peru leben 52% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze und 26% unter dem absoluten Existenzminimum. Neuere Untersuchungen der Vereinten Nationen zeigen, daß 45% der peruanischen Bevölkerung unter Bedingungen extremer Armut lebt. 50 % der städtischen Bevölkerung hat kein fließendes Trinkwasser, im Falle der Landbevölkerung sind es 85%. Unter diesen Umständen ist die Häufigkeit der Erkrankungen und deren oft tödlicher Verlauf in Peru einfach zu verstehen, so auch das Auftreten von Epidemien wie der Cholera.

Wie ist die gegenwärtige Situation der Cholera in Chimbote?

Man kann sagen, daß die Epidemie in Chimbote jetzt unter Kontrolle ist. In den ersten Februartagen wurden täglich bis zu 900 Neuerkrankungen registriert, die bis zu Ende des Monats Februar auf 400 sanken. Gegenwärtig treten 5 bis 20 neue Fälle täglich auf. Insgesamt werden offiziell 18.000 Fälle (bis April) angegeben mit 69 Toten. Auf nationaler Ebene wurden 177.103 Cholerafälle berichtet und

1288 Verstorbene (7.5.91). Es ist bemerkenswert, daß in einer Stadt wie Chimbote die Epidemie in so kurzer Zeit (3 Monate) unter Kontrolle gebracht werden konnte. Dies ist das Ergebnis einer außerordentlichen Kraftanstrengung gerade der ärmsten Schichten, die trotz erheblicher wirtschaftlicher und sanitärer Einschränkungen Hygienemaßnahmen zur Vermeidung einer weiteren Übertragung der Krankheit ergriffen haben. Dieser populäre Kraftakt steht in krassem Gegensatz zur Gleichgültigkeit der staatlichen Behörden (Stadtverwaltung und SEDA, die Wasser- und Abwasseradministration), die nichts für eine Verbesserung der sanitären Umstände in Chimbote tun.
Die sanitären Bedingungen, unter denen die Mehrheit der Bevölkerung lebt, lassen voraussehen, daß die Cholera in diesem Gebiet endemisch wird. Allein in Chimbote haben mehr als 3.000 Familien weder Trinkwasser noch Abwasserentsorgung noch eine Müllabfuhr. In den ländlichen Zonen der Provinz ist es noch schlimmer.
Die Irrationalität eines vor allem auf Heilung ausgerichteten Gesundheitswesens kommt in einer solchen Situation klar zum Ausdruck. Das Gesundheitsministerium hat allein bis Mitte April schätzungsweise 60 Millionen Dollar ausgegeben, um die Epidemie zu bekämpfen. Folgerung: Es ist teurer, eine Epidemie zu bekämpfen als Verbesserungen einzuführen, die sie verhüten.

Wie funktioniert die Versorgung der Cholerapatienten? Wer behandelt die Patienten (Staat, Kirche, NGOs)? Gibt es ausreichend Infusionslösungen, Antibiotika, usw.?

Die Versorgung fast aller Patienten geschieht durch die öffentlichen Gesundheitseinrichtungen, einschließlich dem IPSS, der Sozialversicherung. Die kurative Versorgung war, von anfänglichen Schwierigkeiten abgesehen, gut und wurde von Fachleuten durchgeführt. Dies muß hervorgehoben werden trotz widriger Umstände in den Krankenhäusern, wie fehlende Betten und miserable hygienische Verhältnisse. Es gab Augenblicke, da war die Versorgung mit Infusionslösungen und Antibiotika knapp, dennoch ist es nie zu dramatischen Engpässen gekommen. Das gilt für Chimbote und die anderen Städte an der Küste, wo die Straßenverbindungen gut sind. Ganz anders sieht es in den ländlichen Zonen aus, wie zum Beispiel in Cajamarca. Dort gibt es keine Gesundheitseinrichtungen, die erfolgreich einem solchen Ansturm von Patienten gewachsen wären. Deshalb war dort auch die Mortalität außerordentlich hoch.
Hier muß insbesondere die positive Rolle betont werden, die die promotoras de salud, die Basisgesundheitshelferinnen, gespielt haben. Sie haben erfolgreich die Patienten angeleitet, sofort mit der oralen Rehydrierung zu beginnen und sie dann an eine Gesundheitseinrichtung überwiesen.

Welches war der Effekt der Cholera auf die allgemeine wirtschaftliche und soziale Lage in Chimbote. Fischfang und Verarbeitung sind doch der wichtigste Wirtschaftszweig, und Fisch ist als Überträger der Cholera in Verruf geraten...

Die Nachricht, daß der Fisch infiziert sei, hat zu einem erheblichen Rückgang der Produktion geführt. Dies gilt sowohl für den industriellen Fischereisektor (Konserven und Fischmehl) als auch für die einzelnen Fischer, die für den direkten menschlichen Verbrauch produzieren (pesca artesanal). Die Exportmärkte schotteten sich gegen peruanischen Fisch ab, und im Inland hörten die Leute auf, Fisch zu essen. Die Exportverluste werden auf 700 Mio bis 1 Mrd Dollar geschätzt, bei einem gesamten nationalen Exportvolumen von 3 Mrd Dollar. Das Ergebnis war eine große Zunahme der Arbeitslosigkeit im Fischereisektor, besonders bei den Fischern.
Es muß aber betont werden, daß die Cholera nur die tiefgreifenden Widersprüche eines "wilden" Kapitalismus (capitalismo "salvaje") zum Vorschein gebracht hat, der sich einen Dreck um die Lebensbedingungen der Arbeiter schert. Die miserablen Löhne zwingen sie, unter erbärmlichen Bedingungen zu leben, die das Auftreten von Epidemien wie der Cholera begünstigen. Die jetzigen Verluste der Fischindustriellen sind das Produkt ihrer eigenen Irrationalität.

Worin besteht die Arbeit der Koordinationsstelle der Nichtregierungsorganisationen für den Choleranotstand?

Die Coordinadora ist entstanden als unmittelbare und pragmatische Antwort auf die Epidemie, die Ende Januar dieses Jahres hier ihren Ausgang genommen hat. Wir haben zwei Arbeitsbereiche ausgewählt, die uns zur Kontrolle einer solchen Epidemie von größter Wichtigkeit erscheinen: Gesundheitserziehung und Umwelthygiene. Auf der einen Seite hat die Aufklärung der Bevölkerung durch massive Informationskampagnen zum Schutz von Individuum und Familie zu Zeiten einer solchen Epidemie einen beträchtlichen Effekt - trotz der Armut, trotz der Schwierigkeit, diese Hygienemaßnahmen anzuwenden, wo es kein fließendes Wasser, keine Kanalisation und keine Müllabfuhr gibt. Doch ist es auch wichtig, die Umwelthygienemaßnahmen selbst zu unterstützen: Wasserchlorierung, Latrinenbau, öffentliche Zapfstellen bis hin zu der politischen Forderung nach dem Ausbau von Leitungsnetzen.
Nachdem das Schlimmste vorüber war, haben wir uns insbesondere der organisatorischen Stärkung der Bevölkerung zugewandt, die sie in die Lage versetzten soll, bessere sanitäre Bedingungen zu erreichen.

Was tut die Coordinadora in solchen Elendsvierteln, wo Trinkwasserversorgung und Kanalisation kurz- und mittelfristig keine realistischen Ziele sind?

Bedauerlicherweise müssen wir hier für zeitlich begrenzte Zwischenlösungen eintreten, um die Ausbreitung der Cholera zu verhindern. So ist es notwendig, billige und einfache Mittel zu finden, um die Versorgung mit Trinkwasser von guter Qualität zu ermöglichen ("Gemeinschaftstanks"), das Beziehen des Wassers von anderen Quellen (z.B."versiegelten Brunnen"), die Errichtung von Familien- oder Gemeinschaftslatrinen. Begreift man diese Maßnahmen als temporär, so ist es notwendig daß die organisierte Bevölkerung die Verantwortlichen in die Pflicht nimmt, permanente Lösungen in Angriff zu nehmen.

Was können wir oder was müssen wir bei uns in der BRD tun, um ein Verständnis einer gesundheitlichen Krisensituation in der Öffentlichkeit zu erreichen, das tiefer greift als die Betroffenheit über "aktuelle Katastrophen"?

In Ländern wie Deutschland oder der Schweiz ist es wichtig, auf verschiedenen Ebenen tätig zu werden, um eine grundlegende Verbesserung der Beziehungen zwischen der Ersten und der Dritten Welt zu erreichen. Zunächst einmal sollten die Regierungen ihre Hilfe in solchen Bereichen konzentrieren, die einen Einfluß auf die Lebensbedingungen der Bevölkerung haben. Zum Beispiel haben wir hier in Chimbote ein wunderschönes Regionalkrankenhaus, das mit deutscher Hilfe gebaut wurde (1976-1980). Es kann nicht mit voller Kapazität arbeiten, weil der Staat kein Geld hat, es zu betreiben. Wir wissen alle, daß Investitionen in Trinkwasser, Kanalisation, Wohnungsbauprogramme eine größere Wirkung auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung gehabt hätten.
Darüber hinaus muß ein Bewußtsein dafür geschaffen werden, daß die Gesellschaften der Ersten Welt viel ihres Wohlstands den ungleichen Beziehungen verdanken, die sie mit der Dritten Welt hergestellt haben. Es muß ein Bewußtsein dafür hergestellt werden, daß Peru seine Auslandsschulden nicht zurückzahlen kann. Sie zu bezahlen hieße, unsere Zukunft zu opfern. Außerdem muß klar werden, daß die Verschuldung benutzt wird, um Länder wie Peru in eine wirtschaftliche Dynamik hineinzuzwingen, die die reichen Länder und Multis begünstigt.

Das Interview führte Christopher Knauth

Entstehungsgeschichte einer Seuche

Im Februar 1991 begann die lateinamerikanische Choleraepidemie in der nordperuanischen Hafenstadt Chimbote. Es heißt, die ersten beiden Opfer seien zwei asiatische Seeleute gewesen, die auf einem Reisfrachter vor Chimbote lagen. Chimbote war 1941 ein Fischerdorf mit nur 4.000 Einwohnern. Seine urbane Entwicklung und Unterentwicklung sind eine Folge der Integration des Landes in den Weltmarkt und beispielhaft für viele Städte in Lateinamerika. Der II.Weltkrieg führte zu einem sprunghaften Anstieg der Nachfrage nach dauerhaften Lebensmitteln, insbesondere Konserven. Daraufhin entstanden in Chimbote die ersten (Fisch-) Konservenfabriken. Noch heute gehen 75% der hergestellten Konserven in den Export. Der Beginn einer industriellen Entwicklung ließ Chimbote zum Zielpunkt einer zunehmenden Land-Stadt-Migration werden. Chimbote wurde zu der am schnellsten wachsenden Stadt Perus. Zwischen 1956 und 1960 begann der "Fischmehlboom". Die wirtschaftliche Entwicklung Europas, der USA und Japans nach dem Krieg ließ dort eine Nachfrage nach Fischmehl als Viehfutter entstehen. So, wie die Weltmarktpreise verschiedener in Lateinamerika abgebauter Metalle am Londoner Markt festgesetzt werden, so bestimmen Hamburg und Bremen den Preis für Fischmehl. Der Fischmehlboom machte Chimbote 1964 zum "ersten Fischereihafen der Welt" (Marquezado,López, 1988). 1957 entstand auch das Stahlwerk von Sider-Peru und gab den Migrationsströmen einen neuen Impuls; es beschäftigte 1960 2.000 Arbeiter in einer Stadt von zu diesem Zeitpunkt 60.000 Einwohnern. Heute wird die Einwohnerzahl auf über 250.000 geschätzt. Die Mehrheit lebt in aus Landbesetzungen entstandenen Elendsvierteln (Pueblos Jóvenes).

Die planlose Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und das chaotische Wachstum von Industrie und Stadt haben kaum behebbare Folgen für Gegenwart und Zukunft ihrer Bewohner. Durch Überfischung verschwanden Thunfisch und Bonito. Daraufhin wurden Sardinen und andere eigentlich zum menschlichen Konsum bestimmte Arten der Fischmehlproduktion zugeführt. Die Ansiedlung der Fabriken rund um die Bucht von Chimbote und die unkontrollierte Einleitung fischmehlhaltigen Abwassers in die Bucht hat zu deren "Umkippen" mit allen seinen ökologischen Folgen geführt. Auch die menschlichen Abwässer werden, sofern überhaupt eine Kanalisation existiert, ungeklärt in die Bucht eingeleitet. In ganz Peru gibt es keine Kläranlage. Die Luftverschmutzung durch die Fabriken mit eiweißpartikelhaltigem Wasserdampf ist eine Quelle respiratorischer und allergischer Erkrankungen. Paradoxerweise sind die niedrigen Löhne und die saisonale Instabilität der Arbeit in den Konservenfabriken, die hohe Zahl an Arbeitslosen und Unterbeschäftigten der Grund für den Eiweißmangel in der Ernährung der Bevölkerung Chimbotes. Unterernährung, eine hohe Kindersterblichkeit und die hohe Zahl an Lungenentzündungen, Durchfall und Tuberkulose sind die Folge.

Die Elendsviertel, in denen mehr als die Hälfte der Bevölkerung Chimbotes lebt, bestehen aus einfachen Strohhütten. Auch in jenen Vierteln, wo diese im Laufe von Jahren durch Steinhäuser ersetzt wurden, fehlt es an fließendem Wasser und einer Abwasserentsorgung. Hier wird das Trinkwasser von einem Tankwagen gebracht - Die Ärmsten trinken das teuerste Wasser. Die Cholera hat sich schnell in Chimbote und von dort auf das ganze Land ausgebreitet. Zu den Lebensbedingungen der Bevölkerung und hygienischen Verhältnissen kommt, wie man heute weiß, daß die Cholera-Vibrionen auch im Chitinpanzer von Schalentieren und im Salzwasser überleben. Fisch und Meeresfrüchte sind Überträger der Krankheit. Das peruanische Nationalgericht cebiche (roher Fisch mit Limonen) geriet zur vermeintlichen Henkersmahlzeit.

Nach der Aufnahme der kommaförmigen Bakterien (Vibrionen) durch den Mund dauert es in der Regel wenige Stunden bis zu 5 Tagen, bis der Mensch schwer erkrankt. Die Vibrionen setzen einen Giftstoff frei, der den Darm dazu zwingt, Salze aus dem Körper hinauszutransportieren und damit Wasser in großen Mengen auszuscheiden. Cholera ist ein dramatisch verlaufender Durchfall. Ein Kranker kann an einem Tag bis zu 20 Litern Flüssigkeit verlieren. Es kommt zur Austrocknung des Körpers, die unbehandelt rasch zum Tode führt. Einzig der schnelle und ausreichende Ersatz der verlorenen Flüssigkeit und Salze kann den Kranken retten. Erst in den '60er Jahren wurde eine Methode gefunden, die beim Auftreten wässriger Durchfälle diesen lebensrettenden Flüssigkeitsersatz unter einfachen Bedingungen ermöglicht: die orale Rehydrierung, die Gabe von Zucker-Salz-Lösungen durch den Mund. Allerdings verläuft die Cholera so dramatisch und so schnell, daß in vielen Fällen die Gabe großer Mengen intravenöser Infusionen notwendig ist.

Anders als bei "unspezifischem Durchfall", der Haupttodesursache von Kindern in der Dritten Welt (4.5 Millionen Tote Kinder jedes Jahr auf der Welt, 40 jeden Tag in Peru), bei denen Antibiotika als überflüssig und gefährlich anzusehen sind (Knauth 1983;WHO 1990), ist ihr Einsatz bei Cholera durchaus sinnvoll. Sie vermindern die Dauer der Erkrankung und können die Ausscheidung der Vibrionen durch den Patienten bekämpfen. Allerdings erst in zweiter Linie: lebensrettend ist allein der Flüssigkeitsersatz. Es gibt auch eine Impfung, deren Wirksamkeit unsicher und zeitlich begrenzt ist. Sie ist ungeeignet für Impfkampagnen.

Die klinische Medizin war es jedoch nicht, die den Sieg über die Cholera in Europa ermöglicht hat. Moderne Antibiotika, die therapeutische Antwort auf bakterielle Infektionen, wurden erst Mitte dieses Jahrhunderts gefunden, zu einem Zeitpunkt also, als die Cholera längst aus Europa verschwunden war. Ausschlaggebend waren vielmehr Erkenntnisse über Ursachen und Art der Ausbreitung der Epidemie, die der Arzt John Snow Mitte des 19. Jahrhunderts in London gewann, die entsprechenden Konsequenzen daraus (sauberes Trinkwasser, Abwasserentsorgung), sowie die Verbesserung der sozialen Lage der Bevölkerung und der allgemeinen Lebensumstände.

Christopher Knauth

Literatur:

Knauth, Ch.1983, Wider besseres Wissen, Die Geschäfte der Pharmamultis mit dem Durchfall, blätter des iz3w, Nr. 113, Freiburg: iz3w

Marquezado H, López, R. 1988, Canon Pesquero para Ancash Chimbote: Instituto de Promoción y Educación Popular

WHO, 1990, The rational use of drugs in the management of acute diarrhoea in children Geneva



Ausgrenzung von rechts bis links

Flüchtlinge, Asylrecht, Einwanderung - Schlagworte einer innenpolitischen Diskussion und Auseinandersetzung, die seit mehr als zehn Jahren zum Dauerbrenner geworden ist - ein Ende ist nicht abzusehen. Seit fünf Jahren wird über diese Fragen auf europäischer Regierungsebene diskutiert mit dem Ziel, den Zuzug von Menschen aus anderen Ländern zu kontrollieren und zu begrenzen. Motor für diese Verhandlungen sind nicht die Flüchtlingsschicksale oder die Situation in ihren Herkunftsländern, sondern die Sorge um die Stabilität der Systeme in den Metropolen, die Aufrechterhaltung des Status Quo, der es den Menschen in den Metropolen ermöglicht, ein im Vergleich mit den Peripherien sorgenfreies Leben zu leben.

Aber auch bei den Opponenten der herrschenden restriktiven Ausländer- und Asylpolitik wurde die Entwicklung der letzten zehn Jahre zum Anlaß genommen, über Alternativen zu diskutieren und Strategien gegen die Abschottung zu entwickeln. Ein griffiges Konzept konnte allerdings bislang nicht entwickelt werden. Die Ansätze der unterschiedlichen Gruppen sind zu verschieden, um eine schnelle Einigung, die für einen erfolgreichen Widerstand vonnöten wäre, zu erzielen. Immerhin reicht das Spektrum von Sozialdemokraten über Kirchen und Wohlfahrtsverbände bis zur radikalen Linken; von den verschiedenen Einwanderer-, Exil- und Flüchtlingsorganisationen ganz abgesehen. Durchgesetzt hat sich die Erkenntnis, daß die im Zusammenhang mit den o.g. Schlagworten auftretenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen nicht mechanisch aus ökonomischen Verhältnissen abgeleitet werden können, sondern aus einer Vielzahl von ideologischen, kulturellen und ökonomischen Faktoren zusammengesetzt sind. (...) Und: Antirassismus ist zur Zeit immer gegen einen großen, wenn nicht den größten Teil der Bevölkerung gerichtet, agiert deshalb auch immer aus einer Minderheitsposition. Auch diese Erkenntnis setzt sich langsam gegen die Auffassung durch, daß Rassismus die Domäne einiger weniger Spinner und Faschisten ist. Auf jeden Fall ist davon auszugehen, daß das Thema Flucht und Asyl für einen riesigen Teil der Menschheit zum alles bestimmenden Element wird. Was wir gegenwärtig erleben, sind die Vorboten der Völkerwanderungen des nächsten Jahrtausends.

Die UNO hat in der Genfer Flüchtlingskonvention die (subjektiv) begründete Furcht vor Verfolgung zum grundlegenden definitorischen Kriterium für die Flüchtlingseigenschaft gemacht. Demgegenüber ist nach Art. 16 GG sowie des Asylverfahrensgesetzes die objektive Beurteilung der Verfolgungsgefahr Grundlage für die Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft eines Menschen. Das hat zur Folge, daß die Beweislast faktisch den Flüchtlingen übertragen ist, eine in der Praxis nur schwer zu erbringende Anforderung. Weitergehender ist die Flüchtlingsdefinition der OAU von 1969, die explizit auch Krieg und Bürgerkrieg und die daraus resultierenden Flüchtlingsbewegungen in ihrer Konvention benannte. Die mittelamerikanischen Staaten haben sich mit der Cartagena-Erklärung von 1984 dieser Definition angeschlossen.
Allen Konventionen auf internationaler Ebene ist aber gemeinsam, daß sie nicht rechtsverbindlich sind, was die Aufnahme und Anerkennungspraxis von Flüchtlingen angeht. Auch auf nationaler Ebene gibt es in der Regel keinen Rechtsanspruch auf Asyl. Die vielgerühmte Ausnahme BRD mit dem im GG verbrieften Rechtsanspruch auf Asyl ist keine, weil durch die eingeschränkte Definition des objektiv Verfolgten sowie durch Einschränkungen des Asylverfahrensgesetzes nicht einmal alle Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention als asylberechtigt anerkannt werden. Viele von ihnen leben hier als sogenannte de-facto-Flüchtlinge ohne rechtliche Absicherung, ohne Zukunft. Schutz vor Verfolgung degeneriert so weltweit trotz anderslautender Vertragstexte und Konventionen zum generösen Willkürakt. De jure keinen Schutz vor Verfolgung erhalten die sogenannten Massenflüchtlinge, also Kriegs- und Bürgerkriegs- sowie Umweltflüchtlinge. Für sie wird je nach Bedarf und Dringlichkeit ein Notprogramm aufgelegt, das in der Regel jahrelanges Dahinvegetieren in riesigen Lagern bedeutet.

Der UNHCR hat in einer programmatischen Erklärung die Schwerpunkte seiner Arbeit in drei Stufen kategorisiert:

- erstens die freiwillige Rückkehr
- zweitens die Eingliederung der Flüchtlinge im Erstasylland (in der Regel in der Herkunftsregion)
- drittens die Umsiedlung in ein Drittland.

Zwar betonen die Mitarbeiter des UNHCR bei jeder Gelegenheit, daß die Prioritätensetzung aus rein humanen Gesichtspunkten erfolgt ist, und die Betonung bei der ersten Lösung auf "freiwillig" liegt, faktisch läßt sich jedoch nicht bestreiten, daß diese Prioritätensetzung bedeutet, daß für die unter UN-Mandat stehenden Flüchtlinge ein Entkommen aus der "Region ihrer Qual" kaum mög-

lich ist. Für die nicht unter UN-Mandat stehenden Flüchtlinge sieht es eher noch düsterer aus.



Das Modell Deutschland ...

Die Bundesregierung hat unter Berufung auf die UN-Prinzipien im vergangenen Jahr den Entwurf einer Flüchtlingskonzeption unter dem Titel 'Flüchtlingsproblematik, bisherige und neue Lösungsansätze, insbesondere Rückführungsprogramme' vorgelegt, der die humanistischen Absichten dieser UN-Mitarbeiter konterkariert. (...) Innenminister Schäuble beklagt, daß Rückkehrförderungsprogramme für Flüchtlinge in den Industriestaaten nicht existieren und unterstellt dem UNHCR wohl nicht ganz zu Unrecht, daß dieser den Verbleib der Flüchtlinge in Westeuropa für die Aufnahmeländer für zumutbar hält. (...)

Was die Bundesregierung aber unter einer aktiven, konstruktiven Flüchtlingspolitik versteht, wird in der Konzeption unverhohlen ausgeführt. Zunächst werden die Flüchtlinge in der Bundesrepublik zahlenmäßig kategorisiert:

- sehr viele Wirtschaftsflüchtlinge
- viele Gewaltflüchtlinge
- eine relativ kleine Zahl von politisch Verfolgten.

Den sogenannten Wirtschafts- und Gewaltflüchtlingen wird sodann pauschal der Status als Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention aberkannt, was schlicht falsch ist, aber erneut den Umgang der Bundesregierung mit dieser von ihr ratifizierten Konvention dokumentiert. Weiterhin unterscheidet die Bundesregierung zwischen europäischen Wirtschaftsflüchtlingen und nichteuropäischen Gewalt-, Wirtschafts- und Elendsflüchtlingen.

Aber auch unter den nichteuropäischen Flüchtlingen differenziert die Bundesregierung weiter in sogenannte bedrohte Gewaltflüchtlinge, Wirtschaftsflüchtlinge, die in der Bundesrepublik ein besseres Leben in materieller Hinsicht suchen und Wirtschaftsflüchtlinge, die Elendsflüchtlinge sind, deren Zahl aber in der Bundesrepublik relativ klein sei.

Diese zahlenmäßige Einteilung und Qualifizierung in Flüchtlinge mit berechtigtem und unberechtigtem Anliegen ist willkürlich und durch nichts zu belegen. Gründe für diese perfide Klassifizierung von Flüchtlingen liegen in den Absichten der Bundesregierung, wie mit den verschiedenen Menschen umzugehen ist.

Erstens will man die nach eigenem Bekunden weltweit relativ kleine Zahl der politisch Verfolgten nach der Definition des Grundgesetzes weiterhin aufnehmen.

Zweitens will man die Abschottung gegen die Einreise von Flüchtlingen nicht so weit treiben, daß die ökonomischen Interessen der BRD gefährdet sind. "Die Bundesrepublik kann und will den Besucher- und Touristenverkehr aus den osteuropäischen Ländern nicht einschränken. Sie hat im Gegenteil ein politisches Interesse daran, diesen Verkehr zu erleichtern und zu fördern." Somit ist der Rahmen für den Umgang mit dem Personenverkehr zwischen der BRD und den Ländern des ehemaligen Ostblocks abgesteckt. Hierfür dürfte vor allem das starke Interesse der BRD, sich die Märkte dieser Region einzuverleiben, verantwortlich sein. Und Märkte werden u.a. erschlossen, indem man es Menschen ermöglicht, in der Bundesrepublik einen Schaufensterbummel zu machen. Aber auch hier sollen Restriktionen den sogenannten "Asylmißbrauch" stoppen: Abgelehnten und abgeschobenen Asylbewerbern aus den Ländern des ehemaligen Ostblocks wird zukünftig nebst ihren Familien die Wiedereinreise nicht gestattet.

Drittens schlägt das Konzept für die Drittweltflüchtlinge einen Plan der sogenannten Regionalisierung vor. Dies mit Ausnahme der "politisch Verfolgten", wie ich oben bereits erwähnte. Im Rahmen dieses Plans wird zunächst einmal festgestellt, daß es für die Bundesrepublik ein Nichteinwanderungsprinzip gibt, an dem aus übergeordneten Gründen (der Staatsräson) festgehalten werden müsse.

... wird transparent

Die Bundesregierung kann sich der Kritik an ihrer menschenverachtenden Asylpolitik (in den Begriffen der Bundesregierung: "ungerechtfertigte Kritik") ihrer Meinung nach nur dadurch entziehen, daß sie den Flüchtlingen eine sogenannte Perspektive in einem anderen Land bietet. Die verschiedenen Rückführungsprogramme (REAG) sind aus Sicht der Bundesregierung nicht erfolgreich genug gewesen, weshalb die zweite Säule der UN-Prinzipien verstärkt für Rückführungsprogramme aus den Metropolen in Länder der Region genutzt werden soll.

Pervers wird die Interpretation der Bundesregierung von der dritten Säule der UN-Prinzipien: "Vor allem könnten südamerikanische aber auch afrikanische Länder in diese Überlegungen einbezogen werden. Geeignet wären insbesondere große Flächenstaaten mit dünner Besiedlung und großem Kapitalbedarf zur Entwicklung einer leistungsfähigen Infrastruktur und Volkswirtschaft. Auch Länder, die nach ihrer Konstitution oder Staatsdoktrin polyethnisch verfaßt sind, könnten sich zur Aufnahme von Flüchtlingen geeignet erweisen." Bereits einmal in der Geschichte hat sich eine "deutsche Regierung" mit dem Plan befaßt, Millionen von Menschen auszusiedeln; es waren die Faschisten mit ihrem Plan, die Juden nach Madagaskar zu deportieren (wenn England geschlagen ist). Auch wenn heute die Drohung mit Massenvernichtung nicht im Raume steht, ist ein solcher Plan an Menschenverachtung kaum zu überbieten. Es fehlte nur noch als Begründung, daß das Urbarmachen entlegener Wüstengebiete durch exportierte Flüchtlinge auch unter ökologischen Gesichtspunkten sinnvoll sei... Den Kostenvorteil, den dieses Programm böte, scheut sich die Bundesregierung jedenfalls nicht, in dem Programm zu erwähnen.

Es gibt neben diesen regierungsoffiziellen Positionen noch die u.a. von Heiner Geißler oder der "Wirtschaftswoche" vorgetragene Position, daß die Bundesrepublik allein schon aus bevölkerungspolitischen Gründen (die Deutschen sterben aus) langfristig auf Arbeitskräfte aus anderen Ländern angewiesen sei. Diese beiden Positionen widersprechen sich durchaus nicht. Im neuen Ausländergesetz ist das Instrumentarium für solche "Arbeitskräftewanderungen" bereits angelegt. Der gegenwärtige Bedarf soll jedoch aus europäischen Ländern gedeckt werden und, was vielleicht wichtiger ist, die Beschäftigung in der BRD soll nicht zu "Aufenthaltsverfestigungen" führen, weshalb der Einreiseweg über das Asylrecht massiv beschnitten werden soll.

Wir sind mit der Situation konfrontiert, daß die Folgen der hemmungslosen Ausbeutung der Welt, soweit sie sich in meßbaren Flüchtlingsbewegungen widerspiegeln, von den Metropolen ferngehalten werden. Bereits heute sind die in die Staaten Europas einreisenden Flüchtlinge überwiegend aus relativ wohlhabenden Schichten, weil sich andere die notwendigen, teuren Fluchthilfeorganisationen nicht leisten können. Ausnahmen gibt es nur zeitweise und dort, wo durch Arbeitsimmigration bereits nennenswerte Teile der Bevölkerung aus Ländern stammen, die heute Flüchtlingsbewegungen produzieren, wie das Beispiel der Kurden aus der Türkei zeigt. Aber auch diese "Lücken" werden geschlossen, wie in diesem Fall v.a. durch die Einführung des Visumszwangs für minderjährige Alleinreisende.

Die aufgezeigten Programme oder auch der Einsatz amerikanischen Militärs in Südkurdistan zur Repatriierung kurdischer Flüchtlinge zeigt die Marschroute der metropolitanen Flüchtlingspolitik. Drittweltländer werden notfalls unter Waffengewalt gezwungen werden, 'ihre' Flüchtlinge zurückzunehmen, ungeachtet der Ursachen für die Fluchtbewegungen. Zudem müssen wir in unsere Ausgangsüberlegungen miteinbeziehen, daß die übergroße Mehrheit der Bevölkerung in unseren Ländern dieser Politik zustimmt, wenn sie nicht sogar eine noch härtere Gangart fordert. Hierbei spielt es keine Rolle, ob die härtere Gangart die Behandlung von bereits im Land lebenden Flüchtlingen betrifft oder ob es sich um Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Einreise handelt.

Einwanderungsgesetz oder 'Grenzen auf'?

Dieser allgegenwärtige Rassismus hat seine Wurzeln nicht, wie vielfach behauptet, in aktuellen sozialen Konflikten oder Arbeitslosigkeit. Sicherlich können solche Situationen den akuten Ausbruch rassistischer Gewaltakte befördern - der Rassismus ist indessen schon vorher da und sehr viel weiter verbreitet, als gerade wir uns einzugestehen bereit sind. Die Selbstverständlichkeit, mit der von Flüchtlingen, aber auch anderen ImmigrantInnen erwartet wird, sich den kulturellen Gepflogenheiten des Aufnahmelandes unterzuordnen und anzupassen, ist weit verbreitet - auch unter Linken oder fortschrittlichen Menschen. (...) Diese Haltung ist rassistisch, weil sie die bevorzugte Teilhabe an den Reichtümern dieser Welt für die 'weiße Rasse', die es wie 'Menschenrassen' allgemein nicht gibt, für selbstverständlich erklärt und nicht als Produkt einer Geschichte der Unterdrückung, Versklavung und Vernichtung. Die Flüchtlinge sind in der Tat der sichtbare Beweis dafür, daß es diese Geschichte gegeben hat, und jeder Versuch, sie von den Reichtümern dieser Welt fernzuhalten, ist die Fortsetzung der Geschichte ohne jeden Bruch. Das Recht, an diesen Reichtümern teilzuhaben, ist unbestreitbar ein Menschenrecht und jedes Knüpfen dieses Rechtes an eine bestimmte Hautfarbe, Sprache, Nationalität oder Kultur ist Rassismus.

Auch wenn eine Reihe pragmatischer Gründe z.B. bei den GRÜNEN im letzten Jahr für ein Aufflammen der Diskussion um ein 'fortschrittliches' Einwanderungsgesetz gesprochen haben mögen - immerhin würde dies die Situation der Eingewanderten verbessern und die germanisch-rassische Staatsdoktrin und das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht untergraben - so kann dies doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Forderung nach einem Einwanderungsgesetz von



allen seinen Verfechtern verbunden worden ist mit einer Quotierung oder Kontingentierung der Einwanderung. (...) Die Anmaßung einer Quotierung ist Rassismus, weil sie implizit anerkennt, daß es hierzulande so etwas wie die 'Grenze des Zumutbaren', der 'Belastung' oder der 'Aufnahmefähigkeit' gibt. Diese Behauptung ist reine Suggestion! Der Grund für diese Position ist, daß man zwischen Flensburg und Berchtesgaden auch zukünftig 'deutsch' sein will, Millionen Steuergelder für Rüstung ausgibt, und das Elend dieser Welt nicht zur Kenntnis nimmt (im günstigsten Fall).
Der vermeintliche 'Realismus', der in der Diskussion um die Kontingentierung immer wieder als Triebkraft für diese Vorschläge benannt wird, ist reine Imagination, weil 'realistisch' die Durchsetzung eines Einwanderungsgesetzes mit keiner der etablierten Parteien zu haben ist. Zu fest steht die Staatsdoktrin, daß die BRD kein Einwanderungsland ist. Um die zu kippen, braucht es erstmal eine Menge an Bewegung und hiermit ist nicht 'die Mundbewegung grüner Parlamentarier gemeint. (...) Die Diskussion um Einwanderungsgesetz und Kontingentierung ist meines Erachtens geprägt von der Illusion, daß an dieser Frage mit den Herrschenden in diesem Land ein Kompromiß zu erzielen wäre. Die Bereitschaft 'Kontingentierungen' in die entsprechenden grünen Konzepte aufzunehmen, ist eine Vorleistung an die Regierenden ohne jede Gegenleistung. Zudem bedeutet dies auch, daß die Protagonisten dieser Konzepte sich zumindest tendenziell vom Kampf gegen die deutschtümelnde Staatsdoktrin verabschiedet haben, obwohl ich durchaus sehe, daß ein Bestandteil dieses Gesetzesvorschlages auf ideologischer Ebene einen Angriff gegen diese Staatsdoktrin darstellt. (...)

Gibt es Perspektiven?

Man kann heute meines Erachtens nur Ansätze benennen, deren Weiterentwicklung es bedarf, und eine Reihe von Problemen im Auge behalten, die uns auch in Zukunft begleiten werden. Es steht der Vorwurf im Raum, daß die radikale Kritik an den 'realpolitischen Vorschlägen' sich sehr leicht auf eine Position wie 'Offene Grenzen', 'Diplomatenpässe für alle' o.ä. zurückzieht, mit der man zwar nichts Falsches sagt, aber auch nie in die Verlegenheit kommt, so ein Projekt mal praktisch zu realisieren.

Prinzipiell müssen wir uns die Fähigkeit erhalten, Kritik an den Verhältnissen zu üben - und wenn diese Kritik prinzipiell ist, dann sollte sie auch so vorgetragen werden können. Wer die Realpolitik so weit treibt, daß er quasi zum 'Mittäter' wird, der beraubt sich gerade dieser Möglichkeit. Andererseits sehe ich durchaus Möglichkeiten für 'Realpolitik'. Diese sind aber nicht im großen Wurf zu haben, sondern Ergebnisse von Kleinarbeit. Hier mal eine Beratungsstelle oder ein Zentrum, dort ein Aufenthalt o.ä.. Außerdem findet gerade am Thema Flüchtlinge eine die gesamte Gesellschaft erfassende und prägende Debatte statt, in der unsere Position faktisch nicht zum Tragen kommt. Wer hat denn republikweit gegen die antiislamische Propaganda im Zusammenhang mit dem Golfkrieg opponiert? Weltweit war "der islamische Fundamentalist", "der Orientale" zum Verbrecher gestempelt und wurde auch so behandelt. Da gibt es für uns einige Arbeit, die erst noch erledigt werden muß, bevor wir mit der Regierung über Quotierungen verhandeln.(..)

Rolf Rehtmeyer

Dieser Beitrag ist die gekürzte Fassung des Eingangsreferats zum 15. BUKO am 9.5.1991 in Köln. Referent war Rolf Rehtmeyer vom Hamburger Arbeitskreis Asyl. Der vollständige Text kann bei der Redaktion (gegen 5.-DM in Briefmarken) angefordert werden. Es fehlt der Teil über die 'grenzenlos asylfeindliche Politik der EG'. Hierzu verweisen wir auf unser Heft Nr. 169 (Nov. 1990): "Festung Europa".

LehrerInnenseminar "Rüstungsexport und 'Dritte Welt' im Unterricht"

4.-6. Oktober 1991
Kurhotel Strandhof Tossens
(Nordsee, Nähe Bremerhaven)
Teilnehmerbeitrag: 60.-DM;
Fahrtkosten werden erstattet
Anmeldung bis 31.7.91 und
Informationen bei:
BUKO-Kampagne gegen
Rüstungsexporte
Buchtstraße 14/15, 28 HB 1
0421/326045

Ein Seminar über Menschenrechte im „Maschrek"

Menschenrechte im Maschrek" (arabischer Osten) war das Thema eines Seminars, das die Friedrich-Naumann-Stiftung zusammen mit amnesty international vom 26.-28. April '91 in Gummersbach veranstaltete. Ca. 40 TeilnehmerInnen kamen zu dem Seminar, das sich inhaltlich an eine Veranstaltung über den "Maghreb", also die westarabischen Länder einschließlich Libyen, aus dem vergangenen Jahr anschloß.

Nicht ganz einsichtig war angesichts der aktuellen Ereignisse die Auswahl der besprochenen Länder: Syrien, Jordanien, Libanon, Israel-Palästina. Mensch hätte gern mehr Einzelheiten über die Lage in Kuwait oder im Irak erfahren.

Im allgemeinen Teil ging es um den Stand der Menschenrechtsdiskussion in den arabischen Ländern. Carsten Jürgensen unterstrich in seinem Referat die geringe Bereitschaft der arabischen Länder, die UN-Menschenrechtskonventionen zu unterzeichnen. Die arabische Menschenrechtscharta, ausgearbeitet von den 22 Mitgliedstaaten der arabischen Liga, liegt bisher in zwei Entwürfen von 1970 und 1979 vor, wurde jedoch wegen innerarabischer Querelen nie endgültig verabschiedet. Die Menschenrechtserklärungen der Islamischen Weltkonferenz und des Islamischen Rates ließen "zentrale Inhalte der allgemeinen Menschenrechtserklärungen weg", meinte Jürgensen. Dabei geht es hauptsächlich um die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Religionsfreiheit. In allen arabischen Ländern basiert das Personenstandsrecht bis heute auf der Scharia, dem islamischen religiösen Recht. Obwohl die Verfassungen der Länder oftmals gleiche Rechte für Mann und Frau und Freiheit der Religionsausübung vorsehen, ist die Scharia bestimmend für den Alltag. Einige arabische Länder greifen auch im Strafrecht (wieder) auf die Scharia zurück.

Seit Beginn der 90er Jahre bilden sich in den arabischen Ländern zunehmend Menschenrechtsgruppen, gegründet meist von Rechtsanwälten oder Akademikern. Diese "Menschenrechtsvereine" sind mit westlichen Organisationen wie ai (amnesty international) zu vergleichen, knüpfen auch bewußt an deren Arbeit an, gehen aber darüber hinaus. In den diktatorisch regierten arabischen Ländern, wo oppositionelle Politik unterdrückt wird, sind diese ideologisch unbelasteten Gruppen oftmals der einzige Ort, wo frei die eigene politische Meinung geäußert werden kann. Die ägyptische Sektion der bedeutenden Arabischen Menschenrechtsorganisation (Arab Organization of Human Rights, AOHR) ist ein gutes Beispiel. Hier sind Nasseristen, Marxisten, Islamisten und zahlreiche Liberale vertreten - eine seltene Kombination.

Bezeichnenderweise begann die AOHR ihre Arbeit außerhalb der arabischen Welt. Das Verbindungsbüro befand sich jahrelang in Genf, gegründet wurde die Organisation unter starken Sicherheitsvorkehrungen 1983 in Limassol auf Zypern. Die AOHR war die erste gesamtarabische Menschenorganisation, heutzutage hat sie Verbindungsbüros in nahezu sämtlichen arabischen Ländern. 1986 wurde unter ihrer Schirmherrschaft in Sizilien von 70 arabischen Intellektuellen die sog. Siracus-Menschenrechtserklärung verabschiedet, die absolute Gleichheit und Freiheit (u.a. in Bezug auf die Religionsausübung) vorsieht.

Die Organisation befaßt sich wie amnesty international mit konkreten Fällen, gibt eine Zeitschrift heraus sowie Jahresberichte und zahlreiche Presseerklärungen und lanciert Kampagnen, zuletzt für die Freilassung politischer Gefangener 1989/1990. Wie amnesty kämpft die AOHR gegen die Folter und für die Anwendung rechtsstaatlicher Mittel. Anders als ai setzt die AOHR sich auch für solche Gefangene ein, die Gewalttaten begangen haben und spricht sich nicht ausdrücklich gegen die Todesstrafe aus.

Die Tatsache, daß immer mehr islamistische Gruppen die Einhaltung von Menschenrechten fordern, damit aber eine islamische Gesellschaftsordnung meinen, löste unter den TeilnehmerInnen heftige Diskussionen aus. Man suchte vor allem Möglichkeiten einer Grenzziehung zwischen der bürgerlichen Opposition, die sich in islamischen Begriffen äußert und jenen Gruppen, die die Menschenrechtsdiskussion für ihre totalitären Machtziele vereinnahmen wollen. Diese und andere Fragen waren in der kurzen Zeit allerdings kaum zu beantworten.

Die Arbeitsgruppen befaßten sich mit der Lage der Menschenrechte in einzelnen arabischen Ländern. Die Arbeit im Libanon sei besonders schwierig, meinte die Journalistin Christina Erck. Schwache staatliche Strukturen, die Herrschaft der Milizen und der jahrelange Bügerkrieg hätten die Situation unüberschaubar gemacht. Auch über Syrien, wo die Menschenrechte tagtäglich aufs Grausamste verletzt werden, gibt es kaum verläßliche Informationen. 1990 machte die syrische Regierung einer Delegation von amnesty international "höfliche Zugeständnisse", um dann nichts mehr von sich hören zu lassen. In Bezug auf Israel wurden die völkerrechtswidrigen Deportationen von Palästinensern und die wochenlange Ausgangssperre während des Golfkriegs hervorgehoben.

In Jordanien hingegen scheint derzeit Tauwetter zu herrschen. Ein jordanischer Teilnehmer berichtete, das politische Klima sei zur Zeit freier denn je, es gibt Zeitungen und Publikationen aller politischen Richtungen, politische Organisationen können sich frei betätigen. Seit Ende 1989, als die Jordanier zum ersten Mal nach über 20 Jahren Königsherrschaft ein Parlament wählten, sei Jordanien zunehmend liberaler geworden, erklärte auch eine Vertreterin von amnesty international. Die (meist palästinensischen) politischen Gefangenen sind fast sämtlich freigelassen worden, die Reiseverbote für unliebsame politische Gegner wurden abgeschafft. Kritisiert allerdings wurde, daß in Jordanien nach wie vor das Kriegsrecht und die Notstandsgesetze in

Kraft sind. Immer noch wird für politische Gegner die Verwaltungshaft angeordnet, die nach gut britischer Tradition auch in den israelisch besetzten Gebieten angewandt wird. Die Administrativhaft wird direkt vom Geheimdienst verfügt, der/die Gefangene hat keinen Anspruch auf Außenkontakt, einen Rechtsanwalt oder Familienbesuche. Da die Administrativhaft nach der Freilassung von neuem angeordnet werden kann, veschwinden Menschen manchmal für Jahre ohne Prozeß hinter Gittern.
Die Abschaffung des Kriegsrechts war in Jordanien schon im letzten Jahr diskutiert worden, ebenso wie der Entwurf der neuen jordanischen Verfassung, die im Herbst dieses Jahres verabschiedet werden soll. Der Golfkrieg habe das Land politisch lahmgelegt, meinte die Vertreterin von amnesty international. Die ai-Vertreterin goß noch mehr Wasser in den Wein: Ende Februar wurden zwei jordanische Luftwaffen-Majore wegen Hochverrats im jordanischen Swara-Gefängnis hingerichtet. Zwar seien tausende politische Gefangene freigelassen worden, doch gleichzeitig habe man zahlreiche Angehörige militanter Gruppen verhaftet, über deren genauere Umstände noch nichts bekannt sei. Dennoch: Der jordanische Geheimdienst ist dem Parlament unterstellt worden, was auf eine politische Öffnung hindeutet.
Nicht nur die katastrophale Wirtschaftslage und das fortgesetzte UNO-Embargo machen es derzeit schwierig, die Entwicklung der Menschenrechtssituation in Jordanien vorauszusagen. Es ist auch unklar, welche politischen Ziele die Moslembrüder verfolgen. Sie waren bei den Wahlen 1989 als stärkste Gruppe ins Parlament gezogen und haben seit Anfang dieses Jahres Schlüsselministerien inne: unter anderem Bildung und Erziehung, Justiz und Landwirtschaft.
Das Thema Menschenrechte in den arabischen Ländern ist nicht nur eine Tagung wert: Im November 1991 wird im Portugiesischen Sintra, wiederum veranstaltet von der Naumann-Stiftung, ein Symposium stattfinden, zu dem vorwiegend arabische TeilnehmerInnen erwartet werden. Wer sich für das Thema Menschenrechte interessiert, sollte den weiten Weg nicht scheuen.

Martina Sabra

Ethnofilme in Freiburg

Vom 30.4. bis 5.5 1991 fand in Freiburg das vierte EthnologInnenfilmtreffen statt. Ziel der VeranstalterInnen war es dabei, einen Beitrag zur "filmischen Auseinandersetzung mit den Kulturen der Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas" zu leisten.

Im diesjährigen Filmforum setzten die VeranstalterInnen gleich mehrere Schwerpunkte: Es gab Retrospektiven von zwei wichtigen Dokumentarfilmern, John Marshall (USA) und Mani Kaul(Indien). Weiterhin standen filmische Portraits von den Ethnologen Claude Levi-Strauss, Marcel Griaule und Jean Rouch auf dem Programm sowie neue ethnologische Filme, bei deren Vorführung die AutorInnen anwesend waren.

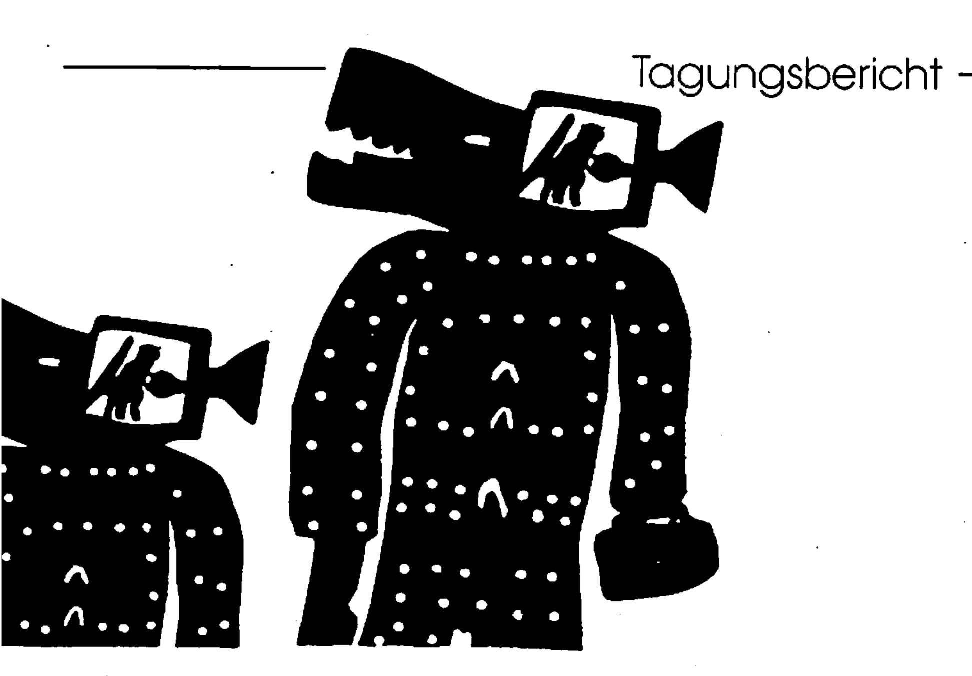
Die Dokumentarfilme von Mani Kaul spalteten die BesucherInnen des Filmforums in zwei Lager. Während die einen von der Ästhetik der Filme schwärmten, vermißten die anderen eindeutige inhaltliche Aussagen; Mani Kaul betreibe reine Filmkunst, seine Filme hätten mit der indischen Wirklichkeit wenig zu tun und richteten sich auch in Indien nur an Oberschichtskreise.
Auch tauchte die Frage auf, inwieweit EuropäerInnen solch harsche Kritik an indischen Filmemachern äußern sollten, ohne sich zuvor sehr intensiv mit der Lebenswirklichkeit und Kultur des Filmschaffenden auseinandergesetzt zu haben.

Die zweite Retrospektive des diesjährigen Ethno-Filmforums war dem amerikanischen Filmemacher John Marshall gewidmet. Marshall, der seit über 40 Jahren Filme dreht, kam eher zufällig zu diesem Beruf: Bei einem längeren Südafrikaaufenthalt Anfang der fünfziger Jahre kam sein Vater, angeregt durch das örtliche Völkerkundemuseum, auf die Idee, mit der ganzen Familie Studien über eine in der Kalahari lebende Gruppe von Wildbeutern (Ju/wasi), den Tshu-Khwe zu betreiben. "Ich mußte jeden Tag raus und irgend etwas filmen;" erzählt John, "egal was, spielende Kinder, Männer und Frauen bei irgendwelchen Arbeiten, eine kranke Person." Eine ethnologische Ausbildung besaß niemand in der Familie. Als Richtlinie diente einzig eine 'Checkliste anthropologischer Forschung' von George Murdock. Doch selbst damit wußte John Marshall damals nicht viel anzufangen.
Die Marshalls arbeiteten mit Übersetzern und versuchten, eine Art Bestandsaufnahme des Lebens und der Kultur der Tshu-Khwe zu erstellen. "Es gab dabei kein Drehbuch. Die Filme entstanden eher zufällig". Nicht zufällig dagegen sind die vielen Filme über die Jagd, die John Marshall gedreht hat:"Ich habe viele Aspekte des Lebens der Ju/wasi vernachlässigt und mich oft auf die Jagd konzentriert. Ich war ein junger Typ und die Jagd hat mich fasziniert".

Später begann John längere Filme zu drehen, die er "dramatische Erzählungen" nennt. Für diese Filme hat er bestimmte Szenen früherer Aufnahmen zusammengeschnitten und in eine andere Reihenfolge gebracht, so daß daraus eine 'Geschichte' entstand. "Es ist klar, daß diese Filme mehr über mich aussagen, als über die Leute, die ich gefilmt habe."

Stück für Stück ändern sich die Beziehungen Marshalls zu den Ju/wasi, was sich auch auf seine Filmarbeit auswirkt. Er beginnt, Ethnologie zu studieren, reist immer wieder für mehrere Monate in die Kalahari, lernt !Kung, die Sprache der Ju/wasi und versucht, durch veränderte Kameraführung (viele Naheinstellungen, 'Mitgehen' der Kamera) eine Art 'teilnehmendes Filmen' zu erreichen. Ob ihm das gelungen ist, muß eher bezweifelt werden. "Es kommt zu wenig über die Leute 'rüber, Marshall hat sie einfach abgefilmt", so der Tenor der KritikerInnen.

1958 ist es für John Marshall zunächst



einmal mit dem Filmedrehen in Südafrika vorbei. Der südafrikanischen Regierung waren Filme über "ethnische Minderheiten" ein Dorn im Auge und sie erklärt Marshall zur 'Persona non grata'. Zwanzig Jahre lang darf er nicht in Südafrika einreisen, verfolgt aber mit großem Interesse die dortigen Entwicklungen. In den USA dreht er Dokumentarfilme und arbeitet sein umfangreiches Material von früheren Reisen zu den Ju/wasi auf.

1978 kehrt er nach Südwestafrika zurück, um den Film "N!ai, the story of a !Kung woman" zu drehen. In diesem Film gibt Marshall anhand des Porträts einer Ju/wa-Frau eine ausführliche Darstellung des Lebens der Ju/wasi in Vergangenheit und Gegenwart. In der Vergangenheit - "Bevor die Weißen kamen" - war es vom Zyklus der Jahreszeiten und Wanderungen geprägt, Anbau, Sammeln von Früchten und Insekten, Viehhaltung und Jagd sicherten das Überleben. 1978, als der Film fertiggestellt wurde, sah die Lebensrealität der Ju/wasi völlig anders aus: Die Klassifizierung nach Rassen durch die südafrikanische Regierung sah für die als 'Buschmänner' deklarierten Menschen weder Landbesitz noch Wasserrechte vor. 90% ihres Landes war von der Regierung beschlagnahmt worden. Sie lebten in slumähnlichen Reservaten und waren von Nahrungsmittelhilfe und schlechtbezahlten Jobs abhängig.

Diese Problematik wollen John Marshall und seine Mitarbeiterin Claire Ritchie bis heute an die Öffentlichkeit bringen und so "die heile Welt der Buschmenschen" als Mythos entlarven:
"Wir wollen die Wahrheit zeigen, daß die Ju/wasi enteignet worden sind, daß sie in Slums leben und nicht genug zu essen haben, daß die Sterberate sehr hoch ist. Das ist die Wahrheit. Und nicht, daß sie in harmonischer Idylle in der Kalahari leben. Für unseren Film sollten die Ju/wasi nicht ihre Kleidung gegen traditionelle Lederschurze tauschen und statt Anbau zu betreiben, jagen gehen. Solche Filme werden zwar Dokumentarfilme genannt und die Zuschauer glauben, daß die Leute wirklich so leben, aber das ist nicht die Wahrheit. Dieser Mythos tötet."

John Marshalls Engagement für die Ju/wasi beschränkt sich nicht auf das Filmen. Zusammen mit Claire Ritchie organisierte er Pressekampagnen und rief eine Stiftung für die Ju/wasi ins Leben, die "Ju/wa-Bushmen-Foundation".
Mit Hilfe dieser Stiftung erhielten die Ju/wasi materielle Unterstützung, aber auch Hilfe bei der Verteidigung ihrer Rechte gegenüber den südafrikanischen Behörden.

Sein starkes Engagement und seine in Freiburg geäußerten kritischen Ansichten über ethnographische Filme lassen sich nur schwer mit den während des Filmforums von ihm gezeigten Filmen in Übereinstimmung bringen: Es waren allerdings hauptsächlich ältere Filme Marshalls zu sehen, von denen er sich inzwischen teilweise selbst distanziert. Neue Filme sind zwar in Arbeit, finanzielle Engpässe verhinderten aber bis jetzt ihre Fertigstellung.

rw

Literatur aus Indonesien

Mit drei Romanen indonesischer Autoren wollen wir einen Einstieg in die Literatur dieses südostasiatischen Landes vermitteln. Zu Beginn steht eine kurze Biographie des bekanntesten indonesischen Autors

Pramoedya Ananata Toer oder Pram, wie er in Indonesien kurz genannt wird, gilt als der bedeutendste zeitgenössische indonesische Schriftsteller. Er ist inzwischen 66 Jahre alt und verbrachte viele Jahre seines Lebens im Gefängnis. Bereits unter holländischer Kolonialherrschaft inhaftiert, wiederholte sich die staatliche Repression unter Sukarno, dem ersten Präsidenten im befreiten Indonesien und unter dessen Nachfolger Suharto.
Heute lebt er in einem Kampung (dörfliches Viertel) Jakartas unter Stadtarrest, d.h. er darf nicht reisen, nicht wählen und muß sich einmal im Monat bei der örtlichen Polizei melden. Es wird ihm seine führende Rolle bei LEKRA, einer der kommunistischen Partei nahestehenden Kulturorganisation vorgehalten, und es wird ihm der Vorwurf gemacht, marxistisch-leninistische Ideen zu verbreiten.
Seine Bücher werden meist wenige Wochen nach Erscheinen verboten. Trotzdem wird geschätzt, daß - dank der zahlreichen Fotokopierläden in Indonesien - mehr als eine halbe Million Kopien unter der Hand kursieren. Er hat mit seinem Werk inzwischen Weltruhm erreicht, erhielt 1988 den Preis des amerikanischen PEN-Club "Freedom to Write" und gilt als Kandidat für den Literaturnobelpreis.
Während der Zeit, die Pram als Zwangsarbeiter auf der Insel Buru verbringen mußte, erzählte er seinen Mitgefangenen die Geschichte des jungen Minke, der als Kind einer adeligen Familie die holländische Schule besuchen darf, aber danach immer mehr in die nationale Unabhängigkeitsbewegung hineinwächst. Erst einige Jahre später wurde Pram die Möglichkeit gegeben, seine Erzählung aufzuzeichnen. Nach seiner Freilassung wurden diese "Bücher der Insel Buru" in Indonesien veröffentlicht und erlebten einige Auflagen, bis sie 1981 verboten wurden.
1984 legte die Übersetzerin Brigitte Schneebeli unter dem Titel "Garten der Menschheit" den ersten Band dieser Tetralogie von Pramoedya Ananata Toer vor (Rowohlt Taschenbuchverlag).
Im Jahre 1990 erschien nun der zweite Band "Kind aller Völker", wieder in der Übersetzung von Brigitte Schneebeli, in dem der Ich-Erzähler Minke seine politische Bewußtwerdung schildert. Der erste Band hatte damit geendet, daß Minkes junge Frau Annelies, Tochter eines Plantagenbesitzers und seiner javanischen Konkubine von ihren holländischen Verwandten per Gerichtsbeschluß nach Holland verbracht wurde. Minke und seine Schwiegermutter sehen sich weiteren Anfeindungen der kolonialen Gesellschaft ausgesetzt, und das Vertrauen Minkes in die europäische Kultur und Zivilisation wird schwer erschüttert. Er nimmt die Unterdrückung seines Volkes durch das Kolonialsystem immer deutlicher wahr und wird sich seiner Aufgabe als Journalist, der bis dahin immer in der Sprache der Kolonialherren geschrieben hatte, bewußt. Mit diesem Roman gelingt es Pram, ein anschauliches aber auch packendes Bild von der kolonialen Situation auf der Insel Java der Jahrhundertwende zu zeichnen. Klar und einfühlsam konturierte Charaktere bestimmen die Handlung: Minke, der durch den gewaltsamen Verlust seiner Frau beginnt, seine eigene Situation, aber auch die gesellschaftliche und politische Lage in seinem Land neu zu verstehen. Seine Schwiegermutter, die mit Zähigkeit und Mut versucht, sich der Ungerechtigkeiten der Kolonialgesellschaft zu erwehren. Der Maler Marais und der Journalist Kommer, die zwar Mitglieder dieser Gesellschaft sind, gleichzeitig aber Minke dazu drängen, in der Sprache seiner Landsleute und damit für sie zu schreiben. Der Roman ist eine gut und gradlinig erzählte Geschichte, die ohne viele literarische Raffinessen auskommt. Sie kann und will ihren ursprünglichen Zweck, nämlich die Gefangenen auf Buru an langen Abenden zu unterhalten und ihnen politische und historische Bildung zu vermitteln, nicht verleugnen. Mit diesen Eigenschaften kann sie auch dem deutschen Leser Einblicke in die moderne indonesische Gesellschaft und ihre Entstehung in der Zeit der Unabhängigkeitsbewegung vermitteln, so daß man gespannt sein kann, was der dritte Band bringen wird, der noch für dieses Jahr angekündigt ist.
Bei dessen Herausgabe sollten aber die Ungenauigkeiten bei der Übersetzung und der sonstigen editorischen Betreuung (z.B. Druckfehler, Anmerkungen, Glossar) vermieden werden, die bei "Kind aller Völker" störend wirken.

Pramoedya Ananta Toer, Kind aller Völker, aus dem Indonesischen von Brigitte Schneebeli, Luzern: Strom Verlag 1990, 43,80 DM.

"Ich weiß, daß es keinen wahrhaft freien Menschen gibt. Von der einen Fessel entbunden, schließt sich schon die nächste. Freiheit ist nicht mehr als ein vorübergehendes Lösen von Fesseln - ein flüchtiger Moment." Dieser resignativen Erkenntnis des Vaters, der am Spieltisch für kurze Zeit von seinem Kummer, seiner Langeweile, seinem Unglück befreit ist, will Hardo, die Hauptfigur in "Spiel mit dem Leben", ebenfalls von Pram, nicht zustimmen. Er hat sich zusammen mit einigen Kameraden entschlossen, gegen die Unterdrückung seines Volkes zu kämpfen, sich gegen die japanische Herrschaft, die nahtlos den holländischen Kolonialismus ablöste, aufzulehnen. Nun wird er von den Japanern gejagt und ist sich seines Lebens nicht mehr sicher. Die gesamte Handlung des Romans spielt im Jahre 1945, am Ende der japanischen Kolonialherrschaft in Indonesien und erstreckt sich über weniger als 24 Stunden. Obwohl sich wenig ereignet, gelingt es dem Autor, eine ungeheure Spannung aufzubauen. In den Dialogen Hardos mit den anderen Romanfiguren erhält der Leser ganz allmählich Aufschluß über die Zusammenhänge. Aufgrund des Verrats durch Karmin, ursprünglich einem Mitstreiter der Untergrundkämpfer, und dessen Kollaboration mit den Japanern, müssen Hardo und seine Kameraden untertauchen. Sie halten sich in Höhlen versteckt und ziehen als Bettler durch die Gegend. Eines Tages zeigt sich Hardo in der Nähe des Hauses seines zukünftigen Schwiegervaters, des Lurah (=Dorfbürgermeister). Die beiden begegnen sich am Straßenrand und der Lurah versucht, Hardo zu überreden, mit ihm nach Hause zu kommen. Hardo lehnt ab. Schon einmal hatte sich der Lurah auf die Seite der Japaner gestellt und den Befehl gegeben, seinen Schwiegersohn zu suchen. Je mehr

der Lurah auf Hardo einredet, um so mehr vermittelt er das Bild eines Menschen, dem es nur darauf an-kommt, sich durchzulavieren, der sich gut stellt mit den Mächtigen, der die Leute, die ihm nichts mehr nützen, fallen läßt. Die beiden trennen sich, und Hardo sucht seinen Vater auf, der seit dem Weggang seines Sohnes und dem Tod seiner Frau zum Spieler geworden ist. Dieser Dialog ist ein musterhaftes Gespräch zwischen zwei Generationen; es ist trotz aller Kritik von gegenseitigem Respekt, ja von Zuneigung geprägt. Schließlich muß Hardo fliehen, da die Japaner wieder hinter ihm her sind. Es stellt sich heraus, daß sein Schwiegervater ihn erneut verraten hat. Das erfährt er am Treffpunkt der Bettler unter einer Brücke. Hier entspannt sich ein Streitgespräch mit einem Kameraden, der ihm vorwirft, zu viele Gefühle zu haben, was für den Kampf hinderlich sei: Hardo bringt nämlich Verständnis für den Kollaborateur Karmin auf, anstatt ihn wegen seines Verrats zu verdammen.

Danach kommt es zum dramatischen Höhepunkt, bei dem die Verhaftung Hardos zeitlich mit der Kapitulation der Japaner zusammenfällt. Die Verlobte Hardos findet dabei den Tod. Dieser melodramatische Schluß mag einem europäischen Leser befremdlich erscheinen, das indonesische Publikum, mit ähnlicher Dramatik aus den Schattenspielen vertraut, empfindet ihn als angemessen.

Dieser Roman ist eine einfühlsame Studie der menschlichen Psyche. Es geht darum, wie sich Menschen in Extremsituationen verhalten. Dabei wird nicht einem skrupellosen Heldentum das Wort geredet, vielmehr geht es um Menschlichkeit. Hardo versucht, dem egoistischen Streben des Lurah nach dem eigenen Wohl die Askese und Bedürfnislosigkeit entgegenzusetzen. Er verteidigt menschliche Schwächen und zeigt Verständnis für den Verräter Karmin. Hardo ist ein javanischer Held, da er zentrale Werte der javanischen Kultur lebt. Besonnenheit statt Gefühlsausbrüche, Beherrschung statt Impulsivität, Askese statt Habsucht: "Wer seine Bedürfnisse auf das Notwendigste zu beschränken weiß, der wird keine Angst kennen, vor nichts und vor niemandem."Gleichzeitig werden andere zentrale Prinzipien der javanischen Ethik, nämlich die Verpflichtung zur Respektsbezeugung und Konfliktvermeidung, hinterfragt, und es wird gezeigt, daß blinder Respekt vor Höherrangigen und der Wunsch nach steter Harmonie notgedrungen zu Kollaboration und Korruption führen.

Die bilderreiche Sprache, die guten Beschreibungen und die Dialoge, in denen Probleme wie Verrat, Unterdrückung, Befreiung thematisiert werden, machen das Buch außerordentlich lesenswert. Autobiografische Elemente und historische Ereignisse sind eng miteinander verwoben. Indonesische Lebensart und javanische Kultur prägen den Roman, und trotzdem kann sich jeder von uns ein Stück weit in den Romanfiguren wiederfinden.

Pramoedya Ananta Toer: Spiel mit dem Leben, aus dem Indonesischen von Doris Jedamski und Thomas Rieger, Reinbek 1990, Rowohlt Taschenbuchverlag, 204 Seiten, DM 10.80

Auf andere Weise erleben die Leser und Leserinnen die indonesische Gesellschaft in dem Roman "Dämmerung in Jakarta" von Mochtar Lubis. Schon 1963 geschrieben und zuerst auf Englisch veröffentlicht, konnte das Buch erst 1970 in Indonesien erscheinen. Sein Autor stammt aus Westsumatra und gehört zu den führenden Literaten seines Landes. Er wurde als Journalist und Übersetzer vor allem amerikanischer Autoren ins Indonesische bekannt. Seine politische Gegnerschaft zum damaligen Präsidenten Sukarno brachten Mochtar Lubis Haft und Hausarrest ein. Der Roman "Dämmerung in Jakarta" bedient sich der Montagetechnik, um das Leben in der Hauptstadt des gerade unabhängig gewordenen Indonesien zu beschreiben. In scharfen Schnitten werden die Vertreter der verschiedenen Schichten mit ihren spezifischen Lebensumständen gegenübergestellt: der Müllsammler Saimun hofft auf ein besseres Leben als Becakfahrer (becak-indon. Fahrradrikscha), der Unternehmer Raden Kaslan kommt durch Schiebereien zu noch mehr Geld, der kleine Beamte Sugeng läßt sich bestechen, damit er seiner Familie endlich ein angemessenes Haus verschaffen kann, der Parteichef Husin Limbara will seine Partei durch Finanzmanipulationen an der Macht halten. Es sind kurze Momentaufnahmen, die Lubis zu einem Bilderbogen zusammenfügt und damit den Lesern die Spannungen in einer post-kolonialen Gesellschaft vor Augen führt. Auch wenn der Roman zu Beginn der fünfziger Jahre spielt, hat er leider nichts von seiner Aktualität und Berechtigung verloren. Die Müllarbeiter, die aus dem Müll der Reichen ihr tägliches Überleben sichern müssen, gibt es heute genauso wie die Mächtigen,die durch Manipulation und Bestechung ihre Macht mehren. Man könnte deshalb "Dämmerung in Jakarta" genauso gut als eine Parabel auf das Jakarta der achtziger und neunziger Jahre lesen. Allein die Passagen, in denen die politischen und ideologischen Diskussionen dargestellt werden, könnten heute so nicht mehr geschrieben werden. Der ideologische Feldzug der Militärs hat alles sozialistische und kommunistische Gedankengut zurückgedrängt, nachdem die kommunistische Bewegung 1965 physisch vernichtet wurde.

Dem Verlag und dem Übersetzer ist es hoch anzurechnen, daß sie es gewagt haben, einen weiteren Vertreter der indonesischen Literatur im deutschen Sprachraum vorzustellen. Es bleibt zu wünschen, daß diese Bemühungen auf Nachfrage stoßen, und daß man in nächster Zeit mehr Werke von Lubis und auch die Werke anderer indonesischer Autoren, die noch auf ihre deutschsprachige Entdeckung warten (Iwan Simatupang, Sitor Situmorang u.a.), in den Regalen der Buchhandlungen finden kann.

Mochtar Lubis: Dämmerung in Jakarta, aus dem Indonesischen von Diethelm Hofstra, Bad Honnef, Horlemann 1990, 36,- DM.

Anna Grünvogel
Klaus H.-Schreiner-Brauch

"Naturerbe" Regenwald

Ein weiteres Regenwald-Buch unter vielen zu veröffentlichen, ist nur dann gerechtfertigt, wenn es Anwalt seiner Sache ist. Das heißt heute, daß es denen zum Ausdruck verhelfen muß, die sich bisher nicht oder nur wenig artikulieren konnten: die vom Ökozid direkt betroffenen Menschen und die Natur."
Mit diesem Eingeständnis liefern die Herausgeber bereits im Vorwort genügend Munition für böswillige Rezensenten. In der Tat erscheint es nach der wahren Flut von Artikeln, Aufsätzen und Büchern zur Regenwald-Problematik in den vergangenen Jahren schwierig, ein Buch zu veröffentlichen, das nicht schon längst bekanntes wiederkäut. Dennoch ist den Herausgebern, der Bielefelder "Arbeitsgemeinschaft Regenwald und Artenschutz" (ARA), genau dies gelungen.
In drei Teilen erörtern durchweg kompetente AutorInnen die ökologische und kulturelle Krise, die die Regenwaldzerstörung verursacht, Lebens- und Wirtschaftsformen im Regenwald sowie Forderungen und Strategien zur Entschärfung der Krise.
Für die Konsumgesellschaften der Industrieländer wie für lokale Profiteure reduziert sich das ökonomische Potential des Regenwaldes vorzugsweise auf dessen Holzvolumen. Heffa Schücking belegt in ihrem Aufsatz, daß der Wert der tropischen Regenwälder nach anderen als rein kommerziellen Verwertungskriterien gesehen werden muß. Würde der ökologische wie der konsumtive Wert der Regenwälder in eine volkswirtschaftliche Rechnung mit einbezogen, so würde die Bilanz zeigen, "daß die einzige ökonomisch sinnvolle Option die Erhaltung der Wälder im Naturzustand ist".
Die Umsetzung dieser zweifellos richtigen Erkenntnisse in die Praxis stößt angesichts der politischen und ökonomischen Realität der meisten Tropenwaldstaaten sehr schnell an ihre Grenzen. Naturschutzgebiete als Inseln in einem Meer von Armut haben keine Chance. Die haben sie, so Jeffrey A. McNeely, nur dann, wenn sie "Teil eines größeren regionalen Programmes zur Sicherung einer biologisch und sozial verträglichen Nutzung werden und sie entsprechende Vorteile für die örtliche Bevölkerung erbringen".
Damit bleibt die entscheidende Frage unbeantwortet: Was soll mit den Millionen von entwurzelten Kleinbauern, die nach wie vor in die Regenwälder drängen, geschehen? Solange diesen Menschen keine angemessene Alternative angeboten werden kann, können von Maßnahmen zum Schutz der Regenwälder keine großen Erfolge erwartet werden.
Leider bietet auch das vorliegende Buch keine befriedigende Antwort auf diese Frage. Immerhin beschreibt Ralf Wagner in seinem Artikel über das Öko-Landbau-Projekt "Bela Vista" in Amazonien anschaulich die spezifischen Verhältnisse und ökologischen Bedingungen, denen Lösungsansätze in diesem Bereich gerecht werden müssen.
Was die Frage der möglichen Nutzungsformen im Regenwald anbelangt, so wird von vielen Tropenwaldinitiativen als mögliche Alternative zur ökologisch unverträglichen holzwirtschaftlichen Nutzung immer wieder die Nutzung sogenannter "sekundärer Waldprodukte" (Nüsse, Heilpflanzen, Gummi etc.) vorgeschlagen. David Ehrenfeld geht in seinem Beitrag mit dieser Möglichkeit erfrischend differenziert um. Sein Fazit lautet, daß die Möglichkeit der Nutzung sekundärer Waldprodukte zwar für Wälder, die von ein oder zwei Baumarten dominiert werden, ausgesprochen sinnvoll sein kann. Für viele Regenwälder sei der Traum von Bewahrung durch weise Nutzung jedoch "wahrscheinlich nicht realistisch". Jenne de Beer beantwortet dieselbe Frage wenige Seiten später völlig anders. Für sie steht es außer Frage, daß es möglich ist, über die Nutzung sekundärer Waldprodukte zu einer "wirklich dauerhaften Nutzung der Regenwälder zu kommen".
Aufgrund fehlender Forschungserkenntnisse ist eine klare Stellungnahme zu dieser Frage wohl noch gar nicht möglich, dennoch fühlt sich der Leser hier in seiner Meinungsbildung etwas allein gelassen.
Um die potentielle Bedeutung der sekundären Waldprodukte nutzen zu können, sei es, so Jenne de Beer, unabdingbar, die traditionellen Eigentumsrechte der Waldvölker zu sichern und zu legalisieren. Dies ist, sofern man in einem Band mit Beiträgen von 18 verschiedenen AutorInnen überhaupt davon reden kann, der rote Faden, der dieses Buch durchzieht und damit wird der im Vorwort gestellte Anspruch der Herausgeber an das Buch auch erfüllt.
Insbesondere der Artikel von Chee Yoke Ling, der den Kampf der Stammesvölker Malaysias um Landrechte und Walderhaltung schildert, zeigt eindrucksvoll, daß Lösungen für die Tropenwald-Problematik den Kontext von Stammesgesellschaften und ihren Verbindungen zur natürlich Umwelt mit einbeziehen müssen.

Forderungen an die Regierungen der Tropenwaldstaaten, der Waldbevölkerung Land- und Nutzungsrechte zu gewähren, müssen dabei keine Utopien sein. Dies zeigt Peter Bunyard am Beispiel Kolumbiens. Die dortige Regierung hat den Amazonas-Indianern Eigentumsurkunden über insgesamt 18 Millionen Hektar Wald ausgestellt und offensichtlich begriffen, daß die Sicherung indianischer Kulturen und Traditionen integraler Bestandteil des Ökosystemschutzes sein muß.
Neben der Unterstützung der Waldvölker im Kampf um die Erhaltung ihres Lebensraumes muß der vorrangige Handlungsansatz der internationalen Regenwaldbewegung die Strukturen der eigenen Gesellschaft sein. Dieser Erkenntnis widmet sich der dritte Teil des Buches.
In diesem Zusammenhang habe die Regenwaldbewegung, so Thomas Fues in seinem Beitrag, bislang die Strukturen des Welthandels zu sehr vernachlässigt. Dabei fördere gerade die Politik des GATT mit seiner Ignorierung sozialer und ökologischer Aspekte der gehandelten Waren in vielerlei Hinsicht ökologisch zerstörerische Strukturen und Entwicklungen in der Weltwirtschaft. Fues fordert daher eine "grundsätzliche Neuordnung des Welthandels nach ökologischen und solidarischen Maßstäben". Im Rahmen einer neuen internationalen Handelsorganisation müßten hierzu völkerrechtlich verbindliche Standards erarbeitet werden, die die Unterbindung des Handels mit Gütern ermöglichen würden, die mit der Zerstörung wertvoller Ökosysteme verbunden sind.
Unerläßlich für eine angemessene Tropenwald-Politik wird auch die Beseitigung des gewaltigen ökonomischen Drucks sein, der derzeit auf allen Ökonomien der Tropenwaldländer lastet. Die Frage einer Lösung der Schuldenkrise ist dabei ebenso entscheidend wie die Schaffung angemessener und praktikabler Kompensationsmodelle zur Finanzierung der notwendigen Maßnahmen. Raimund Bleischwitz und Martina Etzbach stellen hierzu in ihrem Beitrag ein interessantes Modell einer Klimakonvention mit verbundenem Klimafonds vor, dessen Finanzierungsgrundlage die jährlichen Emissionsmengen von Treibhausgasen bilden sollen. "Ein solcher Fonds würde die Verursachung des Treibhauseffektes durch die Industrieländer klarstellen und zusätzliche Mittel zur Erhaltung der Tropenwälder bereitstellen."
Dabei sollte der Grundfehler der bundesdeutschen Regenwaldpolitik vermieden werden, die immer noch glaubt, Regenwaldschutz lasse sich alleine mit Geld erkaufen. Die Ratlosigkeit der Experten bundesdeutscher Entwicklungsorganisationen über die Verwendung der zur Verfügung gestellten Mittel spricht hier Bände. Ohne politische Reformen, ohne eine glaubwürdige ökologische Umgestaltung der Verschwendungswirtschaften der Industriestaaten wird die Rettung des "Naturerbes" Regenwald eine Illusion bleiben.

mk

ARA (Hrsg.),
"Naturerbe" Regenwald,
ökozid-Jahrbuch Nr. 6,
Focus-Verlag
Gießen 1990,
29.80 DM.

Arbeiterbewegung in Lateinamerika

Die "Arbeiterbewegung in Lateinamerika" ist das Ergebnis einer langjährigen Auseinandersetzung mit einem - auch in der "Soli-Szene" - vernachlässigten Forschungsgegenstand, in dem ein großer Teil der Fachliteratur zu diesem Themenkomplex aufgearbeitet wurde. So kann es nicht verwundern, wenn die Borissche Studie weniger als Lesebuch, denn als Nachschlagewerk und Grundlage intensiver Beschäftigung und Auseinandersetzung geeignet ist.
Eine Einschränkung des Forschungsgegenstandes wird von Boris dabei insoweit vorgenommen, als sein Interesse vornehmlich der städtisch-industriellen Arbeiterklasse ("alle Lohnabhängigen, die in nicht-agrarischen Sektoren, in untergeordneter Stellung mehrwertproduzierend und/oder mehrwertvermittelnd tätig sind") und den lateinamerikanischen Schwellenländern, namentlich Brasilien, Mexiko und Argentinien gilt. Den beiden letztgenannten Ländern, Forschungsschwerpunkten des Autors, sind jeweils zwei ausführliche Kapitel gewidmet, die über die Geschichte der nationalen Arbeiterbewegungen hinaus einen guten Überblick über die gesamtgesellschaftliche Entwicklung sowie die zentralen Entwicklungshemmnisse geben. Dabei nimmt die ambivalente Rolle der Gewerkschaftsbürokratie einen bedeutenden Platz ein.
Um die von einem fehlenden Klassenbewußtsein getragene, überwiegend reformistisch-staatsintegrierte Ausrichtung der lateinamerikanischen Gewerkschaften zu verstehen, müssen - so Boris - die Faktoren ihrer Konstituierung, ihre innere Struktur sowie nicht zuletzt die geschichtliche Entstehung und Entwicklung der lateinamerikanischen Staaten berücksichtigt werden.
Die Durchsetzung des Nationalstaates diente in Lateinamerika im Unterschied zu den westeuropäischen Ländern nicht der Protektion und Stärkung der einheimischen Wirtschaft, sondern der Vermittlung zwischen lokalen Verwertungsbedingungen in Bezug auf Bodenschätze und Arbeitskräfte und den Weltmarkterfordernissen.
Vor allem die sogenannten dynamischen Branchen, Automobil- , elektrische und pharmazeutische Industrie, sind in der Hand Transnationaler Konzerne (TNK) und unterliegen somit im wesentlichen deren Marktstrategien. Die Lohn- und Personalpolitik der Unternehmen wiederum ist für Umfang und Zusammensetzung der Arbeiterschaft und damit für Konfliktfähigkeit und Selbstbewußtsein einer "Arbeiterklasse" von grundlegender Bedeutung.
Für die Uneinheitlichkeit der Arbeiterklasse sind für Boris schließlich zwei weitere Faktoren von großer Bedeutung:
- zum einen die bisweilen immens hohen Lohnunterschiede zwischen traditionellen und modernen Branchen und Groß- und Kleinbetrieben sowie
- zum anderen die kontinuierliche Land-Stadtmigration, die eine gemeinsame Handlungsbasis erschwert (dies gilt zumindest für Mexiko und Brasilien). Der Autor verweist auf neue Befunde aus der Migrationsforschung, die verdeutlichen, daß die MigrantInnen das Leben in der Stadt auch bei einer unsicheren ökonomischen Lage als sozialen Aufstieg empfinden und Rückkehrwünsche verneinen.
Bedauerlich sind die genannten Einschränkungen in Bezug auf wichtige Bereiche, die nicht thematisiert werden: So fallen die weniger industrialisierten Länder des Subkontinents aus der Betrachtung des Buches heraus, obwohl gerade Bolivien ein gutes Beispiel für eine zumindest einst relativ homogene Arbeiterklasse bietet. Der Einfluß der während der bolivianischen Revolution im Frühjahr 1952 gegründeten bolivanischen Zentralgewerkschaft COB auf die Verstaatlichung der Minen und die Agrarreform verdient zumindest erwähnt zu werden.
Auch die geringe Thematisierung des informellen Sektors bleibt seiner zunehmenden Bedeutung unangemessen. Obwohl verschiedentlich das Wachstum des "Cuenta-Propismus" (Arbeiten auf "eigene Rechnung") und das Nebeneinandertreten verschiedener Beschäftigungsformen (Lohnarbeit und Subsistenzproduktion) erwähnt und ein damit einhergehender Bedeutungsverlust der Arbeiterklasse konstatiert werden, bleibt die perspektivische Bedeutung dieser Entwicklung unterbelichtet, zumal sich die zunehmende Ausdifferenzierung der Arbeitsverhältnisse auch auf die Bewußtseinsformen auswirken wird. Ohne deren Verständnis wiederum ist es unmöglich, das politische Verhalten der ArbeiterInnen und ihrer Organisationen zu begreifen. Dies sieht und thematisiert auch Boris, wobei er jedoch einer Sichtweise verpflichtet bleibt, die ein "richtiges" Bewußtsein letztlich aus der Stellung im Produktionsprozeß ableitet und somit einen eigenständigen Einfluß soziokultureller und ethnischer Orientierungen ebenso wie das Geschlechterverhältnis ausklammert.
Perspektivisch bedeutsam bleibt, das Verhältnis der Arbeiterklasse und insbesondere der Gewerkschaften als bürokratische Großorganisation zum und ihre Stellung im Kapitalismus neu zu überdenken und in seiner Widersprüchlichkeit zu akzeptieren. Für den argentinischen Fall führt Boris aus: "Die Arbeiter/Gewerkschafter fragen völlig zu Recht, warum... sie hauptsächlich die Kosten von Krise, Außenschuld und Umstrukturierung des Produktionsapparates etc. tragen sollen", während sie gleichzeitig "den Kapitalismus als solchen keineswegs negieren."

Matthias Bertsch

Boris, Dieter: Arbeiterbewegung in Lateinamerika, Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft, Marburg 1990, 386 S., DM 35,-

Offener Brief an die ARD-Fernsehredaktionen in Sachen "The Simple Truth"

Am 12. 5. 1991 wurde eine neue Runde des weltweiten Katastrophenbenefiz eingeläutet. "The Simple Truth" war das Motto für ein Rockspektakel im Wembleystadion in London, das vom NDR übertragen wurde. In den Umbaupausen wurden Videoclips und Konzertausschnitte aus den USA und Australien mit eingespielt. Dazwischen die Katastrophenwerbeblöcke: Hungernde Kinder mit großen Augen in vielfältigen Einstellungen, dazu die Kontonummern eingeblendet.

Anlaß waren das Elend kurdischer Flüchtlinge und der Menschen in Bangladesh. Seit dem Konzert für Äthopien vor sechs Jahren, mit der Hymne "We are the world, we are the children", schlagen findige Marktstrategen der großen Plattenfirmen, Fernsehstationen und einige Hilfswerke sofort zu, wenn sich eine Gelegenheit bietet, Katastrophen medial umzusetzen. An Aufklärung über die Hintergründe der Katastrophen ist bei solchen Spektakeln keiner der Beteiligten interessiert. Im Gegenteil, der Hedonismus feiert sich selbst. Die einzige Botschaft: I feel good! Das einzige Ziel: Die Sinnentleerung der Köpfe und Profit für einige Wenige.

Mit dieser Übertragung wurde klar, daß Verdummungsmechanismen immer noch perfektioniert werden können. Die Niederlage des Denkens (Alain Finkelkraut) kann nach solchen Fernsehabenden nicht von der Hand gewiesen werden.

Wir dokumentieren im folgenden einen offenen Brief des Weltfriedensdienst e.V. an die Programmdirektion des NDR. Der Text wurde von uns leicht gekürzt.

Sehr geehrter Herr Dr. Meier-Beer, sehr geehrte Redaktion

Ihr Sprecher in der o.g. Sendung hat es selbst schon vorsichtig formuliert, "wir fragen uns hier in der Redaktion auch schon, ob das eigentlich geht, ob man das machen kann, aber für die Bilder sind wir nicht verantwortlich, die kommen aus England..."

Nein, niemand ist verantwortlich, selbstverständlich nicht, wir schwören auf die gute deutsche Tradition, nur: wozu dann überhaupt eine Redaktion ? Eine völlig überflüssige Investition. Spenden Sie Ihre Gehälter lieber, aber bitte nicht an eine der in Ihrer Sendung hundertfach genannten Hilfsorganisationen, sie haben an der von Ihnen inszenierten Obszönität schon genug verdient.

1. Für die Obszönität der Sendung tragen Sie als Redaktion die Verantwortung; oder hätten Sie sich selbst dann keine andere Handlungsmöglichkeit eingeräumt, wenn wir beim Sterben ihrer eigenen Tochter oder Mutter hätten zuschauen können, Sie selbst vielleicht sogar weinend oder versteinert im Bild daneben?
Oder handelt es sich bei Menschen der Dritten Welt um irgendeine besondere Spezies, der kein menschlicher Intimbereich zusteht?
Ihr einziger Kommentar zu den Videos über die kurdischen Flüchtlinge: "Jetzt bekommen wir Bilder, vielleicht fährt die Technik mal den Ton hoch, dann können wir hören, ach ja, die Bilder kennen wir ja schon, hören wir uns aber mal die Musik dazu an..." Schubidu, Mutti, gib mal die Kekse weiter, ne mir ist schlecht. Sie wissen selbst sehr wohl, was die Obszönität ausmacht: nicht die Bilder, das Faktum des Todes an sich, es ist die bunte Benutzermischung aus Elend, Konsum und Kommerz, wobei ersteres die nachstehenden erst ermöglicht.

2. Auftritt der "Gypsy Kings": verantwortlich sind Sie für die Qualifikation des deutschen Sprechers, der es möchte, aber nicht schafft, nämlich den Namen der Gruppe ins Deutsche zu übersetzen: "die Zigeunerkönige..äh.. kann man ja eigentlich kaum noch sagen heute, äh.. also das sind die Gypsy Kings aus Südfrankreich.." Das Wort Sinti oder Roma oder vielleicht wenigstens ein weiterer Satz zu den als Flüchtlingen hier im Land herumirrenden und von Abschiebung bedrohten rumänischen Roma und Sinti kommt ihm nicht von den Lippen; er und die fernsehende Welt warten wahrscheinlich geduldig ab, bis die Katastrophe der Sinti und Roma irgendwann medienwirksam ausgebrochen ist und vermarktbar wird - was sie heute eben noch nicht ist.

3. Auftritt Whitney Houston: sie knickst artig "ich hoffe, Sie haben sich amüsiert, so wie ich es schön fand, hier mit Ihnen zu sein, God bless you.."; die Menge unter dem Roten Kreuz bewundert johlend das zweite Glitzerkleid, das Whitney uns binnen einer Viertelstunde vorführt... wen interessiert hier eigentlich Bangladesh?
Sollte jemand etwa ein schlechtes Gewissen haben, so braucht er sich keine wirklichen Sorgen zu machen, denn der Hamburger Politologe und Wirtschaftsexperte Dr. T. bringt's: "Die UNO kann da wenig machen, wenn die Diktatoren da ihre Bevölkerung unterdrücken. Aber nach Beendigung des Ost-West Konflikts können wir bessere Beziehungen mit den Staaten der Dritten Welt aufnehmen und sie dann fragen, also wollt ihr Hilfe von uns, wir binden sie jedoch an ein paar Bedingungen, d.h. Verhaltensregeln." Tja , wir hier im Norden sind gar nicht beteiligt, alles hausgemachte Katastrophen, gute Bewußtseinsarbeit, geehrte Redaktion!

4. Leider ist Ihr Fachmann für Weltwirtschaft Dr. T. nur als simpler Pausenfüller für den politischen Hintergrund zuständig: ihm ist es schwerlich anzulasten, wenn seine eher weniger mediengeübten, breit angelegten Einschätzungen platt und sogar die Dritte Welt z.T. verunglimpfend im Raum hängen bleiben, Ihnen jedoch sehr wohl, weil Sie ihn mehr als einmal nach weniger als einer Minute mitten im Wort ausknipsten, um den nächsten Star anzukündigen.
Die vage Möglichkeit, ihm trotzdem zuzuhören, wurde dadurch minimiert, daß nicht er auf dem Bildschirm zu sehen war, sondern Videos mitwirkender KünstlerInnen, die mit dem Inhalt seiner Ausführungen in keiner Weise in Verbindung standen (...). Sie dienten jedoch ohnehin nur als visueller Vordergrund, damit das Deutsche Rote Kreuz, Caritas, Diakonisches Werk und Deutsche Welthungerhilfe ihre Kontonummern dann einblenden konnten, wenn die Augen auch am Bildschirm waren und nicht in der Keksdose.

5. Daß Sinhead O'Connor in einem Aufzug erschien, wie sich die internationale Yuppiewelt ein Nomadenmädchen vorstellt: mit gewickelten Beinkleidern, eng anliegendem Kopftuch, ganz in weiß natürlich und barfuß ! (passend zu dem Video der nackten Füße im kalten und nassen Schlamm, die sich da über die Berge Richtung irgendwohin schleppten), daß sie so erschien, mit geschlossenen Augen inbrünstig "don't give up " sang (Hat es mit der Übertragung in die Zelte geklappt?), was das Publikum mit gereckten Armen und Victory-Zeichen beantwortete, nein, dafür tragen sie als Redaktion keine Verantwortung, aber Sie könnten über so viel Erfahrung verfügen, solches Geschäftsgebaren schon alsbald zu erkennen und sich zu überlegen, ob und wie sie menschlich reagieren.

6. Ja, Sie haben es geschafft: das war die mediengerechte Integration der Dritten Welt in unsere Eine Welt. Elend, Flucht, Hunger, Sterben, Korruption, die Dritte Welt eine einzige Katastrophe, endlich konsumierbar und das auch noch in der genießerischen Form eines kribbeligen Schauergefühls auf dem Ledersofa zu Hause. Ist das die zeitgemäße Version des "Tag für Afrika" oder der "Eine Welt für Alle" Woche?

Als seit über 30 Jahren entwicklungspolitisch engagierte und tätige Organisation haben wir uns wiederholt öffentlich gegen eine angebliche Sinnhaftigkeit solcher Spektakel ausgesprochen; haben dargelegt, daß und warum wir solches Vorgehen für kontraproduktiv halten: nicht nur, daß es sich - wie Sie sehr wohl wissen - um eine äußerst einseitige, weil enge und verkürzte Darstellung der Dritten Welt handelt (auch wir würden es als sehr einseitig empfinden, wenn die ausländischen Medien im Blick auf Deutschland nur Nazis und Neonazis ausmachten, oder?), die Degradierung zu hilflosen, kaum mehr menschlich zu nennenden Wesen entfernt diese aber auch sehr weit von uns und unserem möglichen Mitgefühl. Die von Ihnen gebotene Dosis reicht für Wochen, "Dritte Welt Nein Danke" ist das Ergebnis, mit dem alltäglich Flüchtlinge aus der Dritten Welt hier bei uns konfrontiert werden. Hautnah. Sie können sich gratulieren.
(...).

Weltfriedensdienst e.V.

Selbsthilfe ein Weg aus der Misere?

Die Auseinandersetzung mit der EG-Agrarpolitik und weltwirtschaftlichen Bedingungen zeigt, daß sowohl die Interessen der "Entwicklungsländer" als auch die verarmte Bevölkerung dieser Länder meist übergangen werden. Initiativen, die die Selbstbestimmung einer Entwicklung versprechen, stehen daher im Mittelpunkt des Interesses im Arbeitskreis Internationalismus, der in der Mehrzahl aus StudentInnen der Agrarwissenschaften an der Universität Hohenheim besteht. Zusammen mit der Philippinengruppe Stuttgart wurden Selbsthilfe-Aktivitäten betrachtet, die auf den Erhalt kleinbäuerlicher Existenzweisen ausgerichtet sind.

Aus dieser Zusammenarbeit entstand eine Ausstellung mit Fallbeispielen aus den Philippinen, aus Brasilien, Thailand, Burkina Faso und der Bundesrepublik Deutschland.

Die Bauernbewegung der Philippinen (KMP) als nationaler Zusammenschluß von Bauern versucht, sich mit legalen Mitteln in einem Land der Repressionen zu organisieren und politische Forderungen, v.a. eine Landreform und eine gerechte Preispolitik, durchzusetzen.

Mit dem Leitspruch "Die Erde denen, die sie bearbeiten" kämpfen die Landlosen und Kleinbauern Brasiliens für eine Agrarreform, für die gerechte Verteilung von Land, das die Grundlage für das Überleben und eine menschenwürdige Existenz darstellt.

Selbstbestimmungsgremien in den Dörfern Thailands fordern eine gemeinschaftlich kontrollierte, traditionelle Waldnutzung für einen bewußten Umgang mit der Umwelt. Gefährdet sind die Bergwälder durch die Profitmaximierung einer korrupten Regierung und internationaler Multis.

Mitte der 70er Jahre - nach schweren Dürren Anfang der 70er - ergriff in Burkina Faso der Staat Initiativen zur Bildung von Dorfgruppen. Das Ziel war, die Menschen in der Landwirtschaft zu motivieren, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen. Diesen Dorfgruppen im Spannungsfeld zwischen staatlichen und kleinbäuerlichen Interessen wird eine auf traditionellen Strukturen basierende Selbsthilfe-Organisation gegenübergestellt.

Und auch die Bundesrepublik Deutschland ist mit einem Fallbeispiel vertreten. Der "Arbeitskreis bäuerliche Landwirtschaft" (AbL), wendet sich gegen die fortschreitende Industrialisierung der Nahrungsmittelproduktion. Sein Ziel ist die Erhaltung und Wiedereinführung von bäuerlichen Strukturen, die umwelt- und sozialverträgliche Formen der Landbewirtschaftung, unter Einbeziehung internationaler Wechselwirkungen, realisieren sollen. Wer sich für die Ausstellung und/oder Begleitmaterial interessiert, wende sich an:

BUKO - Agrarkoordination, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/392526, Telefax 040/3909866.

Festung Europa

Die EG betreibt weiterhin konsequent ihre Politik der Abschottung nach außen. Während die wahren EuropäerInnen die Grenzen innerhalb der EG bald frei durchfahren dürfen, von der Fahndung nach unerwünschten AusländerInnen natürlich abgesehen, hat Spanien nun - so der offizielle dpa-Jargon - der "unkontrollierten Einreise von Bürgern der nordafrikanischen Maghreb-Staaten einen Riegel vorgeschoben." (Unkontrolliert sind lediglich die spanischen Grenzbeamten, die MarokkanerInnen bisher willkürlich zurückweisen und Bestechungsgelder erpressen). MarokkanerInnen und TunesierInnen müssen jetzt, wie schon vorher LibyerInnen, AlgerierInnen und MauretanierInnen, für die Einreise nach Spanien ein Visum beantragen. Visa bekommen nur solche BügerInnen der Maghreb-Staaten, die nachweisen können, daß sie den EG-Raum aus geschäftlichen oder beruflichen Gründen bereisen oder dort ein Studium aufnehmen. Kein Visum brauchen die 500.000 MarokkanerInnen, die in Frankreich oder anderen EG-Ländern arbeiten und die Spanien nur im Transit passieren. Ihre Arbeitskraft wird (noch) gebraucht. Spanien folgt mit diesen Maßnahmen den Bestimmungen der EG, also den Beschlüssen der zuständigen Minister der einzelnen Länder, die Angst vor der Einreise von EmigrantInnen aus den Maghreb-Staaten haben. Sie haben sich darauf geeinigt, bis zum "Gemeinsamen" Binnenmarkt 1993, die Süd- und Ostgrenzen der EG abzuriegeln. Die EuropäerInnen, die dieses Jahr Spanien zum beliebtesten Urlaubsland auserwählt haben, weil sie die die Türkei (Golfkrieg), Jugoslawien (Bügerkrieg) und Italien (schwarzes Meer) meiden, können sicher sein, unter sich zu bleiben. 500 Jahre nach dem spanischen Sieg über die Mauren geht die Ausgrenzung der Araber auch aus Europa weiter voran.

uh

Dritte Welt im Gemeinderat

Die baden-württembergischen Städte und Gemeinden sollen stärker als bisher die Probleme der Dritten Welt zu ihrem Anliegen machen. Dies forderte der Dachverband der Entwicklungspolitischen Aktionsgruppen in Baden-Württemberg (DEAB) auf seiner Frühjahrskonferenz unter dem Motto 'Global denken - kommunal handeln' vom 31.Mai - 2.Juni 1991 in Karlsruhe. Als neuen Arbeitsschwerpunkt beschloß die Versammlung, im Rahmen der 1992 anstehenden 500-Jahr Feier der Eroberung Amerikas, das Thema Kolonialismus und Neue Weltordnung aufzugreifen. Darüber hinaus bleiben Rüstungsexportstopp und Frieden in Nah-Ost wichtige Themen des DEAB und seinen über 40 Mitgliedsgruppen. Handlungsmöglichkeiten für die Kommunen sieht der DEAB im Bereich der Städtepartnerschaften mit Gemeinden in der Dritten Welt, Klimabündnissen mit indianischen Gemeinschaften zum Schutz des Regenwaldes, der Förderung von Dritte-Welt-Häusern und Weltläden und der Verankerung des Bereichs Dritte Welt in einem Ausschuß des Gemeinderates. Für Dritte-Welt-Gruppen, die in Richtung Kommunen arbeiten möchten, bereitet der DEAB eine Handreichung vor.

Weitere Informationen:
DEAB - Geschäftsstelle
Blumenstr.15
7000 Stuttgart 1
Tel.0711/24 32 35

Solidarität mit dem Südlichen Afrika

Die Werkstatt Ökonomie Heidelberg, die sich durch ihre langjährige Solidaritätsarbeit zu Südafrika bereits einen Namen auf diesem Gebiet gemacht hat, verstärkt ihr Engagement. Sie übernimmt die Redaktion und Koordination von INWASA (Informationen aus Wirtschaft und Arbeitswelt im Südlichen Afrika). Dabei handelt es sich um ein Gemeinschaftsprojekt von über zwanzig bundesweit aktiven Gruppen (von der Aktion Solidarische Welt bis zum Zimbabwe Netzwerk). Als Herausgeber treten das DGB-Bildungswerk, die Informationsstelle Südliches Afrika (Bonn) und der kirchliche Dienst in der Arbeitswelt auf. INWASA bietet folgende Dienstleistungen an:

*Den INWASA-Informationsbrief. Er bringt alle zwei Monate auf zunächst vier bis acht DIN A 4 Seiten Meldungen über die Entwicklungen im Südlichen Afrika aus den Themenbereichen Wirtschaft, Arbeitswelt, Frauen, Ökologie, Gesellschaft und Regionalentwicklung. Der Informationsdienst liegt dem Informationsbrief Südliches Afrika bei, er kann aber auch abonniert werden. Das Abonnement des INWASA-Informationsbriefes kostet jährlich 10,- DM (einschließlich Versandkosten).

*Den INWASA-Schnelldienst. Er erscheint unregelmäßig und mit wechselndem Umfang. Sie teilen INWASA mit, an welchen Themenbereichen Sie interessiert sind und werden dann regelmäßig, kostenlos und unverbindlich über das Erscheinen entsprechender Schnelldienste informiert. Die einzelnen Ausgaben der Schnelldienste können einzeln bestellt werden. Die Preise sind vom jeweiligen Umfang abhängig.

*Das Beantworten von Anfragen. Zu Wirtschaft und Arbeitswelt werden Materialien und Dossiers zusammengestellt. Grundsätzlich berechnet INWASA für eine Arbeitsstunde 25,- DM (für Institutionen 50,- DM).

*Kontaktvermittlung. INWASA vermittelt Kontakte zu Gruppen, Organisationen und Institutionen in Europa, die sich mit sozialen und wirtschaftlichen Fragen des Südlichen Afrika beschäftigen (auch Vermittlung von ReferentInnen).

Anschrift:
INWASA,
Redaktion und Koordination,
Werkstatt Ökonomie,
Obere Seegasse 18,
6900 Heidelberg,
Telefon 06221/720296

Eine Lobby für die Dritte Welt

Eine neue Form der Dritte-Welt-Arbeit möchte sie gestalten, die kürzlich gegründete "Nord-Süd-Politische Initiative German Watch". Sie möchte Lobby-Arbeit nach US-amerikanischem Vorbild betreiben. Die Mitglieder dieser Organisation wollen alternative Konzepte zur Entwicklungspolitik erarbeiten und mit diesen direkt an die Ministerien, Parteien und Politiker herantreten. In Bonn soll Druck auf die politischen Entscheidungsträger ausgeübt werden. Mit dieser Neugründung wurde eine seit längerem diskutierte Idee in die Praxis umgesetzt (siehe auch blätter des iz3w Nr.160, S.43-47).

Bei den GATT-Verhandlungen im Dezember 1990, so Vorstandsmitglied Holger Baum, nahm nur die Lobby der Agrarindustrie Einfluß auf die Verhandlungsführer. German Watch möchte zukünftig seine Vorstellungen einer Weltagrarordnung ebenfalls einbringen. Sie fordern beispielsweise, die Exportsubventionen für Agrarprodukte abzubauen und parallel dazu die Kleinbauern in Europa finanziell zu unterstützen.

Kontaktadresse:
Gunther Hilliges
Poggenkuhle 37
2800 Bremen 33

1492-1992 Filmliste zur Kampagne

Am 1. Juni 1991 erscheint eine Filmtitelliste mit Filmen, die im Rahmen der Kampagne "500 Jahre Eroberung und Widerstand" eingesetzt werden können. Die Liste wird von CON-Film/Bremen, Cultur Cooperation e.V./Hamburg, Evangelisches Zentrum für entwicklungsbezogene Filmarbeit (EZEF)/Stuttgart und Vamos e.V./, Münster herausgegeben. Sie enthält rund 130 Filme, schwerpunktmäßig in 16mm-Format. Die Filme werden in knapper Form vorgestellt, sind über ein Schlagwortregister erfaßt, und die aktuellen Ausleihungsmöglichkeiten (auch in die ehemalige DDR) werden nachgewiesen. Darüberhinaus bietet sie Hinweise zur Arbeit mit Filmen.
Die Liste kann einzeln nur gegen einen adressierten und mit DM -,60 (Büchersendung!) frankierten DIN A 5-Rückumschlag KOSTENLOS von folgenden Adressen bezogen werden:

Con-Film,
Benquestr. 29,
2800 Bremen
Cultur Cooperation e.V.,
Nernstweg 32/34,
2000 Hamburg 50
EZEF,
Gänsheidestr. 67,
7000 Stutgart 1
Vamos e.V.,
Achtermannstr. 10/12,
4400 Münster

Für Bestellungen mehrerer Exemplare muß ausreichend Porto (ein Exemplar der 48-seitigen Broschüre wiegt ca. 75 Gramm) plus 2,- DM für die Verpackung in Briefmarken beigelegt werden.

Indien Newsletter

Mitglieder des in Berlin neu konstituierten Vereins "SüdAsien Arbeitsgemeinschaft" (SAAG) planen die regelmäßige Herausgabe eines Indien-Rundbriefes. Dabei versteht sich die SAAG als Koordinationsstelle, die verschiedene Informationen und Beiträge von "Indien-Interessierten" sammeln, aufarbeiten und regelmäßig veröffentlichen möchte. Zwar existieren bereits einige Publikationen, die sich dem Aufbau einer Informations- und Kommunikationsstruktur widmen (zum Beispiel das Südasien-Info, herausgegeben vom Südasien-Büro in Dortmund (0231/136633) und der Indien-Rundbrief, herausgegeben vom Indien-Büro in Herrsching (08152/1231) doch bestehen weiterhin zahlreiche Lücken.
Der Indien-Newsletter wird Hinweise auf Seminare, Konferenzen und Vortragsveranstaltungen zu Südostasien enthalten. Indiengruppen soll Gelegenheit zur Selbstdarstellung gegeben werden. Buchbesprechungen, kleinere Artikel und Nachrichten aus Südtasien ergänzen diese Informationen.
Der Indienrundbrief wird voraussichtlich monatlich erscheinen, soll etwa 6-10 Seiten pro Ausgabe umfassen und wird etwa 2.50 DM kosten.

Kontaktadresse:
Südasien Newsletter
Gerd von Olnhausen
Oppelner Str. 41
1000 Berlin 36
Tel.: 030/6182953

Dritte Welt 6/Juni 1991
Schwerpunkt: Demokratisierung in Afrika/ Das Ende der Ein-Parteien-Herrschaft/Die neue "Volks"-Republik Mosambik/Kaundas Ein-Mann-Partei gerät ins Wanken/Afrika - vergessen wie nie zuvor/Nigerias Hürdenlauf in eine Zwei-Parteien-Diktatur/Kurden: Der Völkermord und das Versagen der UNO/Die BRD und Türkisch-Kurdistan/Die Geschichte des kurdischen Widerstandes/Debatte: Stellt Euch vor, es gibt Krieg.../El Salvador: Krieg, Verhandlungen und Wahlen/Oppositionelle Tageszeitung erscheint wieder /Rüstung: Möllemanns Scheinaktivitäten/Ökologie: Aus Bäumen wird Feuerholz/Kommentar: Angolas Schritt zum Frieden /Stichwort: Tourismus / LeserInnenumfrage / Infos zur Solidarität: 500 Jahre Eroberung / Puerto Rico /Buchtip Philippinen/Südafrika
Einzelpreis: 4,50 DM; Abo 42,50 DM
Bezug: Dritte Welt, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

Zimbabwe Netzwerk Rundbrief Nr. 22
April 1991
Schwerpunktthema: Kultur
Beiträge zu: Kulturelle Entwicklung - ein verlorenes Jahrzehnt?, Rolle der Medien, Kulturkonflikt, zimbabwische SchriftstellerInnen, Musik, Filme, CIM-Studie über Reintegration von Lehrern
Preis: DM 5,-
Bezug: Zimbabwe Netzwerk, Germaniastr. 89-91, 6000 Frankfurt 60

Bolivia, Sago Inormationsblatt Nr. 88 März/April 1991
FINSA: Der Finanzskandal des Jahres ** Ein Fall für die Dominotheorie: Zum Sturz von Rico Toro, Carvajal und Capobianco ** Militarisierung: Von der Wüste in den Dschungel/Interviews ** Campesinos weisen Militarisierung zurück: Ein offener Brief an den Präsidenten Paz Zamora ** Vereinbarung der Parteien zum Wahlsystem, Demokratisierungsprozeß und zur Judikative ** Die langen Schatten des Krieges ** Stephan Klein: Anapqui, Eine Organisation der Quinua-Produzenten im südlichen Altiplano Boliviens ** Jaimitos Ecke ** Burckhard Schwarz: Diskussionsbeitrag: Die Rechte der indigenen Völker
Bezug: Bolivia Sago Informationsblatt, Kottbusser Damm 101, 1000 Berlin 61 ** Einzelpreis: DM 2,50 * Jahresabo: DM 15,- * Förderabo: DM 25,- * Auslandsabo: DM 20,-

Forum 153: Schwerpunkt: Manney-Mythos, Feministische Ökonomiekritik
erschienen am 16. Mai 1991
Männliche Ökonomie - Wirtschaft, Wirtschaftstheorie und phallokratische Ordnung * Der Kuß der Öko-Prinzessin oder von der merkwürdigen Verwandlung einer feministischen Analyse * Frauenbewegung zwischen Krisenmanagement und neuer Ethik * Konsumverzicht - einzig verbliebene Widerstandsform gegen Kapitalismus und Patriarchat? * Kindheitsversicherung.
Außerdem: Sudan: Verwüstung und das Streben nach Luxus/Interview * Medienkampagne- sowie Brigaden-Diskussion Nicaragua * Internationale Solibewegung und vieles mehr.
Bezug: Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Buchtstr. 14/15, 2800 Bremen 1, Tel.: 0421/325156 (bitte DM 5,- in Briefmarken oder Schein beilegen)

Lateinamerika Nachrichten Nr. 202, April 1991 "! Son culpables!"
Chile: Versöhnung auf Kosten der Wahrheit/"Es wird weder eine Amnestie noch Begnadigung geben".
Kultur/Chile: Diese ganze lange Nacht.
Mexiko: Legalisierungsspuk um die Abtreibung/
"Weniger Staat - mehr Gerechtigkeit".
Nicaragua: Wirtschaftsprogramm schockt NicaraguanerInnen.
Guatemala: Ökoterrorismus als Befriedungsstrategie.
Anden: Der Krieg ohne Öffentlichkeit.
Venezuela: In der "Musterdemokratie" zerbröckeln die Illusionen.
Brasilien: Kautschukzapfer - Opfer der Marktwirtschaft/"Es ist verboten zu verbieten"
Argentinien: Only in Dollar we trust.
Uruguay: Das "Barrio Sur".
BRDDR: Dem Rostocker Lateinamerika Institut droht die Abwicklung

Lateinamerika Nachrichten Nr. 203, Mai 1991
Guatemala
CONAVIGUA - Für die Würde und Einheit der Frauen
Guatemala/USA - Neubestimmung einer alten Freundschaft
Panama - Sie wollten niemals auseinandergehen...
Nicaragua - Evangelische ChristInnen gründen eigene politische Partei
Nicaragua/USA - "Bitte um milde Gabe - erfülle jeden Wunsch"
BRD - IGFM - Der Dauerbrenner
El Salvador - Diplomatische Endoffensive, Verfassungsrangeleien
Lateinamerika - Schuldenreduzierung nach Brady
Chile - Aylwin in Deutschland
Argentinien - Die Stracciatella-Connection
Peru - "Gut, daß das Leben in Peru nicht allzu lange dauert...".
Einzelheft: DM 5,-/Jahres-Abonnement: DM 55,-
Bezug: Lateinamerika Nachrichten Vertrieb, Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61, Tel. 6946100

ila Nr. 145, Mai 91,
Schwerpunkt: "BäuerInnen und Agroindustrie"
Auf 35 Seiten werden die verschiedenen Facetten der Agrarfrage beleuchtet: Weltagrarmarkt; GATT; Agroindustrie; Gentechnologie; traditionelle Agrikultur; ökologischer Landbau; Agrarreform (mit Länderbeispielen Brasilien, Nicaragua, El Salvador); umfangreiche Materialhinweise.
Des weiteren Artikel zur Bedeutung Camilo Torres anläßlich seines 25. Todestages; zur Quecksilberverseuchung in Amazonien; über ein deutsch-kubanisches Fußballtreffen. Nachlese Golfkrieg und die Neue Linke. Aufruf zu übergreifender Aktionskonferenz "1922. Im Kulturteil Interview mit dem kubanischen Schriftsteller Jesus Diaz und Rezension seines Romans "Die Initialen der Erde".
Preis: Einzelpreis DM 5,-; Jahresabo DM 50,-, erm. 40,-
Bezug: ila, Heerstr. 205, 5300 Bonn 1

Frank Niess
20mal Kuba
Piper Verlag, München 1991, 413S.

Heike Michelsen, Astrid Engel u.a.
EG-Entwicklungspolitik - Moderne Formen des Kolonialismus?
Schmetterling Verlag, Stuttgart 1991, 128 Seiten

Sommer, Settele, Michelsen
Countdown für den Dschungel - Ökologie und Ökonomie des Tropischen Regenwaldes
Schmetterling Verlag, Stuttgart 1991, 294S., 24.80DM

Andreas Küstermann
Vorsicht Tropenholz - Ein praktischer Führer durch Banalitäten und knifflige Details
Schmetterling Verlag 1990, 84S., 14.80DM

Feldhoff, Jürgen et al
Flucht ins Asyl?
171 Seiten, ca. 20DM
zu bestellen beim:
AJZ, Heeper Str. 132, 48 Bielefeld 1

Antirassismus-Büro Hamburg
Ansätze antirassistischer Arbeit
128 Seiten, 5.-DM
Bezug: Antirassismus-Büro HH e.V.
Hospitalstr. 109, 2000 HH 50

Ernesto Kroch
Exil in der Heimat - Heim ins Exil
Erinnerungen aus Europa und Lateinamerika
dipa-Verlag, Ffl/M. 1990, 205S., 32.-DM

J. Ennew und B. Milne
Kinder, die nicht Kind sein dürfen
Verlag C.H.Beck, München 1991, 174S., 16.80DM

Metropolen(gedanken) und Revolution?
Texte zur Patriarchats-, Rassismus-, Internationalismusdiskussion
Edition ID-Archiv, Berlin 1991, 160S.

Carolin Philipps
Im Supermarkt gibt's keine Wasserbüffel
Herder Verlag, Freiburg/Br. 1991, 160S.

Hartmut Fähnrich (Hrsg.)
Pappschachtelstadt
Lenos Verlag, Basel 1991

Jürgen Heinrichs
Familienplanung international
G.J. Holtzmeyer Verlag, Braunschweig 1991, 160S.

Rainer Werning, Mary Lou U. Hardillo (Hrsg.)
Philippinen - Paradies in Aufruhr
Elefanten Press, Berlin 1991, 175 Seiten

Kampmann (Hg.)
Madre Mia! Kontinent der Machos? Frauen in Lateinamerika!
Elefanten Press, Berlin 1991, 144S.

Puerto Rico libre!
Materialien zur Geschichte und Aktualität des Kampfes um Unabhängigkeit in Puerto Rico
Broschüre, 116S., 7.-DM
Bezug: Archiv für transatlantische Sozial- und Kulturgeschichte
Eichenbergerstr. 53, 2800 Bremen

Ullrich Boehm, Robert Kappel (Hrsg.)
Kleinbetriebe des informellen Sektors und Ausbildung im subsaharischen Afrika
231S., 25.-DM, Institut für Afrika-Kunde, Neuer Jungfernstieg 21, 2000 HH 36

Salzar Alfonso
Totgeboren in Medellin
Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1991, 142S., 16.80DM

Lothar Kotzsch
Wohlstand und Reichtum in den Armutsländern
397S., ICT-Verlag, Berlin 1991

IMBAS (Hg.)
Ist der Regenwald Südostasiens noch zu retten?
55S., IMBAS, Postfach 60 04 22, 6000 Frankfurt 60

Entwicklungspolitische Korrespondenz EPK (Hg.)
Deutscher Kolonialismus
Ein Lesebuch zur Kolonialgeschichte
EPK-Drucksache Nr. 1
2. Aufl. 1991, 238S., 5.-DM

Bernhard Gerl
Schrei nicht, weine nicht! Ein irakischer Flüchtling erzählt seine Geschichte
Herder Verlag, Freiburg/Br. 1991, 140S., 12.80DM

Thoß, Gabriele und Richter, Franz-Helmut
Ayatollah Khomeini
Wurf-Verlag, Münster 1991, 235S., 28.-DM

Dritte-Welt-Haus Bielefeld
Vom Ampelspiel bis Zukunftswerkstatt
Ein Dritte Welt Werkbuch
Peter Hammer Verlag, 203S., 16.80DM

Menschen auf der Flucht
Zur Begründung einer Migrationspolitik
Tagung vom 5.-7. Juli in Bonn.
Anmeldung: Ev. Akademie Tutzing, Postfach 227, 8132 Tutzing; Tel.: 08158/251-113

Thailand - auf dem erfolgreichen Weg zur Industrienation?
12.7.-14.7., Akademie Klausenhof,
Akademie Str. 100, 4236 Hanminkeln 2
Anmeldung: Akademie Klausenhof,
Tel.: 02852/89326

Umwelt und Entwicklung in Indien
Indien-Fachseminar an der Universität Frankfurt vom 28.-30. Juni 1991.
Anmeldung: Hildegard Scheu, Pädagogik Dritte Welt, J.W.Goethe Universität, Postfach 111932, 6000 Frankfurt/Main;
Tel.: 069/7983446

Peace on the move?
War Resister's International 20th Triennial Conference in La Marlagne, Belgien vom 28.7.-1.8.
Infos und Anmeldung: War Resister's International, 55 Dawes Street, London SE17 1EL, England

Die Völker des Waldes helfen sich selbst
Tagung am 1.7.1991 in Bremen
Anmeldung: Klick e.V., Friesenstraße 90, 2800 Bremen; Tel.: 0421-72993

Ausländerpolitik und Rechtsextremismus in Deutschland
Populismus und neue Rechte und ihr Hauptthema vom "vollen Boot"
Seminar der Gustav-Heinemann-Akademie in Freudenberg
Anmeldung: Alfred-Nau-Bildungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich Ebert Straße, 5275 Bergneustadt

779/ 1/174/56412

ARCHIV für Soz-Beweg
Spechtpassage
Wilhelmstr. 15

W-7800 Freiburg

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 F

iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg
ISSN 0933-7733